

Jahresfinanzbericht 2018

Einzelabschlüsse der Helaba

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

- 3** Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
- 57** Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
- 58** Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
- 62** Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
- 64** Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
- 120** Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 121** Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 127** Vermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers über eine Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherhei

Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

- 132** Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 145** Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 146** Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 148** Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 150** Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 156** Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 159** Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 160** Statistische Angaben zum Bauspargeschäft
- 173** Adressen der Helaba

Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Lagebericht

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell der Bank

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfolgt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassen-Finanzgruppe. Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform. Die Helaba handelt auf Grundlage der für sie geltenden staatsvertraglichen und satzungsrechtlichen Bestimmungen renditeorientiert. Staatsvertrag und Satzung setzen den rechtlichen Rahmen für das Geschäftsmodell der Helaba. Ebenso von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell sind die Zugehörigkeit der Helaba zur Sparkassen-Finanzgruppe mit ihrem institutssichernden Sicherungssystem sowie die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen, Landesbanken und weiteren Verbundunternehmen, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau der Aktivitäten im Verbund- und im öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

Die Helaba steht ihren Kunden in drei Funktionen zur Verfügung: als Geschäftsbank, als Sparkassenzentralbank und als Förderbank.

Als Geschäftsbank ist die Helaba im In- und Ausland aktiv. Die Bank prägen stabile, langfristige Kundenbeziehungen. Sie arbeitet mit Unternehmen, institutionellen Kunden, öffentlicher Hand sowie kommunalnahen Unternehmen zusammen.

Die Helaba ist Sparkassenzentralbank und Verbundbank für die Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg und damit für rund 40 % aller Sparkassen in Deutschland. Sie ist Partner der Sparkassen, nicht Konkurrent.

In Hessen und Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht.

Als zentrales Förderinstitut des Landes Hessen bündelt die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) die Verwaltung öffentlicher Förderprogramme. Für die WIBank als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba besteht in Übereinstimmung mit dem in der Europäischen Union (EU) anzuwendenden Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Geschäftsaktivitäten der WIBank richten sich nach den Förderzielen des Landes Hessen. Darüber hinaus ist die Helaba an zahlreichen anderen Förderinstitutionen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Das Geschäftsmodell umfasst neben der Helaba weitere starke und bekannte Marken, die das Produktportfolio des Konzerns ergänzen und teilweise in rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaften angesiedelt sind.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft.

Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit mehr als 800.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822 direkt im Direktbankgeschäft tätig.

Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (FBG) und deren 100%ige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Private Banking, im Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

Die FBG tritt als die Privatbank der Sparkassen-Finanzgruppe auf und akquiriert in Deutschland vermögende Kunden über vertraglich kooperierende Sparkassen im Verbund. Mit dem Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft kommt ein professioneller Ansprechpartner in allen Vermögensfragen als zentraler Partner der Sparkassen hinzu.

Die 100%ige Tochter Helaba Invest gehört in Deutschland zu den führenden Kapitalverwaltungsgesellschaften (KVG) im institutionellen Asset Management. Die Unternehmensstrategie der Helaba Invest basiert dabei auf den drei Säulen „Master-KVG“, „Asset Management Wertpapiere“ sowie „Immobilien & Alternative Investments“. Sie ist größte Spezialfonds-Anbieterin in der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die GWH-Gruppe hält mit rund 50.000 verwalteten Wohnungen einen der größten Bestände an Wohnimmobilien in Hessen. Die Kerntätigkeit liegt in der Bestandsverwaltung und -optimierung von Wohnungsbeständen sowie in der Projektentwicklung von Wohnimmobilien.

Die OFB-Gruppe ist ein bundesweit (mit Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet) tätiges Full-Service-Unternehmen im Bereich der Immobilienprojektentwicklung, der Baulandentwicklung sowie des Bau- und Projektmanagements von hochwertigen Gewerbeimmobilien.

Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London, New York und seit Juni 2018 auch in Stockholm vertreten. Durch die Niederlassungen verstärkt die Helaba ihre Nähe zu den Kunden und Sparkassen. Darüber hinaus eröffnen die ausländischen Niederlassungen der Helaba den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Im Juni 2018 wurde eine neue Repräsentanz in São Paulo eröffnet.

Steuerungsinstrumentarium und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Das Controlling beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Ziel ist eine Cost-Income-Ratio von unter 70 % auf Ebene des Helaba-Konzerns. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern und vor Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft). In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Planung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragsschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (definiert als Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit einer Refinanzierungslaufzeit von mindestens

einem Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Kapital-Zielquoten werden unter Berücksichtigung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufgestellten zusätzlichen Eigenmittelanforderungen definiert. Für 2018 liegt die aus dem Beschluss des Supervisory and Evaluation Process (SREP) der EZB abgeleitete mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote für die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes, KWG, sowie der Capital Requirements Regulation, CRR) bei 8,89 %. Die Rentabilitätsziele werden unter anderem über die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität (Verhältnis aus dem Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlichen eingesetzten Eigenkapital nach IFRS) gesteuert. Als Zielkorridor für die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität hat die Helaba auf Ebene des Konzerns eine Bandbreite von 5 bis 7 % vor Steuern definiert.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Aktivposten inklusive Derivaten. Zurzeit ist die Leverage Ratio der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Eine verbindliche Mindestquote von 3,0 % soll mit Übergang der Leverage Ratio in Säule 1 des bankaufsichtsrechtlichen Drei-Säulen-Modells gelten. Über die Einzelheiten wird die EU-Kommission noch entscheiden. Die Helaba berücksichtigt diese Quote bereits heute in ihren Steuerungssystemen.

Nach der CRR sind eine kurzfristige Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine auf die Stabilität der Refinanzierung ausgerichtete Kennziffer (Net Stable Funding Ratio, NSFR) zu ermitteln. Für die LCR liegt die regulatorische Mindestquote bei 100 %. Mit der NSFR steht noch die europäische Umsetzung der Anforderungen an die mittel- und langfristige Liquidität aus. Die Einführung der NSFR wird aktuell frühestens für 2021 erwartet. Sie wird allerdings bereits heute auf Basis der Vorgaben aus dem BCBS (Basel Committee on Banking Supervision) in den Steuerungssystemen der Helaba berücksichtigt. Beide Liquiditätskennziffern führen zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen.

Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbind-

lichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities, MREL) erfolgen. Der Helaba wurde angekündigt, Anfang 2019 eine verbindliche MREL-Vorgabe zu erhalten.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte (Forderungen an Kunden und angeschlossene Sparkassen) an der Gesamtbilanzsumme.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Refinanzierungsbasis.

Die Helaba baut als führende Verbundbank der Sparkassen-Finanzgruppe ihre Geschäftsbeziehungen zu den bundesdeutschen Sparkassen kontinuierlich aus. In den Regionen Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, in denen die Helaba die Sparkassenzentralbankfunktion innehat, wird nach einheitlichen Kriterien eine Produktnutzungsquote ermittelt, die angibt, wie hoch der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug der jeweiligen Sparkasse ist. Die Produktnutzungsquoten sollen sich im Zielkorridor von 60–80 % bewegen.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung und legt Verhaltensmaßstäbe auf den Gebieten Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement fest. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindlichen Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umwelt- und sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein.

Im Kreditgeschäft hat die Helaba konzernweit verbindliche Nachhaltigkeitskriterien definiert, die in den Risikostrategien verankert sind. Sie berücksichtigen die Achtung der Menschen-

und Arbeitnehmerrechte, die Wahrung von Kulturgütern und den Schutz der Umwelt. Grundsätzlich schließt die Helaba eine wissentliche Finanzierung von Vorhaben aus, die schwere Umweltschäden hervorrufen oder gegen internationale Sozialstandards verstoßen. Für kritische Wirtschaftssektoren wurden spezifische Vergabekriterien entwickelt, die insbesondere kontroverse Geschäftspraktiken ausschließen sowie sektor-spezifische Risikothemen berücksichtigen.

Die Helaba wird regelmäßig von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsleistung bewertet. Die Ratings sind ein zentrales Element bei der Analyse und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils. Die Helaba ist bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der externen Einschätzung zu erzielen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personalstrategie

Die Grundsätze der Personalarbeit der Helaba leiten sich aus der Geschäftsstrategie ab. Sie berücksichtigen dabei die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen. Die Kernaufgaben sind beispielsweise das strategie- und bedarfsorientierte Beschaffen geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Bereitstellen professioneller Serviceleistungen und attraktiver Vergütungs- und Nebenleistungen wie einer betrieblichen Altersversorgung sowie die Personalentwicklung und Nachwuchsförderung.

Vergütungsgrundsätze

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergütungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

- Personalentwicklung

Trotz hoher Kostensensibilität investiert die Helaba in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin auf hohem Niveau. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Qualifizierungsangebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische externe Seminare sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Das Repertoire der Personalentwicklung umfasst neben den genannten Qualifizierungsangeboten beispielsweise auch Aspekte des Change, Diversity oder Performance Managements. Das neu entwickelte Lebensphasenmodell berücksichtigt dabei alle Phasen des Beschäftigungsverhältnisses innerhalb der Helaba bei der Umsetzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen und steigert somit die Attraktivität als Arbeitgeber.

- Nachwuchsförderung

Die demografische Entwicklung und die weiterhin fortschreitende Digitalisierung, werden langfristig betrachtet auf die Wettbewerbsfähigkeit der Helaba Einfluss nehmen. Die Gestaltung personalwirtschaftlicher Prozesse unter Berücksichtigung dieser gesellschaftlichen Veränderung stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu akquirieren oder innerhalb der Helaba zu identifizieren, zu qualifizieren und zu binden. Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben. Erkennbar wird dies beispielsweise in sich verändernden Rekrutierungsprozessen, die sich zunehmend in der Kandidatenansprache über Social-Media-Kanäle auszeichnen.

- Weitere Schwerpunkte

Schwerpunkte der aktuellen Personalarbeit sind darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehungsweise die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Diversity Managements. Zudem ergänzt seit 2019 ein Employee Assistance Program die etablierten Elemente des Gesundheitsmanagements. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen dabei die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft expandierte 2018 mit kalenderbereinigt 1,5 % in etwa entsprechend ihrem Wachstumspotenzial, also dem Wachstum, das bei normal ausgelasteten Kapazitäten langfristig zu erwarten ist. Im Verlauf des Jahres nahm die Dynamik ab. Ein Wachstumsbeitrag kam ausschließlich von der Binnennachfrage, während der Außenbeitrag um 0,2 Prozentpunkte bremste. Die Inflationsrate lag mit 1,9 % geringfügig über dem Vorjahreswert. Steigende Tarifeinkommen und mehr Beschäftigung führten zu höheren Realeinkommen.

Trotz der anhaltenden politischen Unsicherheiten und der im zweiten Halbjahr schwächeren Nachfrage steigerten die Unternehmen 2018 ihre Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge. Der Aufschwung im Wohnungsbau setzte sich dank der hohen Nachfrage nach Wohnraum vor allem in den Großstädten, der sehr niedrigen Hypothekenzinsen, dem Mangel an Anlagealternativen sowie den Investitionen in den Bestand fort. Positiv wirkten sich zudem die verstärkten Investitionen in die Infrastruktur durch öffentliche Auftraggeber aus.

Der deutsche Bankensektor profitiert auf der einen Seite von der anhaltend positiven konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2018. Dies äußert sich vor allem in einem niedrigen Risikovorsorgebedarf. Auf der anderen Seite wird das operative Geschäft der Banken durch das aktuelle Zinsumfeld weiterhin belastet. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks in den Markt und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den Verdrängungswettbewerb verbleiben die Margen unter Druck.

Durch die ständige Fortentwicklung der Informationstechnologie werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Im Privatkundengeschäft haben auf diese Weise Direktbanken, Filialbanken und immer mehr auch Internetunternehmen, die keine Banken sind (so genannte FinTechs), teilweise im Wettbewerb, teilweise in Kooperation neue Kommunikations- und Absatzwege erschlossen. In immer stärkerem Maß rückt nun auch das Geschäft mit Firmen- und Immobilienkunden und institutionellen Anlegern in den Fokus. Derivateplattformen ermöglichen den Abschluss von Währungs-Hedges mittels

standardisierter Prozesse, Kreditportale vermitteln kleinen Firmenkunden Finanzierungen durch Banken oder direkt durch institutionelle Investoren, Banken analysieren ihre Kundendaten, um Wege zum effektiveren Produktangebot zu finden. Weltweit wird die Blockchain-Technologie weiterentwickelt, um neue, schnellere und kostensparende Wege zum Austausch von Daten zu finden – neben der Schuldscheinabwicklung ist jetzt auch die Außenhandelsfinanzierung in den Fokus gerückt.

Nach dem Brexit-Referendum im Juni 2016 sind die konkreten Rahmenbedingungen des Austritts zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich weiterhin noch nicht endverhandelt. Trotz der Zustimmung der EU-Regierungschefs zum Vertrag für einen Austritt Großbritanniens aus der EU besteht weiterhin Unsicherheit, ob auch das britische Parlament dem Vertragswerk zustimmen wird, womit ein „harter Brexit“ aktuell nicht ausgeschlossen werden kann.

Im Zuge der Vorbereitungen auf einen harten Brexit hat die Helaba bezüglich ihrer Niederlassung in London nach Zustimmung der Gremien der Bank gegenüber der britischen Aufsichtsbehörde „Prudential Regulation Authority“ (PRA) einen Antrag auf Errichtung einer „Third Country Branch“ gestellt. Das britische Finanz- und Wirtschaftsministerium hat am 6. November 2018 für den Fall einer Nichtratifizierung des Austrittsvertrags eine Regelung zur befristeten Weitergeltung der so genannten Passport Rights, die zur Ausübung von Bankgeschäften in Großbritannien erforderlich sind, erlassen („Temporary Permissions Regime“). Die PRA hat bestätigt, dass die Bank mit ihrer Antragstellung auf Errichtung einer Drittlandniederlassung die Voraussetzungen für die Nutzung dieser befristeten Genehmigung geschaffen hat. Damit wird der Zeitraum, in dem die britischen Aufsichtsbehörden über die Genehmigung des Antrags entscheiden müssen, auf drei Jahre nach dem Austrittstermin verlängert.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Entwicklungen:

- EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)
 Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstitutionen Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestufteten Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 14. Februar 2019 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote

liegt für die Helaba-Gruppe für 2019 bei 9,85 %. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen.

- EBA-Stresstest

Die europäischen Banken wurden in 2018 dem im 2-Jahres-Zyklus stattfindenden Stresstest der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) in Zusammenarbeit mit der EZB unterzogen. Ziel war die Bewertung der Stabilität global und lokal systemrelevanter Institute unter gestressten ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Anzahl der einbezogenen Banken reduzierte sich im Vergleich zu 2016 leicht von 51 auf 48 Institute. Auch im Jahr 2018 gehörte die Helaba zu den teilnehmenden Banken und hat sich erneut als stabiles Institut mit solider Kapitalausstattung erwiesen. Die konzernweite harte Kernkapitalquote (CET 1, phased in), die zum Jahresende 2017 mit 15,40 % ausgewiesen wurde, reduzierte sich als Ergebnis des Stresstests im dritten Stressjahr auf 9,96 %. Damit erfüllt die Helaba alle aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen.

- Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)

Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des Single Resolution Board angesiedelt. Wie in den Vorjahren wurde im ersten Halbjahr 2018 eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Als Ergebnis der Datenabfrage 2018 wird der Helaba voraussichtlich Anfang 2019 eine verbindliche MREL-Anforderung mitgeteilt.

- Kreditdatenstatistik (AnaCredit)

Mit der Verordnung 2016/867 der Europäischen Zentralbank wurde bereits 2016 die Einführung einer granulareren Kreditdatenstatistik beschlossen. Die Erhebung granularer Kredit- und Kreditrisikodaten auf Ebene einzelner Kreditnehmer soll die nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen. Seit September 2018 erfolgt die monatliche Meldung unter Berücksichtigung der vollen Meldeanforderungen.

- EBA-Leitlinien Internal Governance

Nach Veröffentlichung der Leitlinien zur internen Governance und zur Beurteilung der Eignung von Mitgliedern des Leitungsorgans und von Inhabern von Schlüsselfunktionen durch die EBA hat die Helaba eine Prüfung der Anforderungen vorgenommen, den Handlungsbedarf identifiziert und in diesen Feldern Umsetzungsmaßnahmen angestoßen.

Für eine Vielzahl der Anforderungen aus den EBA-Leitlinien bestanden bereits Regelungen im internen Regelwerk der Bank beziehungsweise wurden seither ergänzt. Unter anderem wurde im Regelwerk der Bank festgelegt, dass die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder in der neuen Amtsperiode ab Juli 2019 reduziert wird.

- EU-Aktionsplan für ein nachhaltiges Finanzwesen

Anfang März 2018 hat die EU-Kommission den Aktionsplan „Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ veröffentlicht, zu dem die Kommission Ende Mai 2018 ein dazugehöriges Maßnahmenpaket zur Umsetzung wesentlicher Aktionen verabschiedet hat. Im Rahmen dessen setzt die EU-Kommission seit Juli 2018 eine Expertengruppe („Technical Expert Group on Sustainable Finance“) als Unterstützung für die folgenden vier Themenbereiche ein: EU-Taxonomie zur Klassifizierung nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten, EU Green Bond Standard, Benchmarks für kohlenstoffarme Anlagestrategien und Leitlinien zur Verbesserung der Offenlegung klimarelevanter Informationen. Die Helaba ist durch ihre Mitgliedschaft in den bankwirtschaftlichen Verbänden sowie in wichtigen Nachhaltigkeitsinitiativen in die Konsultationsprozesse eingebunden und verfolgt die Entwicklungen eng.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2018 geprägt von einem mit 1,5 % soliden realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrig- und Negativzinsumfeld.

Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) hat sich mit 17,8 Mrd. € (2017: 17,3 Mrd. €) im Vergleich zum Vorjahr positiv entwickelt. Fälligkeiten und Sondertilgungen konnten mehr als ausgeglichen werden. Die Forderungen an Kunden stiegen auf 86,4 Mrd. € (31. Dezember 2017: 80,1 Mrd. €). Hinzu kommen 5,9 Mrd. € (31. Dezember 2017: 6,0 Mrd. €) Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, erhöhte sich aufgrund der gestiegenen Forderungen an Kunden auf 67 % (31. Dezember 2017: 65 %).

Das Marktumfeld für das Refinanzierungsgeschäft zeigte sich im Geschäftsjahr 2018 sehr uneinheitlich. Gute Marktphasen für Finanzinstitute wechselten mit Marktphasen mit erhöhter Marktvolatilität bedingt durch makroökonomische und geopolitische Ereignisse ständig ab. Dennoch war die Helaba in der

Lage, im Jahr 2018 mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel kostengünstig bei institutionellen und privaten Anlegern aufzunehmen. Wie schon in den Vorjahren profitierte die Bank dabei unverändert von ihrem strategischen und gut diversifizierten Geschäftsmodell sowie ihrer stabilen Ertrags- und Geschäftsentwicklung.

In 2018 konnten plangemäß mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 13,1 Mrd. € (2017: 17,5 Mrd. €) aufgenommen werden. Das ungedeckte Refinanzierungsvolumen betrug dabei rund 8,7 Mrd. € (2017: 12,8 Mrd. €). Aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds lag der Absatz von Retail-Emissionen, die über das Vertriebsnetz der Sparkassen platziert wurden, bei einem Volumen von rund 2,4 Mrd. € und damit unter dem Niveau der Vorjahre (2017: 2,9 Mrd. €). Die Pfandbriefemissionen beliefen sich insgesamt auf 4,4 Mrd. € (2017: 4,7 Mrd. €), wovon etwas über 70 % auf Hypothekendarlehen und knapp 30 % auf öffentliche Pfandbriefe entfielen. Unter anderem konnten auch wieder US-Dollar-Hypothekendarlehen platziert werden.

Des Weiteren konnte im Austausch gegen ausstehende stille Beteiligungen neues AT1-Haftkapital in Höhe von knapp 0,4 Mrd. € zur Stärkung der Kapitalbasis der Bank aufgenommen werden. Außerdem hat die WIBank, insbesondere zur Refinanzierung der „Hessenkasse“ des Landes Hessen, Refinanzierungsmittel über rund 3,7 Mrd. € platziert.

Die Cost-Income-Ratio liegt zum Stichtag 31. Dezember 2018 bei 77,7 % nach 69,4 % zum 31. Dezember 2017. Die Eigenkapitalrentabilität sank auf 3,9 % (31. Dezember 2017: 5,9 %).

Unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelungen beträgt die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) der Helaba zum 31. Dezember 2018 12,8 % und die Gesamtkapitalquote 19,5 %. Bei Anwendung der CRR-Endstufe („fully loaded“) beträgt die CET1-Quote 12,8 % und die Gesamtkapitalquote 19,5 %. Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 518 Mio. €. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (31. Dezember 2017: 953 Mio. €) ist im Wesentlichen auf den Rückkauf stiller Einlagen im Zusammenhang mit der Emission des neuen AT1-Instruments zurückzuführen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 beträgt die Leverage Ratio der Helaba mit Übergangsbestimmungen gemäß Delegated Act 4,4 % beziehungsweise 4,2 % („fully loaded“) und liegt damit über der vorgesehenen Mindestmarke von 3,0 %.

Die LCR für die Helaba liegt zum 31. Dezember 2018 bei 119 %. Die europaweit einheitliche LCR liegt bei 100 %.

Die NPL-Quote der Helaba-Gruppe (gemäß EBA Risk Indicator Code AQT_3.2) beträgt zum 31. Dezember 2018 0,67 %. Damit unterschreitet die Helaba wie im Vorjahr den im Rahmen der EU-weiten Transparency Exercise 2018 veröffentlichten und im europäischen Vergleich sehr niedrigen deutschen Durchschnitt von 1,7 % (per 30. Juni 2018).

Der MREL-Bestand der Helaba lag deutlich über der mitgeteilten indikativen Zielgröße.

Die Helaba ist Verbundbank für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen in vier Bundesländern. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen entwickelte sich im Jahr 2017 weiterhin stabil.

Am 14. Dezember 2018 hat die Helaba mit der Dexia Crédit Local (Dexia) einen Kaufvertrag über 100 % der Anteile an der Dexia Kommunalbank Deutschland (DKD) mit einem Kaufpreis von 352 Mio. € geschlossen. Sobald die notwendigen aufsichtsrechtlichen Freigaben vorliegen, soll die Transaktion nach derzeitiger Planung im zweiten Quartal 2019 vollzogen werden. Dabei ist eine vollständige Anwachsung der DKD mit einer Bilanzsumme (per 30. Juni 2018) von rund 19 Mrd. € auf die Helaba vorgesehen. Mit dem Tag des endgültigen Abschlusses der Transaktion wird die Dexia die Unterstützung (Letters of Support) gegenüber der DKD beenden. Die Helaba wird im Anschluss daran eine Freistellungserklärung zu Gunsten des BDB-Einlagensicherungsfonds abgeben, welche diesen von Verlusten, die aus der Mitgliedschaft der DKD im BDB-Einlagensicherungsfonds entstehen, freistellt.

Ebenfalls im Dezember hat die Helaba die Übernahme eines Land-Transport-Finance-Kundenkreditportfolios mit einem Volumen von mehr als einer Milliarde Euro sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der DVB Bank SE (DVB) vereinbart. Über die Höhe des Kaufpreises haben beide Seiten Stillschweigen vereinbart. Die Transaktion, die noch unter dem Vorbehalt behördlicher Genehmigungen steht, soll nach derzeitiger Planung im ersten Halbjahr 2019 vollzogen werden.

Im März 2018 wurde die Helaba von der Nachhaltigkeits-Rating-Agentur oekom research neu bewertet. Für das Corporate Rating erhält sie mit der Note „C“ auf einer Skala von „D–“ bis „A+“ erstmals den Prime-Status. Damit festigt sie ihren Platz unter den führenden Finanzinstituten im Bereich Nachhaltigkeit. Auch bei Sustainalytics konnte eine deutliche Steigerung von 61 auf 73 Punkte erzielt werden. Die signifikante Verbesserung der Rating-Ergebnisse ist ein sichtbares Signal, dass die Helaba ihr Nachhaltigkeitsprofil erfolgreich ausgebaut und damit auch die eigene Wettbewerbsposition gestärkt hat.

Zum 1. Juni 2018 hat die Helaba ihren seit 2016 etablierten Standort Stockholm in eine Niederlassung umgewandelt. Durch die Umwandlung zur Niederlassung schafft die Bank die Voraussetzungen für weiteres Wachstum. Die Geschäftsaktivitäten konzentrieren sich dabei weiterhin auf die Bereiche Immobilienkreditgeschäft, Firmenkunden und Corporate Finance.

Im ersten Halbjahr 2018 hat die Helaba mit der Helaba Digital GmbH & Co. KG (Helaba Digital) eine Beteiligungsgesellschaft für digitale Start-ups gegründet. Ziel der Helaba Digital sind strategische Beteiligungen an innovativen Unternehmen, die mit ihren digitalen Lösungen das Geschäftsmodell der Helaba-Gruppe aktiv ergänzen und weiterentwickeln sowie die Kernprozesse der Bank optimieren. Die Helaba Digital hat in 2018 gemeinsam mit Lucht Probst Associates (LPA) das Joint Venture komuno gegründet, welches im September mit einer digitalen Plattform für Kommunalkredite live gegangen ist. Durch die Plattform lassen sich Ausschreibungsprozesse für Investitions- sowie Kassenkredite deutlich schneller, effizienter und einfacher abwickeln.

Die Helaba überprüft ihr Geschäftsmodell regelmäßig und entwickelt es kontinuierlich weiter. Nach der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Portfolioreview im Jahr 2017 wurde Anfang des Jahres 2018 auch die Steuerung auf die neue Struktur umgestellt. Dies zeigt sich vor allem an dem neuen Segmentzuschnitt, nach dem seit Beginn des Jahres berichtet wird.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2018

	2018	2017	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Geschäftsvolumen	170.695	161.604	9.091	5,6
Bilanzsumme	138.108	133.253	4.855	3,6
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	280	411	-131	-31,9
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	-62	47	-109	>-100,0
Jahresüberschuss	149	262	-113	-43,1

Die Bank berücksichtigt den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen nicht in der Darstellung der Ertragslage. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sowie der Jahresüberschuss sind in der Ertragslage daher um 39 Mio. € (2017: 45 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften.

Ertragslage

	2018	2017	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.133	1.044	89	8,5
Provisionsüberschuss	165	165	–	–
Nettoertrag des Handelsbestands	45	222	–177	–79,7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–77	–91	14	15,4
Operatives Ergebnis	1.266	1.340	–74	–5,5
Verwaltungsaufwendungen	–984	–930	–54	–5,8
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	282	410	–128	–31,2
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	–62	47	–109	>–100,0
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	60	–60	120	>100,0
Außerordentliches Ergebnis	–	–	–	–
Betriebsergebnis vor Steuern	280	397	–117	–29,5
Steuern vom Einkommen und Ertrag	–131	–135	4	3,0
Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g)	–	–	–	–
Jahresüberschuss	149	262	–113	–43,1

Die operativen Erträge der Bank sind in 2018 gesunken und liegen um 74 Mio. € unter den operativen Erträgen des Vorjahres. Trotz eines gestiegenen Zinsüberschusses und eines gestiegenen sonstigen betrieblichen Ergebnisses führen der deutlich zurückgegangene Nettoertrag des Handelsbestands sowie der erhöhte Verwaltungsaufwand zu einem gesunkenen Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 282 Mio. €.

Mit einem deutlich höheren Aufwand im Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis und einer kompensierenden Auflösung aus den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB weist die Bank gegenüber dem Vorjahr ein um 117 Mio. € gesunkenes Betriebsergebnis vor Steuern aus. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag vermindern sich leicht gegenüber dem Vorjahr. Der Jahresüberschuss liegt damit bei 149 Mio. € und somit um –113 Mio. € unterhalb des Vorjahreswerts.

Der Zinsüberschuss als wesentliche Ertragskomponente für die Helaba liegt bei 1.133 Mio. €, nach 1.044 Mio. € im Vorjahr. Zu dem Anstieg haben neben höheren laufenden Zinserträgen aus

dem bilanziellen und derivativen Geschäft auch erhöhte Vorfälligkeitsentschädigungen sowie gestiegene Beteiligungserträge beigetragen.

Der Provisionsüberschuss liegt gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 165 Mio. € und resultiert im Wesentlichen aus Provisionserträgen des Zahlungsverkehrs (67 Mio. €) und des Kredit- und Avalgeschäfts (53 Mio. €).

Im Nettoertrag des Handelsbestands werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Das Ergebnis von 45 Mio. € (2017: 222 Mio. €) resultiert unverändert im Wesentlichen aus dem zinsbezogenen Geschäft, das den geschäftlichen Schwerpunkt der kundengetriebenen Kapitalmarktaktivitäten darstellt. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist vor dem Hintergrund des sehr starken Vorjahreswerts zu sehen, der durch Erträge aus rückläufigen Bewertungsabschlägen aus den kontrahentenspezifischen Ausfallrisiken im Derivategeschäft begründet war.

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt bei –77 Mio. € (2017: –91 Mio. €). Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr ist in wesentlichem Umfang auf Teilauflösungen von Rückstellungen zurückzuführen.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um –54 Mio. € auf –984 Mio. € gestiegen. Diese setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von –384 Mio. € (2017: –368 Mio. €), Sachaufwendungen in Höhe von –581 Mio. € (2017: –516 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter in Höhe von –19 Mio. € (2017: –46 Mio. €) zusammen. Neben dem im Wesentlichen durch Tarifierhöhungen gestiegenen Personalaufwand haben weiter gestiegene Beratungskosten und EDV-Kosten für Fach- und IT-Projekte zu einem deutlichen Anstieg der Verwaltungsaufwendungen beigetragen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter betragen –19 Mio. € und der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 27 Mio. € ist auf eine im Vorjahr vorgenommene Sonderabschreibung auf aktivierte Projektkosten zurückzuführen.

Die Bankenabgabe ist mit einem Aufwand in Höhe von 39 Mio. € (2017: 37 Mio. €) im Berichtsjahr nur leicht gestiegen. Am Jahresende waren 3.413 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2017: 3.408) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl ist von 3.405 auf 3.419 gestiegen.

Das operative Ergebnis von 1.266 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von –984 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 282 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um –128 Mio. € oder –31,2 %. Die Cost-Income-Ratio, berechnet aus dem Verhältnis zwischen den Verwaltungsaufwendungen und dem operativen Ergebnis, beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2018 77,7 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2018	2017	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Ergebnis des Kreditgeschäfts	–10	23	–33	>–100,0
Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts	17	14	3	21,4
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	–69	10	–79	>–100,0
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	–62	47	–109	>–100,0

Der Anstieg der Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft führt im Berichtsjahr zu einem negativen Ergebnisbeitrag von –10 Mio. €. Zu der negativen Entwicklung haben neben Nettozuführungen zu der Einzelwertberichtigung insbesondere die Umstellung der Berechnung der Pauschalwertberichtigung auf die Berechnungsmethodik nach IFRS mit –41 Mio. € beigetragen, welche durch eine gegenläufige Teilauflösung bislang bestehender, korrespondierender Portfoliowertberichtigungen kompensiert wurde.

Das Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts liegt bei 17 Mio. € gegenüber 14 Mio. € im Vorjahr und ist geprägt durch Erträge aus dem Verkauf von Beteiligungen.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus Wertpapieren des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von –69 Mio. € gegenüber 10 Mio. € im Vorjahr. Der deutliche Rückgang resultiert aus Abschreibungen auf Spezialfonds.

Die Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden um 60 Mio. € vermindert, so dass sich das Betriebsergebnis vor Steuern auf insgesamt 280 Mio. € gegenüber 397 Mio. € im Vorjahr beläuft.

Der Steueraufwand beträgt –131 Mio. € (2017: –135 Mio. €).

Als Ergebnis ergibt sich ein Jahresüberschuss von 149 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Entwicklung der Aktiva

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	16.183	18.802	-2.619	-13,9
Forderungen an Kunden	86.368	80.056	6.312	7,9
Schuldverschreibungen und Aktien	17.663	17.716	-53	-0,3
Handelsbestand (aktiv)	13.538	12.307	1.231	10,0
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	2.040	1.837	203	11,1
Übrige Aktivbestände	2.316	2.535	-219	-8,6
Bilanzsumme	138.108	133.253	4.855	3,6
Geschäftsvolumen	170.695	161.604	9.091	5,6

Die Bilanzsumme der Helaba ist von 133,3 Mrd. € auf 138,1 Mrd. € im Geschäftsjahr 2018 gestiegen. Der Anstieg wurde im Wesentlichen durch den Anstieg der Forderungen an Kunden auf 86,4 Mrd. € getrieben und ist mit etwa 4 Mrd. € auf die Ablösung der kommunalen Kassakredite aus dem Förderprogramm „Hessenkasse“ zurückzuführen. Ein weiterer Anstieg um ca. 0,5 Mrd. € war durch den höheren USD-Kurs der Fremdwährungskredite bedingt. Kompensierend wirkt hingegen der Rückgang der Barreserve im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Mrd. €.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, war im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 17,7 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 16,7 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31. Dezember 2017: 16,7 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden unverändert mit 1,0 Mrd. € ausgewiesen.

Die Handelsaktiva haben sich gegenüber dem Vorjahreswert um rund 1,2 Mrd. € aufgrund eines gestiegenen Bestands an Schuldverschreibungen erhöht, begründet durch Erwartung verbesserter Ertragschancen bei Rentenpapieren.

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, stieg um 9,1 Mrd. € auf 170,7 Mrd. € an. Die Bilanzsumme stieg um 4,8 Mrd. € auf 138,1 Mrd. € an, im Wesentlichen getrieben durch den Anstieg der Forderungen an Kunden. Der im Vergleich hierzu höhere Anstieg des Geschäftsvolumens resultiert aus der Erhöhung der unwiderruflichen Kreditzusagen im Berichtszeitraum um 3,7 Mrd. € auf 23,2 Mrd. €. Der Anstieg der Kreditzusagen entfällt im Wesentlichen auf die „Hessenkasse“.

Entwicklung der Passiva

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.197	34.027	1.170	3,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	30.816	30.614	202	0,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	50.714	47.661	3.053	6,4
Handelsbestand (passiv)	7.616	6.830	786	11,5
Eigene Mittel	9.901	10.125	-224	-2,2
Übrige Passivbestände	3.864	3.996	-132	-3,3
Bilanzsumme	138.108	133.253	4.855	3,6

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich auf 35,2 Mrd. € (31. Dezember 2017: 34,0 Mrd. €). Der Anstieg entfällt im Wesentlichen auf Schuldscheindarlehen (0,6 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind mit 30,8 Mrd. € nahezu unverändert geblieben.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Bausparanlagen in Höhe von 4,9 Mrd. € (31. Dezember 2017: 4,7 Mrd. €) enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind um 3,1 Mrd. € gestiegen. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen betrug 47,4 Mrd. € (31. Dezember 2017: 43,2 Mrd. €). Innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten betragen die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere 3,3 Mrd. € (31. Dezember 2017: 4,5 Mrd. €).

Der Handelsbestand (passiv) ist um 0,8 Mrd. € auf 7,6 Mrd. € gestiegen. Die Verbindlichkeiten des Handels sind mit 4,4 Mrd. € ausgewiesen (31. Dezember 2017: 4,4 Mrd. €), Derivate im Handelsbestand (passiv) mit 2,3 Mrd. € (31. Dezember 2017: 2,4 Mrd. €).

Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel der Bank (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn, einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital, nachrangiger Verbindlichkeiten und der Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals) betragen zum 31. Dezember 2018 insgesamt 9,9 Mrd. € (31. Dezember 2017: 10,1 Mrd. €).

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2018 – das heißt vor Feststellung des Jahresabschlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive eines Wertberichtigungsüberschusses in Höhe von 222,8 Mio. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2017 – auf 9,7 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital in Höhe von 7,2 Mrd. €. Die dem harten Kernkapital zuzurechnenden Kapitaleinlagen betragen 1,9 Mrd. €, dem zusätzlichen Kernkapital wird ein Betrag in Höhe von 775,1 Mio. € zugerechnet.

Die Eigenmittelanforderungen der Bank nach CRR betragen 4,0 Mrd. € zum 31. Dezember 2018. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 19,5 %; die Kernkapitalquote beträgt 14,4 %; die harte Kernkapitalquote beträgt 12,8 %.

Die nach CRR geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2018 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

	Prognose 2017 für 2018	Ergebnisse 2018
Zinsüberschuss	Rund 5 % oberhalb Vorjahr	+ 8,5 %
Provisionsüberschuss	Leichter Anstieg	+/- 0 %
Nettoertrag des Handelsbestands	Deutlicher Rückgang um rund 40 %	- 79,7 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Rund ein Drittel verbessert	+ 15,4 %
Personalaufwand	Erhöhung um 7 %	+ 4,3 %
Sachaufwand inklusive Abschreibungen	Erhöhung um rund 4 %	+ 6,8 %
Risikovorsorge	Deutlich höheres Niveau	- 10 Mio. €
Ergebnis vor Steuern	Rund 1/3 unter dem Vorjahresergebnis	- 29,5 %
Cost-Income-Ratio	Rund 70 %	77,7 %
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft	16,6 Mrd. €	17,7 Mrd. €

Die wesentlichen Abweichungen von der geplanten Geschäftsentwicklung der Helaba werden im Folgenden erläutert.

Der Anstieg im Zins fiel durch Einmalerträge im Zins und ungeplante Dividendenerträge höher als erwartet aus.

Die im Provisionsüberschuss geplanten Anstiege im Kapitalmarktgeschäft und im Kreditgeschäft konnten im Ist nicht vollständig erreicht werden.

Der im Nettoertrag des Handelsbestands erwartete Rückgang gegenüber dem sehr guten Vorjahresergebnis fiel im Ist aufgrund der Ausweitung der Credit Spreads stärker als erwartet aus.

Die im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthaltenen Aufzinsungen für Pensionsrückstellungen haben sich aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase gegenüber der Planung höher als erwartet niedergeschlagen.

Im Personalaufwand wurde neben einem Anstieg der Personalkosten auch eine deutliche Steigerung der Zuführungen von Rückstellungen zu den Instrumenten der betrieblichen

Altersversorgung erwartet. Da es entgegen dieser Annahme auch in 2018 eine überdurchschnittlich hohe Rentenanpassung gab, blieb der erwartete Anstieg des Personalaufwands im Ist aus.

Im Sachaufwand fiel der Anstieg durch erhöhte Projektaktivitäten sowie durch generelle Steigerungen der IT-Kosten mit 12,6 % höher als geplant aus. Dabei kamen auch verstärkt temporäre externe Kapazitäten zum Einsatz. Vor allem durch das Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen ist das IT-Projekt-Portfolio der Helaba größer geworden und wirkte sich erhöhend auf die Kosten des laufenden IT-Betriebs aus. Zusätzliche Belastungen resultierten aus der ungeplanten Durchführung strategischer Akquisitionsprojekte.

Innerhalb der Risikovorsorge standen den Zuführungen deutlich mehr ungeplante Auflösungen gegenüber, so dass sich die Risikovorsorge insgesamt deutlich besser als geplant entwickelt hat.

Insbesondere die Entwicklungen im Nettoertrag des Handelsbestands sowie im Verwaltungsaufwand haben dazu beigetragen, dass sich das Ergebnis vor Steuern leicht unter Plan entwickelt hat.

Die abweichenden Entwicklungen bei den Erträgen und dem Verwaltungsaufwand führten dazu, dass die angestrebte CIR von rund 70 % im Ist mit 77,7 % nicht erreicht wurde.

Insbesondere das Neugeschäft im Immobilienkreditgeschäft und Corporate Finance im vierten Quartal führte dazu, dass das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft oberhalb der Planung liegt.

Ertragslage nach Geschäftsfeldern

Im Immobilienkreditgeschäft konnte das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 13 % auf 9,8 Mrd. € erhöht werden und entwickelte sich damit deutlich über dem Planwert. Die Margen konnten im Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr nahezu gehalten werden. Auch in 2018 waren hohe vorzeitige Tilgungen zu verzeichnen, so dass sich das durchschnittliche Kundenvolumen leicht rückläufig entwickelt hat. Die Erträge erreichten das Vorjahresniveau, blieben aber unter den Erwartungen.

Im Bereich Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit 6,1 Mrd. € leicht über dem Vorjahresniveau und damit deutlich über dem Planwert. Im Jahresdurchschnitt gestiegene Kundenforderungen und Sondereffekte aus Beteiligungen führen zu Erträgen über dem Niveau des Vorjahres. Sie liegen damit deutlich über dem Plan.

Im Geschäft mit Versicherungen und Clearinghäusern liegen die Erträge leicht unter den Erwartungen.

Im inländischen Kommunalkreditgeschäft lag das mittel- und langfristige Abschlussvolumen in 2018 mit rund 0,9 Mrd. € deutlich unter dem Vorjahresniveau und unter den Erwartungen. Hier schlagen sich die vergleichsweise gute Haushaltslage der Kommunen sowie die bundesweiten Programme zur Entschuldung von Kommunen nieder. Bei stabilen Margen wurden Erträge über Vorjahresniveau erzielt, die Planung aber knapp unterschritten.

Im Kapitalmarktgeschäft konnten die Erträge aus dem kundengetriebenen Kapitalmarktgeschäft planmäßig gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Belastend wirkten dagegen die negativen Bewertungseffekte aufgrund der Ausweitung der Credit Spreads in der zweiten Jahreshälfte 2018.

Im Cash Management konnten in 2018 die Provisionserträge erneut gegenüber dem Vorjahr (6 %) gesteigert werden. Im Zinsergebnis wurden die Belastungen aus den negativen Kurzfristzinsen durch die Vereinnahmung von Verwahrentgelten kompensiert. Bereinigt um einen im Vorjahr enthaltenen Einmalsertrag konnten die Erträge in Summe gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden. Sie lagen damit auch über der Planung.

Im Sparkassenkreditgeschäft konnten die Erträge gegenüber dem Vorjahr planmäßig leicht erhöht werden.

Das Bruttoneugeschäft der LBS konnte im Berichtsjahr deutlich um 8,8 % verbessert werden. Nach dem vom Restrukturierungsaufwand geprägten negativen Vorjahresergebnis erreichte die LBS im Berichtsjahr trotz anhaltender Ertragsbelastungen in der weiter bestehenden Niedrigzinsphase das anvisierte positive Ergebnisziel.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Das Geschäftsjahr war durch einen Anstieg des Fördergeschäfts in einem weiter anhaltenden Niedrigzinsumfeld geprägt. Der signifikante Anstieg im Neugeschäft resultiert im Wesentlichen aus dem neuen Förderprodukt zur Ablösung beziehungsweise Übernahme von rund 4 Mrd. € Kassenkrediten hessischer Kommunen im Rahmen der „Hessenkasse“. Das Zinsergebnis liegt aufgrund der Ausweitung in bestimmten Geschäftsfeldern – bei stabilem Provisionsergebnis – über dem Vorjahresniveau.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäßen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, den Risikoappetit, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba-Gruppe fest. Die Risikostrategie umfasst alle wesentlichen Geschäftseinheiten des Helaba-Konzerns und somit auch die Helaba-Gruppe im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) sowie der Capital Requirements Regulation (CRR). Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung im Vorstand dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie der Helaba-Gruppe sind eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Wesentliche risikostrategische Ziele der Helaba-Gruppe sind die Sicherstellung eines konservativen Risikoprofils und der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit bei gleichzeitiger Erfüllung aller regulatorischen Anforderungen. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen zur Risikosteuerung verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung sowie die dafür notwendigen Systeme stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im

Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie und gleichzeitig den Risikoappetit fest. Durch die Einrichtung eines effizienten Risikomanagementprozesses trägt er für deren Einhaltung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Tochterunternehmen unter Berücksichtigung ihrer Wesentlichkeit und der rechtlichen Möglichkeiten in das Kontrollinstrumentarium für die einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Gesamtrisikostrategie und der Teilrisikostrategien im Einklang mit der Erreichung der strategischen Ziele der Helaba – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba und der Erfüllung der Aufgaben – auf der Grundlage des Risk Appetite Frameworks (RAF) eingegangen werden.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung. Ein entsprechender Kontrollprozess zur Beurteilung von Reputationsrisiken im Neugeschäft ist implementiert.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung („Three Lines of Defense“, 3 LoD)

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen. Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten für die Risikoidentifikation und -steuerung, die Risikoquantifizierung sowie die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling und das Risikoreporting folgen einem

3-LoD-Konzept. Dieses regelt im Sinne einer Governance die Rollen und Verantwortlichkeiten und stellt dadurch eine unabhängige Überwachung und interne Prüfung der Wirksamkeit der implementierten Steuerungs- und Überwachungsfunktionen sicher. Die Steuerung der Risiken aus der ersten Verteidigungslinie ist im Helaba-Einzelinstitut inklusive der LBS und WIBank sowie in den gruppenangehörigen Unternehmen von der unabhängigen Überwachung der Risiken in der zweiten Verteidigungslinie disziplinarisch und organisatorisch getrennt.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien, der Bankenaufsicht sowie der Öffentlichkeit durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrollen, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch der Risikosteuerung) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risk Appetite Framework

Die Helaba versteht unter dem RAF einen ganzheitlichen Ansatz zur Risikosteuerung. In diesem Ansatz werden so genannte RAF-Indikatoren identifiziert, auf deren Basis das Risikoprofil materiell vollständig beschrieben ist. Die RAF-Indikatoren sind sowohl risikoartenübergreifend als auch risikoartenspezifisch festgelegt und zielen auf die regulatorische und ökonomische Kapitaladäquanz, die Angemessenheit der Liquiditätsausstattung sowie auf die Nachhaltigkeit der Ertragskraft ab. Für jeden RAF-Indikator werden Schwellenwerte für Risikoappetit, Risikotoleranz und – sofern relevant – Risikokapazität durch den Vorstand festgelegt, mit denen die wesentlichen risikostrategischen Ziele im Rahmen der Planung konkretisiert werden. Der Risikoappetit bezeichnet das Risiko-Level, welches die Helaba einzugehen bereit ist, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikotoleranz gibt an, welche Abweichungen vom Risikoappetit in einem ungünstigen Umfeld noch toleriert werden, um die strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikokapazität gibt durch regulatorische Begrenzungen – sofern vorhanden – das maximale Risiko-Level an, das die Helaba eingehen kann.

Risikotragfähigkeit/ICAAP

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind

und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgen nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und berücksichtigen die Vorgaben aus dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess (SREP).

Risikokultur

Die Risikokultur der Helaba umfasst die Einstellungen und Verhaltensweisen der Angestellten der Helaba in Bezug auf Risikobewusstsein, Risikobereitschaft und Risikomanagement. Durch die Risikokultur der Helaba werden die Identifikation und der bewusste Umgang mit Risiken gefördert, so dass sichergestellt ist, dass Entscheidungsprozesse zu Ergebnissen führen, die die beschlossenen risikostrategischen Vorgaben einhalten und dem Risikoappetit entsprechen. Die Risikokultur der Helaba geht somit über das Governance-Framework und die etablierten Kontrollen hinaus. Die Weiterentwicklung der Risikokultur ist eine laufende Aufgabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Führungskräfte der Helaba. Das vom Vorstand verabschiedete Leitbild, in dem Grundwerte und Leitsätze der Helaba festgeschrieben sind, ein bedarfsgerechtes Führungskräfte-Entwicklungsprogramm, ein auf Risikobewusstsein ausgerichtetes Vergütungssystem und eine offene Kommunikationspolitik sind Bausteine dazu, die zur Berücksichtigung der einschlägigen nationalen und internationalen Normen entwickelt worden sind.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der Aktivitäten und Prozesse berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird jährlich, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für den Helaba-Konzern und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Als Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko wird das ökonomische Verlustpotenzial definiert, das aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko) entstehen kann.
 - Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.
 - Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
 - Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nach-

kommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken resultieren aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.

- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Darunter fallen zudem Sachverhalte mit Bezug zu Compliance, Business Continuity Management (BCM), Personal sowie Steuern, die einen Bezug zum operationellen Risiko aufweisen.

Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:

- Das Rechtsrisiko ist definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu (i) Rechtsprozessen oder (ii) eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann. Bonitätsbedingte Verletzungen von Verträgen (zum Beispiel Kreditverträge) fallen nicht unter diese Definition.
- Das Verhaltensrisiko ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-(Bank-)Dienstleistungen, einschließlich Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.
- Das Modellrisiko umfasst zwei unterschiedliche Aspekte:
 - I. Zum einen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter II. fallende Modelle) durch die Helaba zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.
 - II. Zum anderen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmittelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird in der Helaba-Gruppe über einen Risikopotenzialaufschlag für die wesentlichen Risikoarten in der ökonomischen Risikosteuerung abgebildet.

- Das Informationstechnologierisiko (IT-Risiko) ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware).
- Das Informationssicherheitsrisiko umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung der Informationswerte der Helaba auf technischer, prozessualer, organisatorischer und personeller Ebene, sowohl intern als auch extern (zum Beispiel Cybercrime).
Sowohl für das IT-Risiko als auch für das Informationssicherheitsrisiko besteht die Gefahr von Verlusten in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder in unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.
- Das Outsourcing-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.
- Das Projektrisiko umfasst die Gefahr negativer Auswirkungen auf die Projektziele in zeitlicher, finanzieller und personeller Hinsicht.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie auf solche der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder.
Daher ist das Reputationsrisiko in der Risikoartensystematik diesen Risikoarten zugeordnet. Reputationsrisiken umfassen originäre Reputationsverluste wie auch solche, die als Konsequenz eines operationellen Verlustereignisses entstehen. Das Reputationsrisikoprofil wird gesamthaft unter dem operationellen Risiko dargestellt.
- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft

erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung der risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten implizit berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinanderfolgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise für die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in

der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Helaba über entsprechende Auf beziehungsweise Abschlüsse ab.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Diese umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Schwellenwerte des RAF und der Limite beziehungsweise weiterer relevanter Steuerungsgrößen für das Adressenausfallrisiko einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Die zentrale unabhängige Risikoüberwachung der Risikoarten Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko, Immobilienrisiko und Geschäftsrisiko erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling. Der Bereich Risikocontrolling ist dabei zuständig für entsprechende Methodenvorgaben sowie ihre Umsetzung und den Betrieb der entsprechenden Modelle. Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenfüh-

rung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Ziele sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem beschließt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikomaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Neben dem Risikoausschuss operieren der Dispositionsausschuss sowie der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegen die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörigen Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie Syndizierungs-, Platzierungs- und Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt, die vom Vorstand verabschiedet werden.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen über 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der gruppenangehörigen Unternehmen

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt für die Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und

Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine juristische oder ökonomische Wesentlichkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Im Geschäftsjahr 2018 wurde neben der Helaba (einschließlich der WIBank und der LBS) die Frankfurter Sparkasse vollumfänglich in die Einzelrisikosteuerung eingebunden. Die Einbindung weiterer gruppenangehöriger Gesellschaften in die Einzelrisikosteuerung wird entsprechend ihren wesentlichen Risikoarten vorgenommen.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten folgen einem „Three Lines of Defense“-Prinzip. Dieses regelt im Sinne einer Governance die Rollen und Verantwortlichkeiten und stellt dadurch eine unabhängige Überwachung und interne Prüfung der Wirksamkeit der implementierten Steuerungs- und Überwachungsfunktionen sicher. Die Steuerung der Risiken aus der ersten Verteidigungslinie ist im Helaba-Einzelinstitut inklusive der LBS und WIBank sowie in den gruppenangehörigen Unternehmen von der unabhängigen Überwachung der Risiken in der zweiten Verteidigungslinie disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Im Helaba-Einzelinstitut ist das 3-LoD-Konzept wie folgt umgesetzt:

1st Line of Defense (1st LoD)

Die GuV- und Risikoverantwortung liegt für die relevanten Wertschöpfungsprozesse in den Marktbereichen (Kredit- und Handelsbereiche). Diese sind für die Steuerung der Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie der Immobilienrisiken verantwortlich. Für gewisse nichtfinanzielle Risiken, insbesondere das operationelle Risiko, fungiert grundsätzlich jeder Bereich als eine 1st LoD.

2nd Line of Defense (2nd LoD)

Die unabhängigen Funktionen der Überwachung, des Risikocontrollings und der Risikoberichterstattung werden von nicht direkt in die Wertschöpfungsprozesse involvierten Einheiten wahrgenommen, insbesondere von den Bereichen Risikocontrolling und Credit Risk Management.

3rd Line of Defense (3rd LoD)

Risikoorientiert und vollständig unabhängig von den Wertschöpfungsprozessen prüft die Revision die Funktionsfähigkeit (Effektivität) der ersten beiden Verteidigungslinien und bewertet die Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Risikosteuerungsprozesse unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben. Die interne Revision überwacht dabei die Maßnahmenumsetzung zu externen und internen Feststellungen einschließlich der terminlich überfälligen Feststellungen. Die Revision berichtet direkt an den Gesamtvorstand der Helaba und auch regelmäßig an den Verwaltungsrat sowie dessen Prüfungsausschuss.

Zur Wahrnehmung der entsprechenden Verantwortlichkeiten sind die benannten Organisationseinheiten der Helaba durch die anderen Organisationseinheiten mittels Bereitstellung erforderlicher Informationen und Hilfestellungen zu unterstützen.

Risikoarten	Risikosteuernde Einheiten (1st LoD)	Risikoüberwachende Einheiten (2nd LoD)	Überprüfende Einheit (3rd LoD)
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche (Kreditbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung; Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Gesamtbank-Portfolioebene) Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko) Credit Risk Management (Einzelengagementebene und Einzelportfolioebene)	Revision
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, gemeinsam mit Spezialistenfunktionen ¹⁾ in den nachfolgenden Einheiten: Prozessmanagement und Informationssicherheit (Zentrales Business Continuity Management; IT Risk Management; Information Security Management; Zentrales Sourcing Management; Projektportfoliomanagement), Recht, Compliance, Personal, Bilanzen und Steuern	
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling	
Immobilienrisiko	Immobilienmanagement	Risikocontrolling	
Risikoartenübergreifende Aufgaben	–	Risikocontrolling (unter anderem Ermittlung Risikopotenziale, Model Governance) Konzerncontrolling (unter anderem Risikotragfähigkeitsrechnung, Kapitalplanung)	

¹⁾Die Spezialistenfunktionen sind neben dem Bereich Risikocontrolling für entsprechende Risiken gemäß Risikoartensystematik zuständig, die unter dem operationellen Risiko subsumiert und in der Teilrisikostrategie operationelle Risiken detailliert dargestellt sind.

Das eigenständige Risikomanagement innerhalb der LBS, WIBank und der gruppenangehörigen Unternehmen ist hinsichtlich des 3-LoD-Prinzips grundsätzlich vergleichbar mit dem des Helaba-Einzelinstituts ausgestaltet. Unabhängig davon können jedoch spezifische Regelungen vorliegen. Für die Einbeziehung in die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Helaba-Gruppe sind die jeweiligen Einheiten des Helaba-Einzelinstituts verantwortlich. Die LBS und WIBank haben zudem die Vorgaben für das Helaba-Einzelinstitut unmittelbar anzuwenden.

Für die Durchführung der risikoartenübergreifenden Risikotragfähigkeitsrechnung ist der Bereich Konzerncontrolling verantwortlich.

Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten und Prozesse der Bank sowie von risikoorientiert ausgewählten Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risiko-

lage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über die wesentlichen Prüfungsergebnisse, die beschlossenen Maßnahmen sowie den Status der Maßnahmen.

Compliance

Die Bank hat die bestehenden Funktionen der Abteilungen Compliance Kapitalmarkt, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung und Compliance MaRisk (gemäß Mindestanforderungen an das Risikomanagement (AT 4.4.2 MaRisk)) seit dem 1. Juli 2018 zu einem neuen Bereich Compliance zusammengefasst. Die Abteilung Compliance MaRisk wurde zum 1. Juli 2018 als selbstständige Abteilung aufgestellt.

Die Abteilung Compliance Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMaAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Abteilung Compliance Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Abteilung Compliance Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und der Marktmanipulation und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Abteilung Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Risikoanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz einer Monitoring-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Abteilung Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA) sowie aus dem internationalen automatischen Steuerdatenaustausch (AEOI).

Die Abteilung Compliance MaRisk identifiziert die wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zu deren Umsetzung und Einhaltung hin. Darüber hinausgehend führt sie risikobasierte eigene Kontrollhandlungen durch. In diesem Zusammenhang kontrolliert und bewertet die Abteilung MaRisk regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse und Verfahrensweisen zur Umsetzung und Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Bank.

Informationssicherheitsmanagement

Die Information-Security-Management-Funktion verantwortet die adäquate Steuerung, Koordination und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements in Abstimmung mit der Geschäftsstrategie, der IT-Strategie und der Risikomanagementstrategie der Bank. Hierzu ermittelt und bewertet die Funktion die Risiken der Informationssicherheit (IS) im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) und entwickelt relevante Maßnahmen und Kontrollen zur nachhaltigen Risikoreduzierung beziehungsweise Risikoüberwachung. Auch die Ableitung und Definition notwendiger Sicherheitsanforderungen aus relevanten Gesetzen und Verordnungen (Datenschutzgesetzgebung (Bundesdatenschutzgesetz, BDSG, Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO), IT-Sicherheitsgesetz, Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen (MaSI), MaRisk, Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT (BAIT) etc.), die regelmäßige Analyse von Schutzbedarfsklassifizierungen und Infrastrukturen sowie die Abstimmung hierfür angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus in der Bank werden durch die Information-Security-Management-Funktion kontinuierlich weiterentwickelt.

Der Datenschutzbeauftragte unterrichtet und berät den Vorstand sowie alle Organisationseinheiten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinsichtlich der Datenschutzpflichten. Ihm obliegt die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung datenschutzrechtlicher Anforderungen. Ebenso ist er für die Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeiter verantwortlich. Über Verfahren, die den Umgang mit personenbezogenen Daten betreffen, führt die Helaba ein Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten (Art. 30 DSGVO). Letzteres ist die Basis zur Sicherstellung der Datenschutzkonformität für die Verarbeitung personenbezogener Daten. Zur Wahrung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität der Daten (Art. 5 sowie Art. 32 DSGVO) sowie der Bewertung der Resilienz (Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit) der datenverarbeitenden Systeme hat die Helaba ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) entwickelt, welches sich an der ISO 27001 ff. orientiert.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit/ICAAP

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Vor dem Hintergrund des durch die europäische Bankenaufsicht zur Konsultation gestellten ICAAP-Leitfadens wurden bereits in 2017 grundlegende Weiterentwicklungen der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba vorgenommen. Die bisherigen, national geprägten RTF-Ansätze wurden dabei durch die beiden ICAAP-Perspektiven im Sinne dieses Leitfadens ersetzt. In der operativen Risikoberichterstattung erfolgte die Umstellung zum Geschäftsjahr 2018.

Der führende Risikotragfähigkeitsansatz der Helaba entspricht in der Begrifflichkeit der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an den ICAAP der Institute einer Ökonomischen Internen Perspektive, das heißt, bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit werden alle Risiken berücksichtigt, die den Fortbestand der Helaba in einer ökonomischen, internen Sicht gefährden könnten. Auf die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit gemäß dieser Ökonomischen Internen Perspektive ist auch die ökonomische Limitierung und Steuerung der Risiken ausgerichtet. Im Risk Appetite Framework werden Risikotoleranz und Risikoappetit für die Risikopotenziale in dieser Perspektive definiert.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der Ökonomischen Internen Perspektive basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Basis für die Ermittlung der ökonomischen Risikodeckungsmasse bilden die Eigenmittel gemäß IFRS-Rechnungslegung, bereinigt um ökonomische Korrekturen. Letztere stellen eine dem regulatorischen CET1-Kapital vergleichbare Verlustabsorptionsfähigkeit sicher.

Risikoseitig fließen in die Betrachtung der Ökonomischen Internen Perspektive Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken zu einem Konfidenzniveau von 99,9 % ein. Hierdurch erfolgt der Nachweis, dass die ökonomische Risikodeckungsmasse auch bei schlagend werdenden, seltenen und schweren Verlustausprägungen ausreicht, um den Fortbestand des Instituts aus eigenen Mitteln, das heißt ohne Rückgriff auf externe Mittel, zu gewährleisten.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung weist zum Ende des Jahres 2018 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert das konservative Risikoprofil der Helaba. Zum Stichtag besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 4,6 Mrd. €.

Zusätzlich zur Stichtagsbetrachtung der Risikotragfähigkeit, werden regelmäßig die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario sowie ein Szenario extremer Marktverwerfungen betrachtet, dessen Basis die extremsten Parameterveränderungen der betrachteten historischen Zeitreihe (in der Regel beobachtete Marktverwerfungen infolge einer globalen Finanzkrise) bilden.

Neben der Ökonomischen Internen Perspektive als führendem Ansatz zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in der Säule II stellt die quartalsweise betrachtete Normative Interne Perspektive eine ergänzende Sichtweise dar. In der Normativen Internen Perspektive werden die bilanziellen Auswirkungen der wesentlichen Säule-II-Risiken auf die regulatorischen Quoten und die kapitalquotenbezogenen, internen Ziele im Rahmen des Risk Appetite Frameworks bei Fortführung des Instituts untersucht. Diese Analyse erfolgt unter Zugrundelegung verschiedener makroökonomischer Szenarien. Dabei wirken Säule-II-Risiken sowohl erfolgswirksam über die GuV als auch erfolgsneutral auf das regulatorische Kapital, während sich die Säule-I-Risikoquantifizierung in veränderten risikogewichtete Aktiva (Risk-Weighted Assets, RWA) niederschlägt.

Ziel dieser Betrachtung ist es, die fortlaufende Einhaltung der regulatorischen Anforderungen sowie der internen Ziele sicherzustellen, die sich aus der Risikostrategie und dem Risk Appetite Framework ableiten. Die im Rahmen der simulierten Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen sowie über der im Risk Appetite Framework definierten Risikotoleranz.

Darüber hinaus führt die Helaba drei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen beziehungsweise zum Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Im Rahmen eines inversen Stress-Szenarios in der Ökonomischen Internen Perspektive wird analysiert, welche Ereignisse über die Realisation des

Szenarios der extremen Marktverwerfungen hinaus eintreten müssten, um die Risikotragfähigkeit des Helaba-Konzerns zu gefährden. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt eines der oben genannten Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in das aus den elf Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (welche wiederum eine Tochtergesellschaft der Helaba ist), sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe umfasst zusätzlich zur Institutssicherung eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis zu 100.000 € pro Kunde. Im Helaba-Konzern belaufen sich die gedeckten Einlagen auf insgesamt 16,0 Mrd. € (31. Dezember 2017: 15,6 Mrd. €). Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Darüber hinaus gehören die Helaba und die Frankfurter Sparkasse satzungsrechtlich dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung. Er sichert die Verbindlichkeiten der Helaba und der Frankfurter Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind unabhängig von ihrer Restlaufzeit Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile im Sinne von § 10 KWG dienen oder gedient haben, wie Vermögens-

einlagen stiller Gesellschafter, Genussrechtsverbindlichkeiten sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % des Gesamtrisikobetrags gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR der angeschlossenen Institute und betrug Ende 2018 insgesamt 555 Mio. € (31. Dezember 2017: 518 Mio. €). Die barmäßige Dotierung lag zum gleichen Stichtag bei 475 Mio. € (31. Dezember 2017: 442 Mio. €)

Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband HessenThüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einseitig einen zusätzlichen regionalen Reservefonds für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung durch das Land Hessen.

Adressenausfallrisiko

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft.

Basel III/CRR

Die Helaba wendet den IRB-Ansatz an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem regulatorischen Re-

chenkern sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß den Artikeln 389f. der CRR, sowohl aus Handels- als auch aus Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften, Kontokorrent-Intraday-Risiken, Lastschrifteinreicher-Risiken sowie so genannte Additional Risks aus Konstrukten werden als wirtschaftliche Risiken genehmigt und auf separate Limite angerechnet.

Die genehmigten Gesamtlime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit Kreditäquivalenzbeträgen, die auf einer internen Add-on-Methode basieren. Die Add-ons werden einmal pro Jahr beziehungsweise anlassbezogen (beziehungsweise bei Marktverwerfungen) vom Bereich Risikocontrolling validiert und gegebenenfalls angepasst. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschrifteinreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

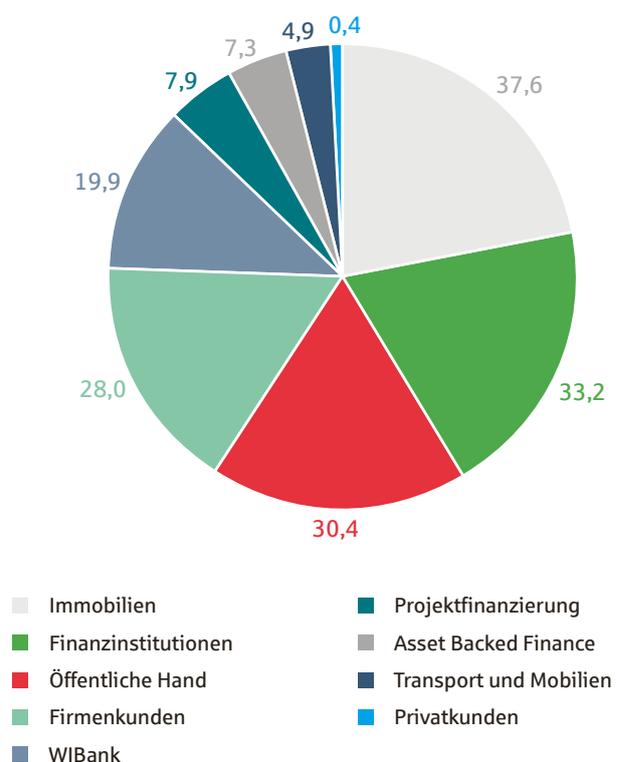
In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2018, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 169,6 Mrd. € (31. Dezember 2017: 163,3 Mrd. €), aufgeteilt nach Portfolios, dargestellt. Das Gesamtkreditvolumen entspricht dem gemäß den geltenden

Rechtsnormen für Großkredite ermittelten Risikopositionswert vor Anwendung der Ausnahmen zur Ermittlung der Großkreditobergrenzenauslastung und vor Anwendung von Kreditminderungstechniken.

Gesamtkreditvolumen nach Portfolios
(Helaba-Einzelinstitut)

Grafik 1

in Mrd. €



Der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten liegt zum 31. Dezember 2018 bei den Portfolios Immobilien, Finanzinstitutionen (insbesondere Kreditgewerbe) und öffentliche Hand.

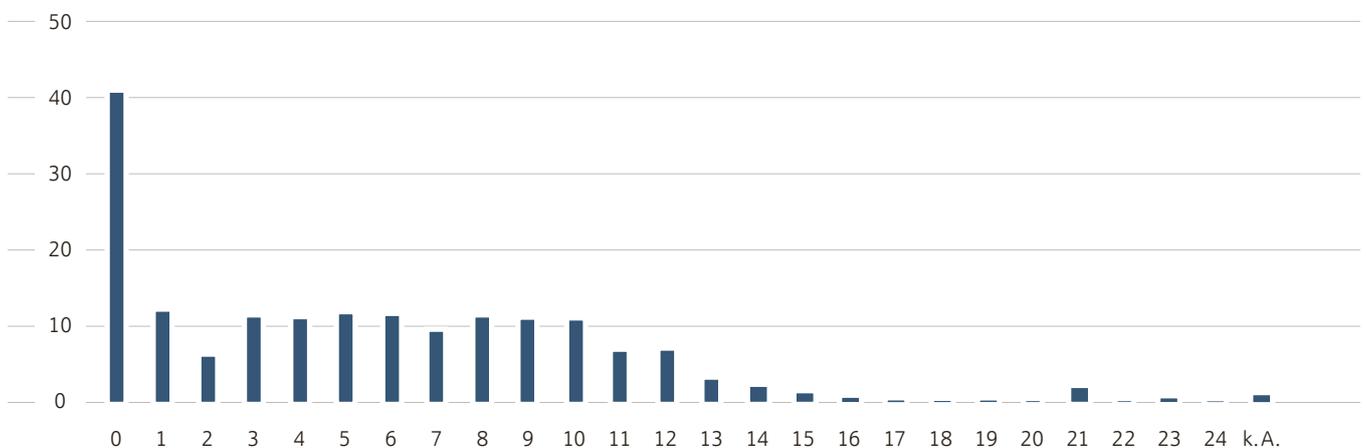
Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bank verfügt über 15 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie zwei selbst entwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Im Helaba-Einzelinstitut teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 169,6 Mrd. € (31. Dezember 2017: 163,3 Mrd. €) nach Ausfall-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf:

Gesamtkreditvolumen nach Ausfall-Rating-Klassen (Helaba-Einzelinstitut)
Grafik 2

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Kreditrisikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es stellt den Datenbestand zur Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen bereit.

Länderrisiken

Die Helaba hat ihren Länderrisikobegriff (Transfer- und Konvertierungsrisiko) um das Risiko des Sovereign Defaults erweitert. Somit werden nun zusätzlich solche Einzelgeschäfte im Länder-

risikoexposure berücksichtigt, welche von einer Helaba-Lokation mit einem Kreditnehmer im gleichen Land in Landeswährung (so genannte Lokalgeschäfte) abgeschlossen werden.

Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter oder des Leasingnehmers beziehungsweise bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Instituts-

gruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2018 belief sich auf weniger als das Vierfache des haftenden Eigenkapitals.

Der Vorstands-Kreditausschuss legt für alle Länder mit Ausnahme von Deutschland Länderlimite fest. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Sublimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Der Bereich Banken und Auslandsgeschäft als zentrale Koordinationsstelle für Länderlimitanträge bringt auf dieser Basis unter Einbeziehung bankspezifischer, geschäftspolitischer und risikomethodischer Überlegungen einen Länderlimitvorschlag ein, auf dessen Basis der Vorstands-Kreditausschuss die Limite für die einzelnen Länder festsetzt.

Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen (22–24) hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Sovereign-Default-Risiken aus Ausleihungen des Helaba-Einzelinstituts an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 64,4 Mrd. € (31. Dezember 2017: 43,6 Mrd. € ohne Lokalgeschäfte) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (66,0 %) und Nordamerika (32,0 %). Sie sind per 31. Dezember 2018 zu 80,1 % (31. Dezember 2017: 75,0 % ohne Lokalgeschäfte) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 19,8 % (31. Dezember 2017: 25,0 % ohne Lokalgeschäfte) werden in den Rating-Klassen 2–13 generiert. Lediglich 0,1 % (31. Dezember 2017: 0,1 % ohne Lokalgeschäfte) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagements in Großbritannien

Per 31. Dezember 2018 beträgt das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in Großbritannien 7,9 Mrd. € (31. Dezember 2017: 7,3 Mrd. €). Der Anstieg ist auf gegenüber dem Vorjahr geringere Sicherheiten zurückzuführen. Im Übrigen hatte das EU-Austrittsvotum Großbritanniens („Brexit“) keine wesentlichen Auswirkungen auf die Höhe des Adressenausfallrisikos.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Risiko- und Kreditausschusses des Verwaltungsrats; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Vorstands-Kreditausschuss, einzelne Vorstandsmitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Marktfolgebereich. Der Vertreter des jeweiligen Marktfolgebereichs hat dabei im Rahmen eines Eskalationsprozesses stets ein Veto-recht. In letzter Instanz entscheidet der Gesamtvorstand.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Gruppe verbundener Kunden die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch Einsatz des Global-Limit-Systems gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Gruppe verbundener Kunden zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

In der regulatorischen Sicht erfolgt die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken über den regulatorischen Rechenkern. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Ver-

luste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet.

In der internen Steuerung werden Adressenausfallrisiken mit einem Value-at-Risk-Ansatz ermittelt. Dafür wird ein Credit-Metrics-basiertes Simulationsverfahren (Monte-Carlo-Simulation) unter Berücksichtigung von Migrations- und LGD-Risiken verwendet. Der ermittelte Value-at-Risk gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die innerhalb eines Jahres mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Als Risikoparameter werden neben den internen Rating-Verfahren auch intern geschätzte LGD-Parameter sowie empirisch gemessene Korrelationswerte herangezogen. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe des Risikomodells ermittelte Value-at-Risk (VaR) ein Maß für den maximalen Verlust (expected und unexpected) dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9% (Ökonomische Interne Perspektive) auf Basis des zugrunde gelegten Beobachtungszeitraums von einem Jahr nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von empirischen Korrelationen wird das simultane Eintreten einzelner Kreditevents (systematisches Risiko) abgebildet.

Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen. Dafür werden die Risikoparameter szenarioabhängig modelliert.

In der Stichtagsbetrachtung der Ökonomischen Internen Perspektive der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 1.421 Mio. € (31. Dezember 2017: 1.423 Mio. € auf Basis der Methodik der zum 1. Januar 2018 eingeführten Ökonomischen Internen Perspektive). Die Risikopotenziale sind in 2018 im Wesentlichen konstant geblieben. Die Veränderung des Gesamtexposures und die Veränderungen der Ratings hielten sich insgesamt die Waage.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden die für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und rechtlicher Möglichkeiten in das gruppenweite Risikomanagement integriert (Einzelrisikosteuerung), ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2017 nahezu unverändert. In der Stichtagsbetrachtung der Ökonomischen Internen Perspektive der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 70 Mio. € (31. Dezember 2017: 67 Mio. € auf Basis der Methodik der zum 1. Januar 2018 eingeführten Ökonomischen Internen Perspektive). Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus dem Eingehen neuer Beteiligungen an Private-Equity-/Mezzanine-Fonds.

Marktpreisrisiko

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften

Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats bei der Festlegung der Limitierung der Risikotragfähigkeit eingebunden.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss auf Empfehlung des Dispositionsausschusses Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikoquantifizierung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der

Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung und Risikoquantifizierung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2018 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungs-

risiko. Der Anstieg des linearen Zinsänderungsrisikos ist vor allem auf höhere Marktvolatilitäten an den Anleihemärkten infolge politischer Unsicherheiten wie auch Positionsumschichtungen im üblichen Ausmaß zurückzuführen. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche länder- und ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 87 % (31. Dezember 2017: 86 %) auf Positionen in Euro und 8 % (31. Dezember 2017: 8 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, kanadischen Dollar und

Britischen Pfund. Das Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 14 Mio. € (31. Dezember 2017: 10 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9%-Konfidenzniveau 205 Mio. € (31. Dezember 2017: 166 Mio. €). In der Stichtagsbetrachtung der Ökonomischen Internen Perspektive der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 601 Mio. € (31. Dezember 2017: 412 Mio. € auf Basis der Methodik der zum 1. Januar 2018 eingeführten Ökonomischen Internen Perspektive). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf gestiegene lineare Zinsänderungsrisiken und gestiegene inkrementelle Risiken zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Gesamt	64	45	58	39	0	1	6	5
Handelsbuch	18	15	17	13	0	0	1	2
Bankbuch	51	39	45	35	0	0	6	4

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Internes Modell gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß CRR, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

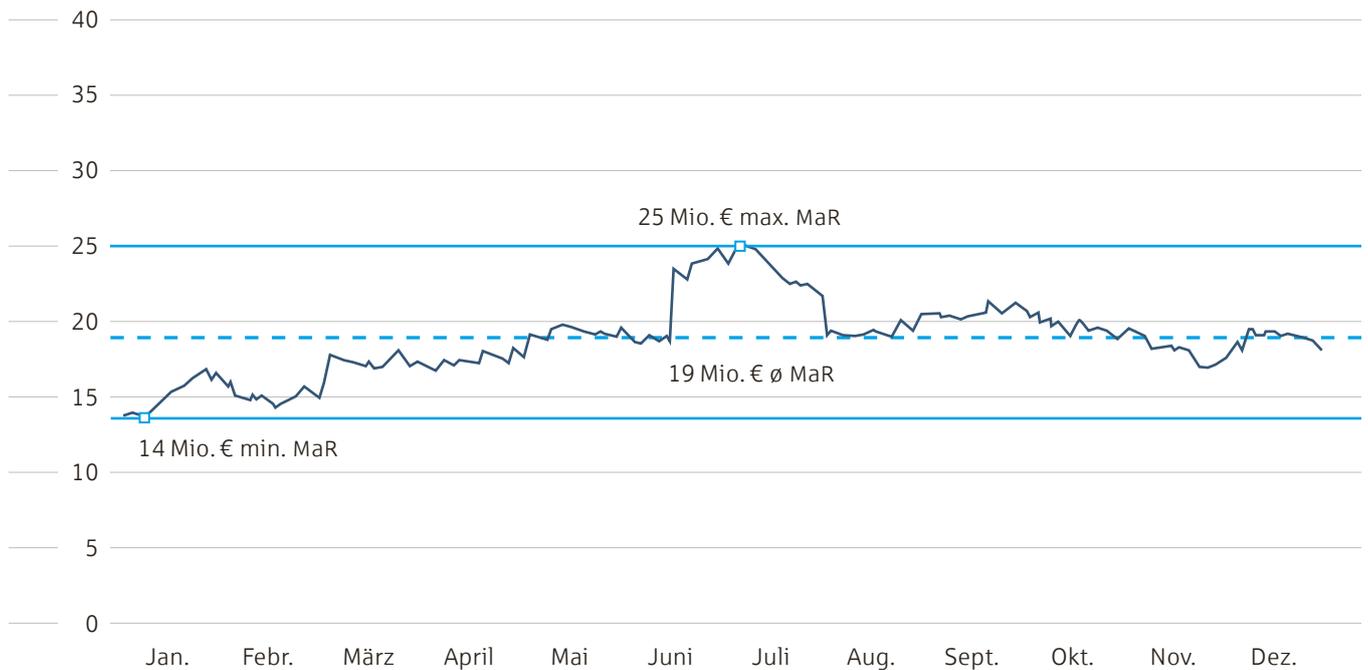
Marktpreisrisiko im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 3 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2018 dargestellt. Im Gesamtjahr 2018 betrug das durchschnittliche MaR 19 Mio. € (Gesamtjahr 2017: 19 Mio. €), der maximale Wert 25 Mio. € (Gesamtjahr 2017: 32 Mio. €) und der minimale Wert 14 Mio. € (Gesamtjahr 2017: 14 Mio. €). Der Risikoanstieg gegenüber 2017 resultiert vor allem aus den linearen Zinsänderungsrisiken und ist auf Ende Mai/Anfang Juni 2018 gestiegene Volatilitäten an den Anleihemärkten infolge der Regierungsbildung in Italien sowie Positionsumschichtungen im üblichen Ausmaß zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2018

Grafik 3

in Mio. €



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt.

Dies ermöglicht neben der Risikoquantifizierung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikoquantifizierung an den Standorten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2018

Ø MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Zinsänderungsrisiko	13	26	18	15	20	13	17	12	17	17
Währungsrisiko	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0
Aktienrisiko	2	2	2	2	1	2	1	2	2	2
Gesamtrisiko	16	28	19	18	21	16	19	15	19	19

Anzahl der Handelstage: 250 (2017: 250)

Für die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr jeweils ein MaR von 0 Mio. €.

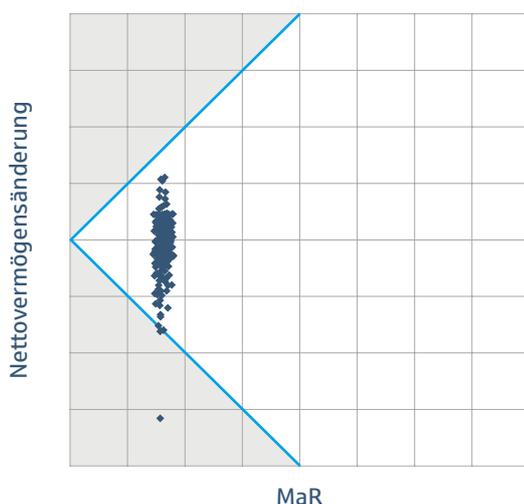
Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 4 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2018 dargestellt. Es traten zwei negative Ausreißer auf (2017: keine negativen Ausreißer). In einem Fall war die Ursache die Unsicherheit an den Anleihemärkten im Rahmen der Regierungsbildung in Italien, die zu Spread-Ausweitungen führte. Der zweite Ausreißer resultierte aus Spread-Ausweitungen infolge starker Kursrückgänge bei Financials.

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2018

Grafik 4



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko traten im aufsichtsrechtlichen Mark-to-Market-Backtesting im Jahr 2018 zwei negative Ausreißer auf (2017: keine negativen Ausreißer). Die Ursache war in beiden Fällen die Unsicherheit an den Anleihenmärkten im Rahmen der Regierungsbildung in Italien, die zu Spread-Ausweitungen führte.

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikoquantifizierung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiko (inklusive Zinsänderungsrisiko) im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresresultimo 2018 im ungünstigen Fall zu einer

negativen Wertveränderung im Bankbuch von 501 Mio. € führen (31. Dezember 2017: 277 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 480 Mio. € (31. Dezember 2017: 258 Mio. €) und auf Fremdwährungen 21 Mio. € (31. Dezember 2017: 19 Mio. €). Die Veränderung gegenüber dem Jahresresultato 2017 ist vor allem auf die Umsetzung geänderter Vorgaben der Bankenaufsicht bezüglich Zinsänderungsrisiken im Bankbuch zurückzuführen. Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten werden regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durchgeführt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Sicherung der Liquidität im Sinne der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit sowie der Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Refinanzierungsmittel besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2018 jederzeit vollumfänglich gewährleistet.

Ein Liquiditätstransferpreissystem stellt sicher, dass alle mit den verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Helaba verbundenen Liquiditätskosten (direkte Refinanzierungskosten und Kosten der Liquiditätsreserve) transparent verrechnet werden. Die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken werden im Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zusammengeführt und regelmäßig umfassend validiert.

Steuerung und Überwachung

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit, für mögliche Kostenrisiken der Refinanzierung und für eine unabhängige Überwachung dieser

Risiken verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des konzernweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba, so dass eine konzernweit aggregierte Betrachtung möglich ist.

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit und die strukturelle Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die zentrale Steuerung des Liquiditätsabsicherungsbestands sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktions-träger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren (Liquiditätsabsicherungsbestand), der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus auf Basis eines institutseigenen ökonomischen Liquiditätsrisikomodells gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken verwendet werden (zum Beispiel Repos und Verpfändungen) und damit belegt sind, werden vom freien liquiden Wertpapierbestand abgezogen. Dies betrifft auch Wertpapiere, die als Liquiditätspuffer für die Intraday-

Liquiditätssteuerung bevorratet werden. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist dabei so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von fünf Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag aufgrund der sehr guten Liquiditätsausstattung 30 % (31. Dezember 2017: 11 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 32 % (31. Dezember 2017: 16 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2018 bei 3 % (2017: 9 %) und spiegelt die sehr gute Liquiditätssituation wider.

Parallel zum ökonomischen Modell steuert die Bank die kurzfristige Liquidität entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben der LCR. Bereits seit 2017 wird die seit Jahresbeginn gültige Mindestquote von 100 % vollständig erreicht. Sie beträgt zum 31. Dezember 2018 126 % (31. Dezember 2017: 159 %).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Papers) und Offenmarktgeschäfte beziehungsweise Fazilitäten bei der EZB. Die Intraday-Liquiditätsdisposition erfolgt im Bereich Cash Management.

Außerbilanzielle Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,6 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2017) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko und Marktliquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem (ZDS) die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsabsicherungsbestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung des Refinanzierungsrisikos basiert auf Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätsinkongruenzen limitiert sind. Durch eine Diversifikation der Funding-Quellen vermeidet die Bank entstehende Konzentrationsrisiken in der Liquiditätsbeschaffung. Die Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird unter Variation der Haltedauer eine Szenariorechnung durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2018 analog zum 31. Dezember 2017 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos (Refinanzierungsrisiko), die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten und getestet.

Operationelles Risiko

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht.

Die Steuerung und Überwachung operationeller Risiken werden in der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Die Überwachung operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

Instrumentarium

Die Helaba wendet den Standardansatz für die regulatorische Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des selbst entwickelten Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert auf den Basler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quantifizierungsmethodik fußt auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank sowie einer zentralen Anwendung für das Risikoberichtswesen.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Weiterentwicklung des Instrumentariums

2018 erfolgte eine Weiterentwicklung und Vereinheitlichung bezüglich der nichtfinanziellen Risiken (NFR) vor dem Hintergrund, dass diese zunehmend weiter in den Fokus des Risikomanagements rücken. Dies beinhaltet die Zusammenführung der operationellen Risiken und deren bestehender Subrisikarten in ein gesamthafes Rahmenwerk für die Steuerung und Überwachung der nichtfinanziellen Risiken mit einem möglichst überschneidungsfreien, ganzheitlichen 3-LoD-Modell.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss, der eingerichtete Steuerungskreis für nichtfinanzielle Risiken und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation, eingetretene Schadensfälle und daraus abgeleitete Steuerungsmaßnahmen informiert.

Das Risikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung operationeller Risiken erfolgt für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest im Rahmen eines internen Modells auf Basis eines Verlustverteilungsansatzes, in den interne und externe Schadensfälle sowie Risikoszenarien zur Ermittlung des ökonomischen Risikopotenzials einfließen. Dies beinhaltet auch interne Schadensfälle und Risikoszenarien aus operationellen Risiken, die ursächlich auf Subrisikokategorien, unter anderem Rechts-, Outsourcing-, Informationssicherheits-, IT- und Projektrisiken, zurückzuführen sind. Die nachfolgende Übersicht enthält das Risikoprofil für die

Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest sowie für die übrigen in die Einzelrisikosteuerung eingebundenen Unternehmen des Helaba-Konzerns des Jahres 2018:

Operationelle Risiken – Risikoprofil

Ökonomisches Risikopotenzial

in Mio. €

	Stichtag 31.12.2018	Stichtag 31.12.2017 ¹⁾
	VaR 99,9 %	VaR 99,9 %
Einzelinstitut	229	212
Frankfurter Sparkasse, Helaba Invest und übrige Unternehmen der Einzelrisikosteuerung	94	94
Gesamt	323	306

¹⁾Auf Basis der Methodik der zum 1. Januar 2018 eingeführten Ökonomischen Internen Perspektive der Risikotragfähigkeitsrechnung.

In der Stichtagsbetrachtung der Ökonomischen Internen Perspektive der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 323 Mio. € (31. Dezember 2017: 306 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen regelt die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren. Im Dokumentationswesen wird der definierte Handlungsrahmen durch Regelungen zu Aktivitäten und Prozessen dargestellt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Prozessmanagement unterstützt.

Rechtsrisiko

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Outsourcing-Risiko

Die Outsourcing Governance beschreibt den Ordnungsrahmen für die Überwachung und Steuerung von Auslagerungen der Helaba-Gruppe, inklusive der Rollen und Verantwortlichkeiten. Die direkte Überwachung und Steuerung von Auslagerungen werden von den verantwortlichen Stellen wahrgenommen. Das zentrale Sourcing Management gibt den Rahmen für die operative Umsetzung der Steuerung und Überwachung vor. Dies beinhaltet die Entwicklung und regelmäßige Aktualisierung der Methoden und Instrumente. Als zentrale Kontrollinstanz überwacht das zentrale Sourcing Management die dezentrale Umsetzung und Anwendung der Methoden und Verfahren in den verantwortlichen Stellen. Zusätzlich stellt das zentrale Sourcing Management der Geschäftsleitung regelmäßig einen konsolidierten Bericht zu bestehenden Auslagerungen zur Verfügung. Die übergeordneten Ziele, die Dimensionen sowie die innerhalb der Dimensionen gültigen Leitplanken für Auslagerungen sind in der Outsourcing-Strategie der Helaba geregelt.

Informationssicherheits- und IT-Risiko

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der Informationsverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Vorgaben zur Informationssicherheit und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der Informationstechnologie- und Informationssicherheitsrisiken (IT- und IS-Risiken). Die IT- und IS-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht und gesteuert. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit sowie Authentizität als Teil der Integrität – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden. Darüber hinaus erfolgt für die IT- und IS-Risiken eine regelmäßige Berichterstattung an den Steuerungskreis für nichtfinanzielle Risiken.

Business Continuity Management

Im Rahmen des Business Continuity Managements haben die Bereiche und Niederlassungen der Helaba für die kritischen Geschäftsprozesse zur Notfallvorsorge Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Damit soll sichergestellt werden, dass sowohl die Durchführung des Notbetriebs als auch der Wiederanlauf und die Rückführung in den Normalbetrieb angemessen erfolgen.

Für die an externe Dienstleister ausgelagerten beziehungsweise fremdbezogenen IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den jeweiligen Vertragsdokumenten zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam von IT-Dienstleistern mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung sowohl der Einzelabschluss nach HGB als auch der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind:

- Kontrollumfeld
- Risikoeinschätzung
- Kontrollen und Abstimmungen
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen
- Verfahrensdokumentation
- Ergebniskommunikation

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt werden, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis- und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozes-

sen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Stuerrisiken

Um sicherzustellen, dass ihre steuerlichen Pflichten jederzeit ordnungsgemäß erfüllt werden, betreibt die Bank ein Tax Compliance Management System (TCMS). Dieses wurde zum 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Das TCMS wurde unter Berücksichtigung von rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen konzipiert und fokussiert auf die Einhaltung steuerlicher Vorschriften und die Vermeidung von Stuerrisiken. Ein wesentlicher Baustein des TCMS ist die Identifikation, Steuerung und Überwachung der steuerlichen Risiken. In den operativen Geschäftsprozessen der Bank sind Aufgaben, Abläufe und Kontrollvorgaben unter Risikoaspekten geordnet. Seit dem 1. Januar 2019 werden auch die ausländischen Niederlassungen in das TCMS einbezogen.

Die übergeordneten Rahmenbedingungen sind in der Steuerstrategie der Helaba niedergelegt, welche Bestandteil der Geschäftsstrategie ist. Zur Einhaltung der Vorgaben aus der Steuerstrategie im operativen Geschäftsbetrieb sind alle Bereiche verpflichtet.

Die Überwachung der Stuerrisiken im Geschäftsbetrieb der Helaba ist Aufgabe der Abteilung Steuern und erfolgt durch einen zentralen Tax Risk Manager im Zusammenspiel mit Tax-Compliance-Koordinatoren der Fachbereiche.

Die Abteilung Steuern ist zuständig für das steuerliche Anweisungswesen, das auch die übergreifenden Kontrollvorgaben regelt. Die Umsetzung der Kontrollvorgaben und abgeleiteten Verbesserungsmaßnahmen obliegt den Fachbereichen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über steuerliche Risiken ist eingerichtet.

Sonstige Risikoarten

Geschäftsrisiko

Die Risikosteuerung der Geschäftsrisiken umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der Bereich Risikocontrolling quantifiziert die Geschäftsrisiken für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung und analysiert deren Entwicklung.

Zum 31. Dezember 2018 sind in der Stichtagsbetrachtung der Ökonomischen Internen Perspektive der Risikotragfähigkeitsrechnung die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2017 mit 156 Mio. € geringfügig erhöht (31. Dezember 2017: 150 Mio. € auf Basis der Methodik der zum 1. Januar 2018 eingeführten Ökonomischen Internen Perspektive).

Immobilienrisiko

Die Risikosteuerung der Immobilienprojektierungen und Immobilienbestände wird durch den Bereich Immobilienmanagement gemeinsam mit den gruppenangehörigen Unternehmen übernommen. Die Risikosteuerung umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Der Bereich Risikocontrolling übernimmt schwerpunktmäßig die Risikoquantifizierung und die Risikoüberwachung von Immobilienrisiken. Die Risikoquantifizierung ermittelt die notwendigen Kapitalbedarfe zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

In der Stichtagsbetrachtung der Ökonomischen Internen Perspektive belaufen sich die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen auf 112 Mio. € (31. Dezember 2017: 91 Mio. € auf Basis der Methodik der zum 1. Januar 2018 eingeführten Ökonomischen Internen Perspektive). Die Erhöhung der Risiken resultiert aus der Aufnahme von Vorratsgrundstücken und Baulandentwicklungen eines gruppenangehörigen (wohnwirtschaftlichen) Unternehmens in die Risikoberichterstattung. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesen Geschäften abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) ist gemäß § 340a Abs. 1a HGB dazu verpflichtet, eine nichtfinanzielle Erklärung (NfE) aufzustellen und zu den wesentlichen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf die nichtfinanziellen Aspekte zu berichten.

Da sich wesentliche Auswirkungen der Helaba auf nichtfinanzielle Aspekte auch aus ihren Beteiligungen ergeben und das Nachhaltigkeitsmanagement der Bank eine konzernweite Ausrichtung verfolgt, wird im Folgenden eine Konzernbetrachtung eingenommen. Dabei werden die Frankfurter Sparkasse und GWH Immobilien Holding gesondert hervorgehoben. Die dargestellten Kennzahlen beziehen sich grundsätzlich auf das Helaba-Einzelinstitut, sofern nicht anders ausgewiesen. Zusätzlich erstellt die Helaba auch eine nichtfinanzielle Erklärung für den Konzern, die im Konzernlagebericht enthalten ist.

In einem strukturierten Analyseprozess wurden die Themenfelder Kreditfinanzierungen, Versorgung mit Finanzdienstleistungen, Wohnungsbewirtschaftung, Korruptionsbekämpfung sowie Arbeitgebermarke und Mitarbeiterbindung für die Geschäftstätigkeit der Helaba als wesentlich identifiziert. Die dargestellten Konzepte gelten hierbei grundsätzlich für den Konzern. Im Falle von Abweichungen von diesem Grundsatz wird hierauf im Text gesondert hingewiesen.

Die Helaba nutzt bei der Erstellung der NfE den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) als Orientierungsrahmen und erstellt zusätzlich eine DNK-Entsprechenserklärung mit den dort verwendeten Indikatoren der Global Reporting Initiative (GRI). Im Internet berichtet die Helaba umfassend über ihr Nachhaltigkeitsprogramm (nachhaltigkeit.helaba.de). Dort ist auch die Entsprechenserklärung gemäß DNK verfügbar.

Im Geschäftsjahr und zum Berichtszeitpunkt sind unter Berücksichtigung des Risikomanagementprozesses der Helaba (Nettomethode) keine wesentlichen Risiken erkennbar, die sehr wahrscheinlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf die oben genannten Aspekte haben beziehungsweise haben werden.

Die Aussagen der NfE wurden einer freiwilligen externen betriebswirtschaftlichen Prüfung nach ISAE 3000 (Revised) mit begrenzter Sicherheit durch den Abschlussprüfer unterzogen.

Verweise auf Angaben außerhalb des Lageberichts sind weiterführende Informationen und nicht Bestandteil der NfE oder des Lageberichts.

Geschäftsmodell und nachhaltige Geschäftsausrichtung

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag prägen neben finanziellen Aspekten auch nichtfinanzielle Aspekte das Selbstverständnis der Helaba. Das Geschäftsmodell ist langfristig orientiert und hat eine regionale Verankerung. Die Helaba ist im gesamten Bundesgebiet sowie in ausgewählten internationalen Märkten aktiv. Ein konservatives Risikoprofil, die starke Verzahnung mit der Realwirtschaft und die Integration in den Sparkassenverbund kennzeichnen diese Ausrichtung. Das Geschäftsmodell der Helaba ist umfassend im Kapitel „Grundlagen der Bank“ beschrieben.

Um negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft sowie Reputationsrisiken für die Helaba zu minimieren, hat die Helaba für den Konzern geltende Nachhaltigkeitsleitsätze formuliert, die vom Vorstand beschlossene Verhaltensmaßstäbe für die Bereiche Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement enthalten. Das in 2018 neu entworfene Leitbild der Helaba betont unter dem Markenclaim „Werte, die bewegen.“ ihren Anspruch, einen positiven Wertbeitrag für die Gesellschaft zu erbringen und den Standort Deutschland nachhaltig zu stärken.

Des Weiteren hat sich die Helaba zu den zehn Prinzipien des UN Global Compact bekannt. Sie erkennt damit internationale Standards für Umweltschutz, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die Bekämpfung von Korruption an. Für die Helaba gelten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) national und international als übergreifende Prinzipien für alle Geschäftsaktivitäten.

Die für das Management von Vermögen institutioneller Investoren im Helaba-Konzern verantwortliche Helaba Invest hat 2018 die internationalen Grundsätze für verantwortungsbewusstes Investment (Principles for Responsible Investment, PRI) unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung der PRI untermauert die Helaba Invest ihre Nachhaltigkeitsstrategie, umweltbezogene, soziale und unternehmenskulturelle Faktoren (Environment, Social, Governance: ESG-Kriterien) explizit in Investmentprozesse und Produkte einzubeziehen. Als ersten Schritt führt die Helaba Invest ab 2019 bei ihren Aktien-

Publikumsfonds ein ESG-Screening ein und prüft bei sämtlichen Anlagetiteln, inwieweit sie im Einklang mit internationalen Nachhaltigkeitsnormen und -konventionen wie zum Beispiel den Prinzipien des UN Global Compact stehen.

Verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit und gesellschaftlicher Wertbeitrag

Für die Helaba ergeben sich durch ihre Geschäftstätigkeit als Kreditinstitut, durch die Wohnungsbestände der Tochtergesellschaft GWH im Bereich der Immobilienwirtschaft sowie im Bereich Privatkundengeschäft durch die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse Auswirkungen auf die Aspekte Umwelt, Soziales und Menschenrechte.

Durch ihren Geschäftsbetrieb in Bürogebäuden und die Betriebsökologie sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf die Umwelt. Dennoch ist die Helaba bestrebt, ihren ökologischen Fußabdruck kontinuierlich zu senken. So ist beispielsweise der MAIN TOWER, das Hauptgebäude der Helaba, mit der höchsten Kategorie Platin nach den Standards von Leadership in Energy and Environmental Design (LEED) als nachhaltiges und energieeffizientes Gebäude ausgezeichnet. Über 90 % des Stromverbrauchs in Bürogebäuden deckt der Helaba-Konzern mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen ab. Betriebliche Umweltindikatoren werden regelmäßig erhoben und auf der Website der Helaba transparent gemacht.

Bei der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen (Outsourcing) verfolgt die Helaba einen risikobasierten Ansatz. In Bezug auf die Lieferkette bestehen aus Sicht der Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf Menschenrechte. Um dies auch weiterhin zu gewährleisten, achtet die Helaba bei der Auswahl von Lieferanten darauf, dass diese sich zur Achtung der Menschenrechte bekennen und dies anhand verbindlicher Verhaltenskodizes dokumentieren.

Kreditfinanzierungen

Das Kreditgeschäft stellt das Kerngeschäft der Helaba dar. Grundsätzlich besteht damit das Risiko, dass von der Helaba finanzierte Unternehmen oder Projekte negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft verursachen.

Um negative Auswirkungen aus den Finanzierungen zu minimieren, hat die Helaba Nachhaltigkeitskriterien und Ausschlussbedingungen für die Kreditvergabe entwickelt, die in den bestehenden Risikoprozess und die Risikosteuerung integriert sind und konzernweit gelten. Entsprechend wurde in der Teil-

risikostrategie Adressenausfallrisiko festgelegt, dass die wesentliche Finanzierung von Vorhaben, die schwere Umweltschäden oder schwere soziale Schäden hervorrufen, ausgeschlossen ist. Dies umfasst insbesondere Menschenrechtsverletzungen, die Zerstörung von Kulturgütern, die Verletzung von Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Umweltschädigungen wie etwa die Zerstörung von Lebensräumen bedrohter Arten.

Diese übergreifenden Grundsätze der Kreditvergaberichtlinien werden durch sektorspezifische Leitlinien ergänzt, die für Sektoren mit erhöhtem Risiko gelten. Spezifische Kriterien wurden für die Sektoren Energiewirtschaft, Kohlekraftwerke, Staudämme und Wasserkraftwerke, Atomkraftwerke, Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie für den Rüstungssektor verabschiedet. Damit werden Finanzierungen von kontroversen und hochrisikanten Aktivitäten wie beispielsweise unkonventionellem Fracking oder Ausbeutung von ölhaltigen Teersanden ausgeschlossen. Das derzeitige Engagement im Bereich Kohlekraftwerke und Kraftwerkskohle wird schrittweise zurückgefahren. Darüber hinaus erhöht die Helaba ihren positiven Einfluss auf den Klimaschutz, indem gezielt energieeffiziente und umweltfreundliche Technologien sowie erneuerbare Energien finanziert werden. Die sektorspezifischen Leitlinien werden auf der Website der Helaba veröffentlicht und sind somit auch für Marktteilnehmer einsehbar.

Die Risikostrategien der Helaba werden jährlich überprüft und Anpassungen oder Ausweitungen von Nachhaltigkeitskriterien bei Bedarf eingeführt. So wurde im Aktualisierungsprozess 2018 beschlossen, den Aspekt Tierwohl ab 2019 als neues Prüfkriterium aufzunehmen.

Die Steuerung des Adressenausfallrisikos ist in das konzernweite Risikomanagement integriert. Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die nach Maßgabe der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Einhaltung der Risikostrategie und die Umsetzung der Risikopolitik zuständig.

Versorgung mit Finanzdienstleistungen

Im Helaba-Konzern werden Privatkundinnen und Privatkunden primär durch die Frankfurter Sparkasse betreut. Gemäß ihrer Satzung hat die Frankfurter Sparkasse die Aufgabe, das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs zu dienen. Als regionaler Marktführer im Privatkundengeschäft und mit dem

dichtesten Filialnetz in Frankfurt am Main hat sie einen wesentlichen Einfluss auf die Versorgung mit Finanzdienstleistungen in ihrem Geschäftsgebiet. Durch ihre breite Präsenz mit 75 Filialen und Beratungszentren sowie über 20 Selbstbedienungsstellen und rund 200 SB-Cash-Geräten (Geldautomaten und Ein-/Auszahler) nimmt die Frankfurter Sparkasse Verantwortung für den Zugang zu Finanzdienstleistungen wahr und wird ihrem öffentlichen Auftrag gerecht.

Die Frankfurter Sparkasse begreift finanzielle Inklusion als wesentliche Komponente ihres öffentlichen Auftrags. Um allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere sozial benachteiligten und wirtschaftlich schwachen Kundengruppen, Zugang zu Bankdienstleistungen zu gewährleisten, bietet die Frankfurter Sparkasse Basiskonten in mehreren Varianten an. Zum 31. Dezember 2018 werden 1.328 Basiskonten geführt (Vorjahr: 1.033). Blinden und sehbehinderten Menschen erleichtert die Frankfurter Sparkasse den Zugang zu ihren Services, indem die stationären Filialen jeweils über mindestens einen Bargeldautomaten mit einem Kopfhöreranschluss verfügen. Auch im medialen Vertrieb ist die Internetfiliale der Frankfurter Sparkasse vollständig barrierefrei.

Die Frankfurter Sparkasse verfolgt eine konsequent an den Kundinnen und Kunden orientierte Geschäftspolitik. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vertrieb werden regelmäßig zur Vertriebsphilosophie der Sparkassen-Finanzgruppe sowie zur Umsetzung von Richtlinien und Gesetzen mit Verbraucherorientierung geschult. Um eine hohe Beratungsqualität zu gewährleisten, werden zum Beispiel Kundenberaterinnen und Kundenberater der Frankfurter Sparkasse bis zu 50 % an Qualitätszielen gemessen. Ergänzend wird die Zufriedenheit der Kundschaft im Rahmen des Sparkassenverbundkonzepts in Hessen-Thüringen regelmäßig gemessen und in den Verbundgremien berichtet. Innerhalb der Verbundstrategie werden aus den Ergebnissen Zielvorgaben abgeleitet.

Wohnungsbewirtschaftung

Die GWH Immobilien Holding GmbH übt mit ihren rund 50.000 vermieteten und verwalteten Wohnungen im Bereich der Immobilienwirtschaft einen bedeutenden Einfluss auf Umwelt und Gesellschaft aus. Sie verfolgt die Ziele, für breite Bevölkerungsschichten hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und die negativen Auswirkungen von Immobilien auf die Umwelt zu senken. Insbesondere in Ballungszentren wie dem Rhein-Main-Gebiet oder der Rhein-Neckar-Region besteht das Risiko von Wohnungsmangel. Durch gezielte Investitionen, Neubauprojekte und Anlaufstellen vor Ort ist die GWH bemüht, hochwertigen Wohnraum zu schaffen und ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Mieterinnen und Mietern zu erhalten.

Aus ökologischer Perspektive hat die GWH Prozesse zur fortlaufenden Optimierung der Energie- und CO₂-Bilanz ihrer Wohngebäude implementiert. Sie investiert zum Beispiel kontinuierlich in Dämmung und Fenstererneuerung der Bestandswohnungen und versorgt mit dem eigenen Energiedienstleister Systemo GmbH einen steigenden Anteil ihrer Wohnungen mit Heizenergie aus energieeffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Quellen. Den Erfolg der Maßnahmen kontrolliert sie regelmäßig durch Messungen der dadurch erzielten Einsparungen von CO₂-Emissionen. Nach der aktuellsten Auswertung konnte der Gesamtenergieverbrauch in 2017 von 409.886 MWh durch Wärmedämmmaßnahmen und Heizungsmodernisierungen um rund 1,54 % gesenkt werden, wodurch 1.272 Tonnen CO₂ eingespart wurden (2016: 1.374 Tonnen CO₂). Die im Vergleich zu 2016 leicht geringere CO₂-Einsparung resultiert vor allem aus bereits weitgehend ausgeschöpften Effizienzgewinnen bei Heizungsmodernisierungen. In 2018 wurden die Energieausweise für 88 % der Gebäude neu erstellt. Der durchschnittliche Energieverbrauch der Wohnimmobilien bei der GWH liegt mit rund 124 kWh/m²/a deutlich unter dem von der deutschen Energieagentur veröffentlichten Bundesdurchschnitt mit circa 169 kWh/m²/a (letzter verfügbarer Wert für das Jahr 2015).

Neben den ökologischen Auswirkungen sind auch die sozialen Aspekte der vermieteten und verwalteten Wohnungen von Bedeutung für Mieterinnen und Mieter und Gesellschaft. Die GWH engagiert sich unter anderem in Großsiedlungen mit vielseitigem soziokulturellem Profil. Rund 25 % der Wohnungen der GWH gehört zum mietpreisgebundenen (sozial geförderten) Wohnungsbestand, rund 20 % der Wohnungen befindet sich in Vierteln mit sozialem Quartiersmanagement. Im Rahmen des sozialen Quartiersmanagements soll mit zahlreichen Maßnahmen die Lebens- und Wohnqualität der Bewohnerinnen und Bewohner verbessert und für sozialen Ausgleich gesorgt werden. So stellt die GWH beispielsweise Räumlichkeiten für gesellschaftliche Zwecke wie die Jugendbetreuung oder Begegnungszentren bereit und engagiert sich bei sozialen Projekten. In Wohnsiedlungen schafft die GWH soziale Anlaufstellen, beschäftigt Hausmeisterinnen und Hausmeister vor Ort oder engagiert Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Die Nachfrage nach Wohnraum bedient die GWH mit einem kontinuierlichen Neubau von Wohnungen. So wurden in 2018 257 Mietwohnungen und 52 Eigentumswohnungen beziehungsweise Eigenheime fertiggestellt.

Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Die konsequente Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gehört zum Grundverständnis der Helaba. Das Risiko, dass rechtliche Bestimmungen verletzt werden, wird als Rechtsrisiko angesehen und im Rahmen des operationellen Risikos gesteuert (siehe Risikobericht).

Für die Helaba ist in diesem Kontext aufgrund der Natur des Bankgeschäfts die Verhinderung von wirtschaftskriminellem Handeln durch das präventiv ausgerichtete Compliance Management von zentraler Bedeutung. Die Helaba hat unter anderem die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung eingerichtet. Sie entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen wie etwa Betrug und Bestechung.

Um den stetig steigenden regulatorischen Herausforderungen auch in Zukunft adäquat zu begegnen, hat die Helaba zum 1. Juli 2018 einen neuen Bereich „Compliance“ geschaffen und dort die bestehenden Compliance-Funktionen zusammengefasst.

Jede Form von Bestechung und Bestechlichkeit ist in der Helaba verboten. Dies ist im Verhaltenskodex ausgeführt, der als übergeordnete Leitlinie und Orientierungsrahmen für alle Beschäftigten fungiert. Im Anweisungswesen sind verbindliche Regelungen unter anderem für den Umgang mit Zuwendungen sowie zur Aufklärung von Verdachtsmomenten von wirtschaftskriminellen Handlungen niedergelegt. Um sicherzustellen, dass geschäftliche Entscheidungen objektiv, transparent und auf Basis nachvollziehbarer Sachargumente getroffen werden, gibt die Betriebsordnung der Helaba weitere Hilfestellungen und normiert Genehmigungspflichten, die einen transparenten Umgang gewährleisten. Im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorgaben finden regelmäßig Schulungen statt, zu deren Teilnahme alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spätestens alle drei Jahre verpflichtet sind.

Das Hinweisgebersystem (Whistleblowing-System) ermöglicht allen Beschäftigten, mögliche unrechtmäßige Vorgänge zu melden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität oder anonym an eine externe Ombudsperson wenden.

Im Rahmen der präventiven Ausrichtung wird jährlich eine konzernweite Risikoanalyse erstellt und dem zuständigen Dezerenten, dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat berichtet. Darüber hinaus nimmt die interne Revision jährlich eine unabhängige Bewertung des Risikomanagements und der Kontrollen vor und berichtet an den Vorstand über die Effizienz der Instrumente und deren Einhaltung. Der Helaba sind in 2018 keine Korruptionsverfahren bekannt gegeben worden.

Wertschätzende Unternehmenskultur und nachhaltige Personalarbeit

Das Wissen und die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für die Helaba als Kreditinstitut im Finanzdienstleistungssektor von wesentlicher Bedeutung für den langfristigen Erfolg. Rund 95 % der Beschäftigten arbeiten in Deutschland. Entsprechende Vorschriften zu Arbeitsrecht und Arbeitsschutz finden Anwendung und werden durch fest etablierte Prozesse sichergestellt. Über 95 % der Beschäftigten haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Wie im Hessischen Personalvertretungsgesetz vorgesehen, vertritt der Personalrat die Interessen der Beschäftigten und überwacht die Einhaltung der Vorschriften zu deren Schutz. Als Vertretungsorgan ist er der erste Ansprechpartner der Geschäftsleitung in allen Belangen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Gesamtpersonalrat der Helaba wird ergänzt durch Personalvertretungen an einzelnen Standorten und bei der Frankfurter Sparkasse sowie durch die Jugendauszubildenden- und die Schwerbehindertenvertretung. Die Beteiligung des Personalrats in der Helaba erfolgt durch Mitbestimmung, Mitwirkung und Anhörung vor allem im organisatorischen, personellen und sozialen Bereich.

In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Helaba den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und der Vergütung festgelegt. Für rund 55 % der Beschäftigten ist die Vergütung nach dem Tarifvertrag für öffentliche Banken geregelt. Die verbleibenden rund 45 % der Beschäftigten werden außertariflich vergütet. Die Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Vorstand erfüllen die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung und werden in Form eines eigenständigen Berichts (Vergütungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung) jährlich veröffentlicht.

Arbeitgebermarke und Mitarbeiterbindung

Da die Helaba insbesondere spezialisierte Finanzdienstleistungen anbietet, verfolgt sie das Ziel, stets geeignete und hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig an die Helaba zu binden. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellen die anhaltenden regulatorischen Entwicklungen im Bankenumfeld sowie die fortschreitende Digitalisierung die Helaba vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe attraktiv zu bleiben und auf sich verändernde beziehungsweise neue Kompetenzanforderungen zu reagieren.

In Anforderungsprofilen sind die notwendigen Kompetenzen für die jeweilige Stelle definiert. Die vor diesem Hintergrund zu erbringenden Zielsetzungen und auch Leistungsbewertungen sind Teil des jährlichen Evaluierungsgesprächs zwischen Führungskraft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das Evaluierungsgespräch ist ein zentrales Führungsinstrument und Kernelement der Personalentwicklung, um Wertschätzung für die geleistete Arbeit auszudrücken und Hilfestellung bei Veränderungsbedarf anzubieten. Führungskräfte sollen über die Vereinbarung von Zielen ein möglichst hohes Maß an Transparenz über Aufgaben und Leistungserwartungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herstellen und das vertrauensvolle Miteinander fördern.

Im Rahmen des in 2017 gestarteten unternehmenskulturellen Transformationsprozesses unter dem Titel „move Helaba“ wurden in 2018 weitere Ergebnisse in Workshops zu den Themen Wertschätzung und Führung, Kommunikations- und Diskussionskultur, Zusammenarbeit und Prozesse sowie Kundenorientierung/Leistungsfähigkeit erarbeitet. So wurde beispielsweise die Einführung eines Hospitationsprogramms ab 2019 beschlossen, um unter anderem die Vernetzung von Kolleginnen und Kollegen in Schnittstellenbereichen zu fördern und die bereichsübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern.

Ein betriebliches Angebot zur Aus- und Weiterbildung gewährleistet die Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis ins Rentenalter und erhöht die Arbeitgeberattraktivität. Die Helaba investierte deshalb in 2018 2,2 Mio. € in die Qualifizierung der Beschäftigten. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische externe Seminare sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Durch ein eigenständiges Traineeprogramm sollen junge Nachwuchskräfte gewonnen werden. In einem 18-monatigen Programm werden die Grundlagen für die spätere Entwicklung als Spezial- oder Führungskräfte innerhalb eines vorab definierten Entwicklungspfades gelegt.

Die Helaba legt Wert auf die stärkere Förderung von Frauen sowie auf die Entwicklung altersdifferenzierter Personalinstrumente, um die Potenziale aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuschöpfen und langfristige Perspektiven im Konzern zu eröffnen. Zu diesem Zweck wurde ein Diversity Management eingerichtet, welches Konzepte zu den Schwerpunkten Gender, Alter und Integration entwickelt. Im Rahmen des lebenszyklusorientierten Personalmodells werden entsprechende Maßnahmen zu der Anwerbung und Besetzung von Positionen, der frühen Erkennung von Potenzialen und Entwicklung von Beschäftigten sowie einer attraktiveren Bindung von Beschäftigten implementiert.

Kennzahlen für Vielfalt der Beschäftigten der Helaba

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
Anteil Frauen	46,3 %	45,7 %	45,6 %
Anteil weiblicher Führungskräfte	20,9 %	20,6 %	18,3 %
Anteil weiblicher Vorstandsmitglieder	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anteil weiblicher Verwaltungsratsmitglieder	23,3 %	22,2 %	22,2 %
Anteil Alter > 50	46,5 %	43,9 %	40,4 %
Anteil Alter 30–50	50,0 %	52,9 %	55,9 %
Anteil Alter < 30	3,6 %	3,2 %	3,7 %
Anteil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderung (gemäß Definition § 2 SGB IX)	5,2 %	4,9 %	4,6 %

Das betriebliche Gesundheitsmanagement der Helaba hat neben der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zum Arbeitsschutz den Fokus auf der Gesundheitsförderung der Beschäftigten. Im Rahmen von Veranstaltungen, Vorträgen und Seminaren können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund um die Themen Ernährung, Bewegung, Risikoversorge und mentale Balance/Entspannung regelmäßig informieren und Angebote wahrnehmen. Für die körperliche Fitness steht das Betriebs-sportprogramm mit zahlreichen Angeboten zur Verfügung. Neben der körperlichen ist auch die psychische Gesundheit von zentraler Bedeutung. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in schwierigen Berufs- oder Lebenssituationen befinden, steht eine kompetente Beratungsstelle zur Verfügung. Ab 2019 wird dieses Angebot um eine Mitarbeiter- und Führungskräfteberatung sowie einen Work-Life-Service ergänzt.

Insgesamt weisen eine geringe Fluktuationsrate von 2,0 % (durch den Arbeitnehmer veranlasst), die Dauer der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 13,5 Jahren und ein niedriger Krankenstand von 4,8 % (krankheitsbedingter Ausfall mit ärztlichem Attest) auf eine hohe Zufriedenheit und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hin.

Prognose- und Chancenbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft insgesamt wächst 2019 ähnlich wie im Vorjahr. Die Schwergewichte USA und China verlieren an Schwung. In den Vereinigten Staaten flaut der Rückenwind von der Fiskalpolitik ab, während China seinen Weg auf einem flacheren Wachstumspfad fortsetzt. Andere Regionen wirken allerdings stabilisierend, so dass das globale Wachstum nur geringfügig niedriger ausfällt als im Vorjahr.

Deutschland wird 2019 mit voraussichtlich 1,3 % fast so stark wachsen wie im Jahr zuvor. Im Jahresverlauf dürfte die wirtschaftliche Dynamik wieder zunehmen. Die Verunsicherungen durch den Brexit und die Handelsstreitigkeiten dürften sich dann verringert haben. Erneut wird die Binnennachfrage lebhaft zulegen, da sich Realeinkommen und Beschäftigung positiv entwickeln. Der Investitionszyklus setzt sich fort, zumal die Rahmenbedingungen für die Kapitalbildung günstig bleiben. Die Dynamik der Bautätigkeit wird jedoch etwas nachlassen, da bei sehr hoher Kapazitätsauslastung weitere Zuwächse schwieriger zu realisieren sind. Auch für 2019 ist damit zu rechnen, dass die Importe stärker zulegen als die Exporte, so dass vom Außenhandel ein leicht negativer Wachstumsbeitrag ausgeht. Die öffentlichen Haushalte sollten 2019 einen etwas kleineren Überschuss erzielen, nachdem im Vorjahr 1,7 % des Bruttoinlandsprodukts erreicht wurden. Die Steuereinnahmen legen zwar weiter zu, höhere staatliche Investitionsausgaben und mehr öffentlicher Konsum werden jedoch die Überschüsse begrenzen.

In der Eurozone ist die Entwicklung differenziert: Italien dürfte 2019 erneut deutlich unterdurchschnittlich expandieren, da die neue Regierung die Wettbewerbsprobleme des Landes nicht angeht. Frankreich kann trotz der Proteste im Land genauso stark wachsen wie Deutschland. Das Wachstum in Spanien bleibt überdurchschnittlich, verringert sich aber.

Die EZB schwenkt sehr langsam um. Der erste Schritt hin zu einer weniger expansiven Geldpolitik erfolgte bereits Ende 2018 durch die Einstellung des Neuerwerbs von Anleihen. Im zweiten Halbjahr 2019 wird vermutlich der nächste Schritt folgen, mit einer vorsichtigen Anpassung der Leitzinsen an das dann wieder bessere wirtschaftliche Umfeld. Der Einlagensatz dürfte dabei von –0,4 % auf –0,2 % angehoben werden. Die Geldmarktsätze und kurze Laufzeiten deutscher Staatsanleihen notieren zwar noch überwiegend im negativen Bereich. Mittlere und lange

Laufzeiten werden sich allerdings im positiven Terrain auf einem erhöhten Renditeniveau etablieren. Die Zinskurve wird im Jahresverlauf insgesamt steiler werden.

Chancenbericht

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren nicht nur ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen, auf Basis der guten erzielten Betriebsergebnisse konnten auch durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividenden gezahlt werden. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail-Geschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Von ihren Kunden wird die Helaba aufgrund ihres stabilen Geschäftsmodells als verlässlicher Partner geschätzt. Dies zeigt sich insbesondere bei den langfristigen Finanzierungen der Bereiche Immobilienkreditgeschäft und Corporate Finance, wo die Bank zu den führenden deutschen Anbietern gehört.

Als Chancen versteht die Helaba Geschäftspotenziale, die sie aufgrund ihres Geschäftsmodells, ihrer Marktpositionierung oder ihres besonderen Know-hows in ihren Geschäftssegmenten erschließen kann. Die Helaba hat sich mit gezielten strategischen Wachstumsinitiativen in ihren Geschäftsfeldern so aufgestellt, dass die Chancenpotenziale, die sich aus dem aktuellen Marktumfeld ergeben, bestmöglich genutzt werden können.

Die Helaba hat in 2018 eine umfassende Kundenbefragung durchgeführt, welche der Bank eine herausragende Kundenzufriedenheit von 90 % attestiert. Dies zeigt, dass das wertebasierte Bankgeschäft der Helaba auch aus Kundensicht positiv wahrgenommen wird und die Bank auch zukünftig auf stabile und langfristige Kundenbeziehungen bauen kann. Die Befragung richtete sich dabei an fast alle Kundengruppen der Bank: Zielkunden, Immobilienkunden, Produktkunden der Bereiche Kapitalmarkt und Cash Management und Sparkassen. Insgesamt wurden rund 500 Telefoninterviews geführt.

Langfristige Kundenbeziehungen sowie eine nachhaltige Geschäftspolitik in den gewählten in- und ausländischen Zielmärkten sind die Grundlage der positiven Entwicklung des Neugeschäfts der letzten Jahre im Immobilienkreditgeschäft. Auch in Phasen des zunehmenden Wettbewerbs- und Margendrucks sieht die Helaba gute Chancen, aufgrund ihrer langjährigen Ver-

ankerung in den Märkten und ihrer Produktexpertise ihre Marktposition im Immobilienkreditgeschäft zu behaupten und weiter zu stärken. Im Immobilienkreditgeschäft wird die Helaba ihr Syndizierungsangebot im Verbund weiter ausbauen. Im Rahmen von Syndizierungen können auch Sparkassen an durch die Helaba-Experten akquiriertem Aktivgeschäft partizipieren und so eine Risikodiversifikation erreichen.

Im Bereich Corporate Finance erweitert die Helaba durch gezielte Produktinitiativen wie zum Beispiel in der strukturierten Absatzfinanzierung ihr Angebot und baut das so genannte Supply Chain Finance aus. In der Absatzfinanzierung mit Konsumenten verstärkt und erweitert die Helaba ihre Rolle als refinanzierendes Institut. Mit der Übernahme des Rolling-Stock-Portfolios der DVB hat die Helaba die Möglichkeit, die Marktposition für Land-Transport-Finanzierungen nachhaltig zu verbessern und das Geschäftsvolumen sowie das Neugeschäft auszubauen.

Im Sparkassenkreditgeschäft führt die Webanwendung Metaplus Digital zu mehr Effizienz und Geschäftspotenzial. Durch Schnittstellen zum OSPlus der Sparkassen werden Kunden- und Transaktionsdaten direkt übermittelt und ermöglichen somit eine schnellere Kreditentscheidung.

Exportorientierte Firmenkunden erwarten von ihrer Partnerbank Produktangebote zur Begleitung der Kunden im Ausland. Die institutionelle Verankerung in der Sparkassen-Finanzgruppe und die erweiterte Kundenbasis ermöglichen es der Helaba, sich als führende Adresse in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen und die Erträge in diesem Segment zu steigern.

Im Zahlungsverkehr ist die Helaba in einem von unverändert hohem Wettbewerbsdruck und regulatorischen Anforderungen bestimmten Markt einer der führenden Zahlungsverkehrsclearer in Deutschland und dominierende Landesbank in diesem Sektor. Die sich hieraus ergebenden Chancen werden konsequent ausgebaut, um dem weiterhin hohen Margendruck auf der Provisionsseite zu begegnen.

Die Helaba hat die grundlegenden Wandlungsprozesse auf dem Zahlungsverkehrsmarkt frühzeitig erkannt und bereits in den vergangenen Jahren verschiedene Initiativen entwickelt, um dem technischen Fortschritt im digitalen Zeitalter Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang wurde die aufsichtsrechtlich geforderte Umsetzung von Instant Payments (Echtzeit-Bezahlverfahren) wesentlich vorangetrieben. Mit dem Start des Verfah-

rens in der S-Finanzgruppe im Juli 2018 setzt die Helaba das Ziel konsequent um, ihre starke Stellung in der S-Finanzgruppe auch bei dieser Zukunftstechnologie zu behaupten.

Mit der Tochter Helaba Invest können durch die noch engere Verzahnung innerhalb der Helaba-Gruppe weitere Geschäftspotenziale gehoben werden. So ergeben sich zum Beispiel Chancen aus dem in Kooperation mit der Helaba aufgelegten Immobilienkreditfonds, der Sparkassen Zugang zum diversifizierten Kreditportfolio der Helaba ermöglicht.

Im Fördergeschäft ergeben sich aus der Umsetzung der Administration und Finanzierung der „Hessenkasse“ mit einem Volumen von rund 5 Mrd. € bedeutende Geschäftspotenziale.

Mit dem Kauf der Dexia Kommunalbank Deutschland kann die Helaba ihre Marktstellung als einer der führenden Emittenten von Pfandbriefen stärken und eine stärkere Wettbewerberin in der Kommunalfinanzierung werden. Mit einem gemeinsamem Umlaufvolumen öffentlicher Pfandbriefe von rund 29 Mrd. € wird die Helaba nach Vollzug der Transaktion größte Emittentin öffentlicher Pfandbriefe in Deutschland.

Trotz der anhaltenden Unsicherheit mit Blick auf den Brexit sind die Bank und die Niederlassung in London gut auf den Brexit vorbereitet. Trotz der im Vorfeld des Austritts aufgetretenen erheblichen politischen Unsicherheiten geht die Bank davon aus, dass auch im Fall eines „No-Deal-Brexit“ kurzfristig das Kreditportfolio der Helaba weder in Großbritannien noch in Kontinentaleuropa eine substantielle Verschlechterung erfahren wird. Die absehbaren Beeinträchtigungen und Rating-Migrationen sind tragbar. Mittelfristige Trends werden in Großbritannien durch eine schon heute sehr selektive Kreditvergabe aufgegriffen. Zwar ist mit einer leicht steigenden Risikovorsorgedotierung zu rechnen und die Veränderung von Zins und Credit Spread können – insbesondere kurzfristig – zu deutlichen Bewertungsverlusten auch in risikoarmen Portfolios führen. Es wird jedoch eine mittelfristige Wertaufholung erwartet. Die Bank begegnet diesen Risikofaktoren mit risikobewusstem Handeln – sowohl im Neugeschäft auf der Kreditseite als auch bei der täglichen Beobachtung und Gegensteuerung bei den Marktrisiken.

2017 hat die Helaba eine zukunftsgerichtete digitale Agenda entwickelt. Kernelement ist das Strategieprojekt Digitalisierung, das in mehreren Wellen Digitalisierungsinitiativen vorangetrieben hat, in denen gemischte Teams aus Fach- und IT-Seite in agiler Entwicklungsmethodik Prototypen für Anwendungen an der Kundenschnittstelle und interne Prozessoptimierungen erarbeitet haben. An der Kundenschnittstelle ist vor allem das

Helaba-Kundenportal hervorzuheben, bei dem inzwischen das dritte Release online ist, welches reges Interesse sowohl bei Firmen- wie Immobilienkunden findet. Sowohl die Transparenz hinsichtlich der laufenden Produkte via das individuelle Kunden-Dashboard als auch unterstützende Funktionen wie der sichere Datenraum und der transparente, beiderseitig verfolgbare Neukreditprozess im Immobiliengeschäft bieten unseren Kundinnen und Kunden einen deutlichen Mehrwert. Auch 2019 werden die Funktionen auf Basis der Kundenrückmeldungen weiterentwickelt. Die Prozessoptimierungsprojekte entwickeln sich ebenfalls positiv: Im November 2018 ist das Online-Portal für das Metakreditgeschäft mit Sparkassen im Rahmen des OSPlus-Releasewechsels online gegangen. Nach den ersten erfolgreichen Tests mit Robotic Process Automation (RPA) sind weitere Anwendungsfälle identifiziert worden, die im Laufe des Jahres 2019 umgesetzt werden. Die Kooperation mit der Schuldscheinplattform vc trade entwickelt sich sehr erfreulich. Die Helaba und weitere Arrangeure haben 2018 ein Volumen von mehreren Milliarden Euro über die Plattform platziert. Die Kommunalfinanzierungsplattform komuno, die erste Investition der Beteiligungsgesellschaft Helaba Digital, ist seit September 2018 online. Nach erfolgreichem Testbetrieb und ersten Transaktionen zwischen Kommunen und Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe ist die Plattform seit Anfang 2019 für alle interessierten Finanziererinnen und Finanzierer offen. Weitere Beteiligungen der Helaba Digital sind in Vorbereitung.

Von den Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) wird die Helaba als Emittentin mit „Aa3“, „A+“ und „A“ eingestuft. Die Ratings für kurzfristige Verbindlichkeiten sind „P-1“, „F-1+“ und „A-1“.

Die Ratings von Fitch und S&P basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investorinnen und Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba in den letzten Jahren durchgehend der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Die Helaba ist aufgrund der Struktur ihrer Trägerinnen und Träger (88 % der Anteile werden von Trägerinnen und Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten) und ihrer Zentralbankfunktion für 40 % der bundesdeutschen Sparkassen nachhaltig in der Sparkassen-Finanzgruppe verankert. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbund-

bank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen und sich unumkehrbar mit den Sparkassen zu verzahnen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen. In diesem Umfeld können sich für die Helaba Chancen ergeben, ihre Position als Produkt- und Dienstleistungspartnerin sowie als Plattform zur Bündelung von Aufgaben für die Sparkassen zu stärken und weiter auszubauen. Mögliche Ansatzpunkte ergeben sich zum Beispiel aus dem gemeinsamen Kreditgeschäft mit Sparkassen für größere mittelständische Kundinnen und Kunden, dem Auslandsgeschäft oder im Bereich des gehobenen Private Banking über die Frankfurter Bankgesellschaft.

Aufgrund der herausfordernden Rahmenbedingungen befindet sich der Bankensektor in einem andauernden Anpassungsprozess mit steigendem Konsolidierungsdruck. Aus dieser Situation heraus kommt es am Markt immer wieder zum Angebot von Portfolios. Die Helaba prüft diese Opportunitäten für Zukäufe zur Ausweitung des Geschäfts im Rahmen des Geschäftsmodells.

Insgesamt ist die Helaba mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Geschäfts mit den etablierten Zielkundenbereichen, dem regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba ist unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Stabilisierung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalbasis unter Beachtung der risikostategischen Vorgaben.

Voraussichtliche Entwicklung der Bank

Das Geschäftsmodell der Landesbank Hessen-Thüringen als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut basiert auf einem starken regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation und bietet damit gute Voraussetzungen für die Geschäftsentwicklung in 2019. Die volkswirtschaftlichen Prognosen für 2019 gehen von einer soliden konjunkturellen Entwicklung und einer Fortsetzung des Wachstumstrends aus. Das in 2019 unverändert niedrige Zinsniveau und die vielfältigen Projektaktivitäten begrenzen jedoch die Ergebnisentwicklungen. Im Folgenden wird die Prognose für 2019 dargestellt:

Auch 2019 wird das in- und ausländische Immobilienkreditgeschäft durch einen starken Wettbewerbs- und Margendruck geprägt sein. Trotzdem soll die gute Marktposition der Helaba genutzt werden, um 2019 im Immobilienkreditgeschäft das Geschäftsvolumen auszuweiten. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Immobilienkreditgeschäft wird in 2019 mit 10,2 Mrd. € um rund 4 % über dem Niveau des Vorjahres geplant. Zur Unterstützung des Bestandsaufbaus soll die Syndizierungsaktivität temporär reduziert werden. Die Erträge werden daher für 2019 über dem Niveau von 2018 erwartet.

Im Bereich Corporate Finance wird für 2019 ein Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft in Höhe von 6,7 Mrd. € geplant. Dies entspricht gegenüber dem schon hohen Vorjahreswert einem weiteren Anstieg um rund 9 %, berücksichtigt jedoch auch den geplanten Zukauf des DVB-Portfolios. Aufgrund des Wegfalls von Sondereffekten wird das Ergebnis in 2019 trotz des Zukaufs des Portfolios unter dem Vorjahr erwartet.

Im inländischen Kommunalkreditgeschäft wird für 2019 bei unveränderten Rahmenbedingungen mit einem mittel- und langfristigen Abschlussvolumen in Höhe von 1,3 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres geplant. Die Erträge des Kommunalkreditgeschäfts werden für 2019 leicht rückläufig geplant.

Das Kundengeschäft mit Kapitalmarktprodukten wird auch in 2019 durch das Niedrigzinsumfeld und das relativ geringe Spread-Niveau belastet. Durch die Rückführung des Quantitative Easing der EZB wird eine Ausweitung der Credit Spreads bei erhöhter Volatilität erwartet. Diese Entwicklung eröffnet Marktchancen und geht mit einer Ausweitung des Geschäftsvolumens einher. In 2019 wird mit einem Anziehen des Kundengeschäfts und einem leichten Anstieg der daraus resultierenden Erträge gerechnet.

Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Sparkassenkreditgeschäft wird für 2019 mit 1,0 Mrd. € um rund 40 % über dem Niveau des Vorjahres geplant. Das Wachstum im Geschäftsvolumen soll sowohl über das prozessual angepasste Metakreditgeschäft als auch mit den Produkten MetaPlus erreicht werden. Im Sparkassenkreditgeschäft wird für 2019 mit einem leichten Anstieg der Erträge gerechnet.

Das Niedrigzinsumfeld beeinträchtigt das Geschäft der LBS auch in 2019 in den Anlagerenditen und mit einem zurückhaltenden kollektiven Kreditgeschäft, so dass sich die Erträge in 2019 seitwärts entwickeln werden. Für Kosten- und Leistungs-

optimierungen wird das Projekt LBS-EVOLution umgesetzt, das auch Verschiebungen von Personal- in Sachkosten (Outsourcing von Leistungen) beinhaltet.

Im Cash Management ist die Helaba einer der führenden Zahlungsverkehrs-Clearer in Deutschland und führend in der S-Finanzgruppe. Die Zahl der abgewickelten Transaktionen wird auf über 7 Mrd. im Jahr 2019 steigen. Durch den digitalen Strukturwandel und eine fortschreitende Intensivierung des Wettbewerbs kommt es insbesondere bei Netzbetreibern zu Konzentrationsprozessen, die auch zu einem Rückgang der Helaba-Mandate führen können. Der Bereich Cash Management geht aufgrund der positiven Transaktionsentwicklung davon aus, die Provisionsbeiträge als wesentlichste Ertragsquelle auf dem Niveau von 2018 halten zu können.

Für das öffentliche Fördergeschäft der WIBank wird nach dem starken Anstieg im Vorjahr durch die „Hessenkasse“ für 2019 eine Stabilisierung des Geschäftsvolumens auf dem aktuellen Niveau erwartet. Damit wird auch die Ertragsentwicklung im Jahr 2019 auf Vorjahresniveau erwartet.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft (ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) wird in 2019 mit 19,6 Mrd. € um rund 10 % über dem Vorjahr geplant. Unter Einrechnung der erwarteten planmäßigen und vorzeitigen Fälligkeiten wird für 2019 mit einem Wachstum der Kundenforderungen gerechnet. Die Entwicklung der Bilanzsumme ist stark abhängig von Stichtagssalden. Insgesamt wird für 2019 von einem kontinuierlichen Anstieg ausgegangen.

Der Zinsüberschuss einschließlich der Beteiligungs- und Dividendenerträge wird für 2019 rund 4 % unterhalb des Vorjahreswerts geplant. Aufgrund der Wachstumsinitiativen wird ein mittelfristiger Anstieg des Zinsüberschusses erwartet. In der Aufbauphase wird der Bestandsaufbau nur anteilig ertragswirksam und kann den Rückgang bei einmaligen Zins- und Beteiligungserträgen sowie die Belastungen aus der Niedrigzinsphase nicht vollständig kompensieren.

Im Provisionsgeschäft wird für 2019 ein leichter Anstieg geplant, wesentlich getragen aus dem Kapitalmarktgeschäft.

Das Handelsergebnis resultiert aus den Handelsbuchgeschäften im Kapitalmarktgeschäft sowie aus Bewertungseffekten bei Derivaten. Da die im Vorjahresergebnis enthaltenen negativen Bewertungseffekte für 2019 nicht geplant werden, ergibt sich für das Nettoergebnis aus Handelsgeschäften gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Anstieg.

Die Planung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses enthält im Wesentlichen die operativen Gebäudeerträge und -aufwendungen, die Zuführung zu Rückstellungen und die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen. Es wird für 2019 mit einem gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Ergebnis geplant.

Im Personalaufwand wird für 2019 ein Anstieg um rund 8 % geplant. Dabei können die Kosten für erwartete Tarifsteigerungen und neu zu besetzende Stellen teilweise durch Personalbewegungen ausgeglichen werden. Wiederum ist wesentlicher Treiber für den geplanten Anstieg die Erwartung, dass sich der in den Vorjahren wirkende Entlastungseffekt auf die Pensionsrückstellungen infolge der überdurchschnittlichen Rentenanpassungen nicht mehr in gleicher Höhe wiederholen wird.

Die Planung des Sachaufwands inklusive Abschreibungen geht für 2019 gegenüber dem durch Einmalaufwendungen für strategische Initiativen und hohe IT-Aufwände geprägten Vorjahr von einem Rückgang um rund 2 % aus.

Die Cost-Income-Ratio wird für 2019 bei rund 74 % erwartet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird in 2019 gegenüber dem sehr niedrigen Wert in 2018 auf einem deutlich höheren Niveau geplant. Die konservative Planung der Risikovorsorge unterstellt, dass trotz der stabilen Konjunktur mittelfristig mit einem Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft zu rechnen ist.

Im Saldo rechnet die Bank für das Jahr 2019 mit einem Ergebnis vor Steuern, das aufgrund der steigend geplanten Risikovorsorge um 8 % unterhalb des Vorjahres liegt.

Auch für 2020 wird durch strategische Initiativen eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem Ausbau der Kundenerträge angestrebt. Mit einer mittelfristig erwarteten Normalisierung des Zinsniveaus sollten die damit verbundenen Belastungen weiter zurückgehen. Unterstützt durch die aufgesetzten Wachstumsinitiativen plant die Helaba mittelfristig mit einem deutlichen Anstieg des Ergebnisniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus politischen und makroökonomischen Entwicklungen. Die andauernden Verhandlungen über die Form und den Termin des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU führen zu einer Verunsicherung an den Märkten. Obwohl das Geschäftsmodell der Helaba davon nicht direkt betroffen ist, sind Folgewirkungen auf die Realwirtschaft und die Finanzmärkte möglich.

Darüber hinaus stellen die andauernden Verunsicherungen über den politischen Kurs Italiens und die damit verbundene Haushaltsdisziplin mögliche Keimzellen für eine Destabilisierung in der Eurozone dar.

In Deutschland besteht ein Risiko darin, dass sich die Konjunktur durch die übergeordneten europäischen Themen schwächer als erwartet entwickelt. Auch die anhaltende Verunsicherung über den bevorstehenden Strukturwandel in den Branchen Automobil und Energie könnten sich dämpfend auf das Wachstum in Deutschland auswirken.

Mit dem Auslaufen des Kaufprogramms der EZB für Wertpapiere ist der erste Schritt für eine Normalisierung des Zinsniveaus erfolgt. Ein Risiko besteht insbesondere dann, wenn die EZB aufgrund des niedrigeren Wachstums und der Verunsicherung in der Eurozone die erwartete Zinserhöhung deutlich über das Jahresende 2019 hinaus verschiebt.

Außerdem könnten aufgrund der Mitgliedschaft in der institutsbezogenen Sicherungsreserve der Landesbanken sowie aufgrund der europäischen Bankenabgabe im Fall von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen auch von der Helaba Sonderzahlungen eingefordert werden, die zu unvorhergesehenen Belastungen der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage der Helaba führen können.

Gesamtaussage

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 280 Mio. € erzielt. Das operative Ergebnis sank um rund 6 %. Maßgeblich war hierfür der Rückgang des Nettoertrags des Handelsbestands, der im Vorjahr von einem bewertungsbedingtem Anstieg profitierte. Die übrigen operativen Ergebniskomponenten konnten in 2018 gesteigert oder auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen auf 984 Mio. € (5,8 %) ist auf Kosten für Fach- und IT-Projekte zurückzuführen. Die Risikolage war vor dem Hintergrund der weiterhin positiven gesamtwirtschaftlichen Lage entspannt. So führte auch ein negativer Effekt aus einem Methodenwechsel in der Risikovorsorgeberechnung insgesamt zu keinem nennenswerten Risikovorsorgebedarf. Das im Geschäftsjahr 2018 erzielte Ergebnis erlaubt die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stillen Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie eine Dotierung der Rücklagen.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbsdrucks und der Vielzahl regulatorischer Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft und der Sparkassen-Finanzgruppe ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Weitere Entwicklungsmöglichkeiten werden im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft gesehen. Langfristige Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie des Helaba-Konzerns ist unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Stabilisierung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalbasis unter Beachtung der risikostrategischen Vorgaben.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2019

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker Groß Dr. Hosemann

Kemler Schmid Dr. Schraad

Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

zum 31. Dezember 2018

Aktivseite

in Tsd. €

	Anhang Ziffer		31.12.2018	31.12.2017
Barreserve				
a) Kassenbestand		11.362		5.644
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		6.217.796		9.323.197
			6.229.158	9.328.841
Darunter: bei der Deutschen Bundesbank	5.687.837			(8.898.743)
Forderungen an Kreditinstitute	(2), (48)			
a) Hypothekendarlehen		–		–
b) Kommunalkredite		6.897.554		7.228.101
c) Andere Forderungen		3.055.794		2.245.176
			9.953.348	9.473.277
Darunter:				
Täglich fällig	1.956.807			(347.573)
Gegen Beleihung von Wertpapieren	–			
Darunter: Baudarlehen der Bausparkasse				
Bauspardarlehen	–			(0)
Forderungen an Kunden	(3), (48)		86.367.608	80.055.543
a) Hypothekendarlehen		24.668.582		20.679.228
b) Kommunalkredite		25.200.935		23.668.576
c) Andere Forderungen		35.605.400		34.838.733
Darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	–			
d) Baudarlehen der Bausparkasse				
da) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)	144.738			162.911
db) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung	744.054			701.849
dc) Sonstige	3.899			4.246
		892.691		869.006
Darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	678.872			(552.301)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(4)			
a) Geldmarktpapiere				
aa) Von öffentlichen Emittenten		–		–
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–			–
ab) Von anderen Emittenten	474.329			(567.443)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–			–
		474.329		567.443
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) Von öffentlichen Emittenten	3.728.507			(5.039.360)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.728.507			(4.978.916)
bb) Von anderen Emittenten	12.483.756			(11.095.141)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	12.483.757			(9.724.750)
		16.212.263		16.134.501
c) Eigene Schuldverschreibungen		–		–
			16.686.592	16.701.944
Nennbetrag	–			–
Übertrag:			119.236.706	115.559.605

Passivseite

in Tsd. €

	Anhang Ziffer		31.12.2018	31.12.2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(15), (18), (48)			
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			209.152	203.917
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe			909.251	878.397
c) Andere Verbindlichkeiten			34.037.083	32.908.622
Darunter: täglich fällig	7.119.626			(7.143.430)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte:				
Hypotheken-Namenspfandbriefe		–		
Öffentliche Namenspfandbriefe		–		
d) Bauspareinlagen			41.521	36.465
			35.197.007	34.027.401
Darunter: auf zugeteilte Verträge		–		(37)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(19), (48)			
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.119.149	1.538.447
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe			3.765.669	4.137.967
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen			–	
ca) Bauspareinlagen		4.890.753		4.655.685
Darunter:				
Auf gekündigte Verträge	40.735			(35.154)
Auf zugeteilte Verträge	89.390			(83.615)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			–	–
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			–	–
			4.890.753	4.655.685
d) Andere Verbindlichkeiten			21.040.453	20.281.459
			30.816.024	30.613.558
Darunter: täglich fällig	12.131.528			(11.879.026)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte:				
Hypotheken-Namenspfandbriefe		–		
Öffentliche Namenspfandbriefe		–		
Verbriefte Verbindlichkeiten	(20)			
a) Begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenspfandbriefe		10.318.184		8.169.855
ab) Öffentliche Pfandbriefe		10.597.888		11.440.916
ac) Sonstige Schuldverschreibungen		26.435.309		23.547.205
			47.351.381	43.157.976
b) Andere verbrieftete Verbindlichkeiten			3.363.096	4.503.485
			50.714.477	47.661.461
Darunter: Geldmarktpapiere	3.363.097			(4.503.485)
Handelsbestand	(21), (36), (37), (48)		7.615.626	6.829.704
Übertrag:			124.343.134	119.132.124

Aktivseite

in Tsd. €

	Anhang Ziffer		31.12.2018	31.12.2017
Übertrag:			119.236.706	115.559.605
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(5)		976.172	1.013.898
Handelsbestand	(6), (14), (36), (37), (48)		13.538.198	12.307.039
Beteiligungen	(7), (17), (48)		35.440	57.814
Darunter:				
An Kreditinstituten		17.991		(44.391)
An Finanzdienstleistungsinstituten		–		(0)
Anteile an verbundenen Unternehmen	(8), (17), (48)		2.004.543	1.778.752
Darunter:				
An Kreditinstituten		855.580		(855.580)
An Finanzdienstleistungsinstituten		13.074		–
Treuhandvermögen	(9)		921.480	1.043.545
Darunter: Treuhandkredite		655.004		(778.020)
Immaterielle Anlagewerte	(10), (17)			
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–	–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			68.910	55.627
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–	–
d) Geleistete Anzahlungen			–	–
			68.910	55.627
Sachanlagen	(11), (17)		92.351	76.623
Sonstige Vermögensgegenstände	(12)		716.240	799.347
Rechnungsabgrenzungsposten	(13)			
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			308.937	535.971
b) Andere			208.655	25.178
			517.592	561.149
Summe der Aktiva			138.107.632	133.253.399

Passivseite

in Tsd. €

	Anhang Ziffer			31.12.2018	31.12.2017
Übertrag:				124.343.134	119.132.124
Treuhandverbindlichkeiten	(22)			921.835	1.043.545
Darunter: Treuhandkredite		655.359			(778.020)
Sonstige Verbindlichkeiten	(23)			606.607	463.254
Rechnungsabgrenzungsposten	(24)				
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			306.846		638.803
b) Andere			412.804		185.197
				719.650	824.000
Rückstellungen	(25)				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			1.074.007		998.179
b) Steuerrückstellungen			67.853		203.743
c) Andere Rückstellungen			383.753		362.833
				1.525.613	1.564.755
Fonds zur bauspartechnischen Absicherung				11.200	11.200
Nachrangige Verbindlichkeiten	(26)			2.236.711	2.311.215
Genussrechtskapital	(28), (30)			81.000	216.000
Darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig			–		(135.000)
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals	(27)			374.314	–
Fonds für allgemeine Bankrisiken	(30)			598.623	(598.623)
Davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		123.367			(123.367)
Eigenkapital	(30)				
a) Gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital			588.889		588.889
ab) Kapitaleinlage			1.920.000		1.920.000
ac) Einlagen stiller Gesellschafter			533.339		953.338
				3.042.228	3.462.227
b) Kapitalrücklage				1.546.412	1.546.412
c) Gewinnrücklagen					
cc) satzungsmäßige Rücklage			294.444		294.444
cd) andere Rücklage			1.715.861		1.695.600
				2.010.305	1.990.044
d) Bilanzgewinn				90.000	90.000
				6.688.945	7.088.683
Summe der Passiva				138.107.632	133.253.399
Eventualverbindlichkeiten	(31)				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				6.805.470	6.229.489
Andere Verpflichtungen	(32)				
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			2.586.534		2.575.015
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen			23.195.736		19.546.151
				25.782.270	22.121.166

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

in Tsd. €

	Anhang Ziffer		2018	2017
Zinserträge aus	(39), (40)			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.426.943		2.395.826
Darunter: Zinserträge der Bausparkasse:				
aa) Aus Bauspardarlehen	5.595			(6.790)
ab) Aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	17.710			(17.874)
ac) Aus sonstigen Baudarlehen	69			(77)
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		115.022		161.165
			3.541.965	2.556.991
Zinsaufwendungen			2.592.938	1.686.514
Darunter: für Bauspareinlagen	74.536			(76.985)
			949.027	870.477
Laufende Erträge aus	(39)			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			25.791	23.806
b) Beteiligungen			3.688	3.938
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			24.056	6.154
			53.535	33.898
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			91.605	95.360
Provisionserträge	(39), (41)		254.303	240.308
Darunter: Provisionserträge der Bausparkasse:				
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung	21.282			(19.756)
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	22			(56)
c) Aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	4			(9)
Provisionsaufwendungen			89.750	75.432
Darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	35.239			(27.889)
			164.553	164.876
Nettoertrag des Handelsbestands	(39)		45.243	221.556
Sonstige betriebliche Erträge	(39), (42)		76.074	71.192
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		317.140		311.373
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		67.093		56.513
			384.233	367.886
Darunter: für Altersversorgung	6.467			(14.468)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen			580.616	515.810
			964.849	883.696
Übertrag:			415.188	573.663

in Tsd. €

Anhang Ziffer				2018	2017
Übertrag:				415.188	573.663
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				19.262	46.550
Sonstige betriebliche Aufwendungen (42)				153.356	159.803
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (43)				312.235	264.659
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				293.116	234.191
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				–	13.070
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				17.808	30.113
Aufwendungen aus Verlustübernahme				168	108
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				–	–
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				241.091	353.777
Außerordentliche Erträge				–	–
Außerordentliche Aufwendungen				–	–
Außerordentliches Ergebnis (44)				–	–
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (45)					129.796
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen					1.034
				130.830	136.708
Jahresüberschuss				110.261	217.069
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				–	–
Einstellung in Gewinnrücklagen				20.261	127.069
Bilanzgewinn				90.000	90.000

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

zum 31. Dezember 2018

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, eingetragen beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRA 29821 und beim Amtsgericht Jena unter der Registernummer HRA 102181, wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfandbriefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die in den Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) enthalten.

Darüber hinaus erstellt die Helaba einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht und durch die Europäische Union in europäisches Recht übernommen wurden. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss des Vorjahrs angewendet. Abweichungen werden jeweils nachfolgend erläutert.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestands und außerhalb der Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nenn-

betrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigung oder Rückstellungen wird sämtlichen erkennbaren Kreditrisiken Rechnung getragen. Zur Abbildung latenter Kreditrisiken in der handelsrechtlichen Rechnungslegung verfolgt die Bank unverändert einen risikoadäquaten Bilanzierungsansatz. Die Helaba hat die Methode für die Berechnung der Pauschalwertberichtigung im Geschäftsjahr weiterentwickelt. Die Helaba greift auf nunmehr vorhandene, genauere Informationen sowie Berechnungsparameter und -methoden zurück, wie sie für Zwecke der Risikoversorgung nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen herangezogen werden. Dabei folgt die Helaba dem Expected-Loss-Ansatz für die Pauschalwertberichtigung, das heißt grundsätzlich dem Einjahresverlust beziehungsweise dem Verlust für die gesamte Restlaufzeit im Falle eines signifikant erhöhten Ausfallrisikos. Aus der Weiterentwicklung der Berechnungsmethodik ergab sich zum Bilanzstichtag ein Aufwand von 41,1 Mio. € der in der Gewinn- und Verlustrechnung der Helaba unter dem Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft gezeigt wird. Die Pauschalwertberichtigung beinhaltet zur Abschirmung zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannte Risiken in einzelnen Teilportfolios eine zusätzliche Vorsorgekomponenten.

Die Grundlage für die Ermittlung der Einzelwertberichtigung bildet der Unterschiedsbetrag zwischen dem erzielbaren Betrag aus erwarteten, künftigen Tilgungen, Zinsen und Erlösen aus der Verwertung von Sicherheiten und dem Buchwert der Forderung. Zinsen auf wertgeminderte Forderungen werden mittels barwertiger Hochschreibung des Buchwerts als Zinsertrag erfasst.

Für allgemeine Bankrisiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – auch Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Seit dem 21. Juli 2018 besteht mit der Änderung des § 46f KWG für deutsche Banken die Möglichkeit, innerhalb der Senior-Unsecured-Verbindlichkeiten (ungedechte Inhaberschuldverschreibungen, ungedeckte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen) eine bewusste Entscheidung zu treffen, ob diese Verbindlichkeiten als so genannte Senior Non-Preferred (gemäß § 46f Abs. 5 in Verbindung mit 6 und 9 KWG) begeben werden sollen und diese damit im Range den so genannten Senior-Preferred-Verbindlichkeiten (gemäß § 46f Abs. 5 in Verbindung mit 7 und 9 KWG) nachstehen.

Seit dem 21. Juli 2018 hat die Helaba ihre neu begebenen Senior-Unsecured-Verbindlichkeiten (ungedechte Inhaberschuldverschreibungen, ungedeckte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen) weit überwiegend mit dem Senior-Preferred-Rang ausgestattet.

Wertpapiere

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind – mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagevermögens – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des Wertpapierbestands zum Bilanzstichtag wurde ein aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Das Anlagevermögen enthält Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen nach § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen nach § 1 KAGB.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwerts, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Handelsbestand

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten

in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftsbezogen. Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoaufschlags für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie von den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankenaufsicht nach den Vorschriften des KWG für sämtliche Handelsbestände, der aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie der Vorgaben des Art. 365 Capital Requirements Regulation (CRR). Der Risikozu- oder -abschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen.

Fremde Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von OTC-Derivaten werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment, CVA) berücksichtigt. Das eigene Bonitätsrisiko findet durch die Bildung eines Debit Valuation Adjustments (DVA) Berücksichtigung. CVA und DVA werden an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gestellten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens zehn vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands vorgenommen wird. Die Zuführung erfolgt zulasten der Nettoerträge des Handelsbestands. Die Bank hat im Berichtsjahr keine Zuführung zu dieser Reserve vorgenommen.

Die Bank hat Derivate des Handelsbestands (aktiv und passiv), die unter Rahmenverträgen je Kontrahent mit einem Credit Support Annex und täglicher Besicherungsermittlung abgeschlossen wurden, gegeneinander verrechnet. Hierbei wurden die Buchwerte der Derivate und die Sicherheitsleistung je Kontrahent in der Verrechnung berücksichtigt. Die Verrechnung umfasst auch Derivate und Sicherheitsleistungen, die über einen zentralen Kontrahenten abgeschlossen wurden. Seit dem Geschäftsjahr 2018 erfolgt im Einklang mit IDW RS BFA 5 auch eine Verrechnung der Buchwerte von börsengehandelten Derivaten und deren zugehöriger Variation Margin. Auf eine Anpassung der Vorjahreswerte wurde aufgrund von Geringfügigkeit verzichtet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden keine Umgliederungen von Finanzinstrumenten des Handelsbestands gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 6b RechKredV statt.

Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf beizulegende Werte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet.

Rückstellungen

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags der ungewissen Verbindlichkeiten

oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > 1 Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei der Ermittlung der Veränderung durch Aufzinsung wird unterstellt, dass eine Veränderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Effekte aus der Aufzinsung werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (31. Dezember 2018: Richttafeln 2018G bzw. 31. Dezember 2017: Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden. Entsprechend § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB werden die Pensionsverpflichtungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre bewertet. Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von 171 Mio. € unterliegt einer Ausschüttungssperre. Der Aufwand aus der Anwendung der neuen Heubeck-Richttafeln, bezogen auf die wesentlichen Pensionsverpflichtungen, betrug 7 Mio. €.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2018	31.12.2017
Zinssatz	3,21	3,68
Gehaltstrend	2,00	2,00
Rententrend	1,00–2,00	1,00–2,00
Fluktuationsrate	3,00	3,00

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögensgegenstände (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (De-

ckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen

Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögensgegenstände und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Versorgungsaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwert-erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Ermittlung von Zeitwerten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle zu berücksichtigenden Daten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In den Fällen, bei denen nicht alle zu berücksichtigenden Parameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht deri-

vativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden so genannte Arranger-Preise herangezogen. Die Bewertung von nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Parametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Devisenkassageschäfte erfolgt gemäß den Grundsätzen in den §§ 256a HGB und 340h HGB. Sie werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Devisentermingeschäften des Handelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen sowie eine Bewertung der Reststellen im Handelsergebnis. Bei Devisen-Swaps des Nichthandelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen im Zinsertrag bzw. Zinsaufwand.

Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Je Währung wird durch den Abschluss von Devisengeschäften gewährleistet, keine ungedeckten Währungspositionen aufzubauen oder zu halten. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Derivate

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swap-Vereinbarungen) werden bei Geschäftsabschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Derivate außerhalb des Handelsbestands und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestands werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko nach den Grundsätzen des IDW RS BFA 3 eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätlich bewertet, sondern in einem Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer

Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge und Aufwendungen aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestands werden zeitanteilig abgegrenzt und die Abgrenzung unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Durch eine unterjährige, technischen Weiterentwicklung im Berichtsjahr wird das Zinsergebnis aus Zins-Swaps granularer je derivativem Einzelgeschäft ermittelt. Bislang wurden die in den Vorsystemen ermittelten Zinserträge und -aufwendungen aus Zins-Swaps aus dem jeweiligen Swap-Leg als Zinsertrag bzw. Zinsaufwand in der GuV vereinfachend im Zinsertrag gezeigt. Diese methodische Umstellung führt im Vergleich zur bisherigen Vorgehensweise zum Umstellungszeitpunkt zu einem gleichmäßigen Anstieg der GuV sowohl im Zinsertrag als auch im Zinsaufwand bei gleichbleibendem Zinsüberschuss. Aufgrund einer unterjährigen Umstellung im Berichtsjahr liegen für den Vergleichszeitraum des Vorjahres keine Vergleichswerte vor.

Bewertungseinheiten

Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 340a HGB in Verbindung mit § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zins-Swaps zusammensetzen. Die Bewertungseinheiten bestehen aus Asset-Swap-Kombinationen in Form von Mikro-Bewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt unter Verwendung der Regressionsanalyse. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin ausgleichen. Bis zum vorgesehenen Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken nahezu vollständig ausgleichen. Für Verlustüberhänge aus dem ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung bildet die Bank eine Drohverlustrückstellung. Im Berichtsjahr resultierte hieraus eine aufwandswirksame Zuführung in Höhe von 0,2 Mio. € (2017: Auflösung 1,2 Mio. €).

Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern beruhen auf Differenzen zwischen dem handels- und steuerrechtlichen Bilanzansatz der Forderungen gegen Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, passiven Rechnungsabgrenzung, Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und sonstigen Rückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,65 %. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statuarischen Steuersätzen bewertet.

(2) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	5.898	5.982
Forderungen an verbundene Unternehmen	976	1.019
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28	28
Der Unterposten Andere Forderungen enthält:		
Nachrangige Forderungen	8	35
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Täglich fällig	1.471	348
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	2.067	3.172
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.046	941
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.731	2.182
Mehr als fünf Jahre	638	2.832

(3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	763	1.071
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	349	9
Nachrangige Forderungen	43	46
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	2
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	8.305	4.705
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	24.923	7.948
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.532	34.623
Mehr als fünf Jahre	15.119	29.980
Mit unbestimmter Laufzeit	3.489	2.800

(4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Verbriefte Forderungen:		
An verbundene Unternehmen	–	–
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	15.882	15.350
Nicht börsennotiert	805	590
Restlaufzeiten:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	3.260	3.676
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	–
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften als Sicherheit hinterlegt	1.489	1.500
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	–	17
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	–	17
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	–	–

Die Bank schätzt die Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand als nicht dauerhaft ein und rechnet daher mit einer vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit.

(5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	16	16
Nicht börsennotiert	16	17

Der Posten beinhaltet Anteile an zwei (31. Dezember 2017: zwei) ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds beziehungsweise reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 1 Mrd. € (31. Dezember 2017: 1 Mrd. €). Im Rahmen der langfristigen Investitionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere.

Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Im abgelaufenen Ge-

schäftsjahr erfolgte keine ertragsmäßige Ausschüttung (2017: 8,0 Mio. €).

Entsprechend § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen gemäß § 1 KAGB enthält dieser Posten auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen in Höhe von 23 Mio. €. Im Vorjahr entfielen auf solche Investmentvermögen 19 Mio. €.

(6) Handelsbestand (aktiv)

	31.12.2018	31.12.2017
Derivative Finanzinstrumente	5.181	5.189
Forderungen	1.093	1.213
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.234	5.792
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	30	113
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	–
Sonstige Vermögensgegenstände	–	–

Der Rückgang des Handelsbestands (aktiv) resultiert im Wesentlichen aus dem planmäßigen Abbau des Bestands an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Daneben ist eine Saldierung von Derivaten des Handelsbestands

(passiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen berücksichtigt, die zu einer Verrechnung in Höhe von 5,3 Mrd. € (31. Dezember 2017: 5,4 Mrd. €) führt.

(7) Beteiligungen

	31.12.2018	31.12.2017
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	18	18
Börsennotiert	–	–

(8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	104	104
Börsennotiert	–	–

(9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	342	268
Forderungen an Kunden	313	510
Beteiligungen	3	3
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	53	52
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	197	197
Sonstige Vermögensgegenstände	14	14

(10) Immaterielle Anlagewerte

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Erworbene standardisierte Software	69	56

(11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	59	38
Betriebs- und Geschäftsausstattung	32	32

(12) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Wesentliche Posten sind:		
Zinsforderungen aus Swap-Vereinbarungen	420	398
Sonstige	255	401

(13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:		
Agien aus Forderungen	161	198
Upfront Payments	176	234
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	148	104

(14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestands	–	–
In Pension gegebene Vermögensgegenstände der Liquiditätsreserve	–	–

(15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.602	3.307
Handelsspassiva	3.434	3.379

Darin enthalten sind entliehene Wertpapiere in Höhe von 63,2 Mio. € (31. Dezember 2017: 0 Mio. €), die an Kreditinstitute im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

(16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	24.079	22.363

(17) Anlagenspiegel

in Mio. €

	Immaterielle Anlagewerte	Sach- anlagen	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Beteili- gungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Anlage- Vermögen gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.2018	198	221	40	81	1.860	2.400
Zugänge	26	23	12	4	220	285
Wechselkursveränderungen		1			-4	-3
Umgliederungen						-
Abgänge	3	8	25	27	13	76
Stand zum 31.12.2018	221	237	27	58	2.063	2.606
Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.2018	142	144	4	23	81	394
Zuschreibungen					3	3
Planmäßige Abschreibungen	13	7				20
Außerplanmäßige Abschreibungen						
Wechselkursveränderungen		1				1
Umgliederungen					-10	-10
Abgänge	3	7			10	20
Stand zum 31.12.2018	152	145	4	23	58	382
Buchwerte						
Zum 1.1.2018	56	77	36	58	1.779	2.006
Zum 31.12.2018	69	92	23	35	2.005	2.224

(18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	7.980	10.936
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.235	724
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17	18
Täglich fällig	7.218	7.143
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	1.304	2.043
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.289	2.566
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	11.718	10.679
Mehr als fünf Jahre	12.668	11.560

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	692	315
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	73	25
Täglich fällig	11.460	11.896
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	2.546	2.746
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.183	1.005
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.026	3.042
Mehr als fünf Jahre	8.602	7.285

(20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Restlaufzeiten des Unterpostens Begebene Schuldverschreibungen:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	6.589	5.049
Restlaufzeiten des Unterpostens Andere verbrieftete Verbindlichkeiten:		
Bis drei Monate	2.850	3.894
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	513	610
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
Mehr als fünf Jahre	–	–

(21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Derivative Finanzinstrumente	2.319	2.441
Verbindlichkeiten	4.405	4.374
Risikoaufschlag	18	15

Die Saldierung von Derivaten des Handelsbestands (aktiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen führte zu einem Verrechnungseffekt zum 31. Dezember 2018 in Höhe von 6,9 Mrd. € (31. Dezember 2017: 7,0 Mrd. €).

(22) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	125	126
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	530	647
Sonstige Verbindlichkeiten	266	271

(23) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Wesentliche Posten sind:		
Zinsverpflichtungen aus Swap-Vereinbarungen des Nichthandelsbestands	238	246
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	200	56
Zinsen für Genussrechte und stille Einlagen	41	59
Abzuführende Steuern	13	13
Erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestands	3	7

(24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:		
Agien aus Verbindlichkeiten und eigenen Emissionen	270	337
Upfront Payments	237	257
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	29	45

(25) Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre (3,21 %) und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre (2,32 %) beträgt zum Bilanzstichtag 171 Mio. €. Dieser Betrag unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 32 Mio. € (31. Dezember 2017: 32 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 36 Mio. € (31. Dezember 2017: 38 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 40 Mio. € (31. Dezember 2017: 39 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Aufwendungen aus diesen Vermögensgegenständen in Höhe von 2,9 Mio. € (2017: Erträge in Höhe von 2,2 Mio. €) mit Erträgen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 0,7 Mio. € (2017: Aufwendungen in Höhe von 2,8 Mio. €) verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte und für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Rückstellungen für Prozessrisiken werden gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz in %	Fällig in	Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
–	EUR	–	–	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die anrechenbaren Eigenmittel. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 29 Mio. € (31. Dezember 2017: 30 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 88 Mio. € (2017: 79 Mio. €).

Die Bank hat wie im Vorjahr keine nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

(27) Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Bank Additional Tier-1-(AT1)-Namensschuldverschreibungen in Höhe von 373,8 Mio. € begeben. Die AT1-Anleihen begründen unbesicherte und nachrangige Anleihen der Bank. Der Rückzahlungsbetrag und der Nominalbetrag der AT1-Anleihen kann bei Vorliegen eines „auslösenden“ Sachverhalts vermindert werden. Dieser Sachverhalt tritt ein, wenn die Tier-1-Kernkapitalquote der Bank – berechnet auf konsolidierter Basis – unter 5,125 % fällt. Die Anleihen können nach Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts – unter bestimmten Bedingungen – wieder zugeschrieben werden. Sie können von der Helaba zu einem ersten möglichen vorzeitigen Fälligkeitsdatum gekündigt werden und danach alle zehn Jahre; unter bestimmten Bedingungen und nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde können sie auch vorzeitig gekündigt werden. Die Anleihen unterliegen den in den jeweiligen Anleihebedingungen ausgeführten Bedingungen, die unter anderem beinhalten, dass die Bank die Anleihen nur ganz und nicht teilweise kündigen kann, sofern dafür bestimmte aufsichtsrechtliche oder steuerliche Gründe vorliegen.

Die Zinszahlungen für diese Anleihen bemessen sich an deren Nominalbetrag und sind für den Zeitraum vom Ausgabebetrag bis zum ersten möglichen vorzeitigen Rückzahlungstag festgeschrieben. Danach erfolgt eine Festlegung des Zinssatzes für jeweils zehn Jahre. Die Anleihebedingungen verpflichten die Bank beziehungsweise räumen der Bank das umfassende Recht zur alleinigen Entscheidung ein, jederzeit Zinszahlungen entfallen zu lassen. Zinszahlungen werden in Folgejahren nicht höher ausfallen, um ausgefallene Zinszahlungen aus Vorjahren kumulativ nachzuholen.

Per 31. Dezember 2018 belief sich der Bilanzwert der Anleihen auf 373,8 Mio. €. Der auf die Anleihen entfallende, abgegrenzte Zinsaufwand für das Jahr 2018 betrug 0,5 Mio. €.

(28) Genussrechtskapital

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Namensgenussrechte	61	196
Verbriefte Genussrechte	20	20

Die Genussrechte wurden im Hinblick auf die bei Begebung bestehenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Berücksichtigungsfähigkeit als Eigenmittel für bankaufsichtsrechtliche Meldungen ausgestaltet. Die Entstehung der Ansprüche auf Ertrag und Rückzahlungen ist abhängig vom Vorliegen entsprechender Gewinne. An etwaigen Verlusten nehmen die Gläubiger entsprechend den jeweiligen Bedingungen der Genussrechte teil. Der Posten beinhaltet sechs Genussrechte.

(29) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	10.651	11.456

(30) Eigene Mittel

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Gezeichnetes Kapital	3.042	3.462
a) Stammkapital	589	589
b) Kapitaleinlage	1.920	1.920
c) Einlagen stiller Gesellschafter	533	953
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	2.010	1.990
Einschließlich der Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals,	374	–
des Genusrechtskapitals,	81	216
des Fonds für allgemeine Bankrisiken,	599	599
des Fonds zur baupartechnischen Absicherung	11	11
sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	2.237	2.311
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	9.901	10.124

Zur Gewinnverwendung wird eine Ausschüttung in Höhe von 90 Mio. € sowie eine Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 20 Mio. € vorgeschlagen.

(31) Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Kreditbürgschaften	3.853	2.203
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	2.953	4.027

Die Helaba schätzt das Risiko, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist, als gering ein. Avalkredite unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, hat die Helaba entsprechende Rückstellungen gebildet.

In den Eventualverbindlichkeiten enthalten ist das in Anspruch genommene Zahlungsverprechen aus dem Anteil der Bankenabgabe in Höhe von 31 Mio. €.

(32) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
In diesem Posten sind enthalten:		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.587	2.575
Unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	23.196	19.546

Aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen geht die Helaba davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen und somit nicht mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, wurden Rückstellungen gebildet.

(33) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalgeschäft

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Emittierte öffentliche Pfandbriefe	10.598	11.441
Zur Deckung bestimmte Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	179	269
Forderungen an Kunden	18.855	19.758
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	330	518
Treuhandvermögen	471	26
Überdeckung	9.237	9.130
Emittierte Hypothekendarlehen	10.318	8.170
Zur Deckung bestimmte Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	–	–
Forderungen an Kunden	13.234	12.765
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	533	345
Treuhandvermögen	385	157
Überdeckung	3.834	5.097

(34) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Hypothekendarbriefe:				
Deckungsmasse	14.151	13.267	14.844	14.002
Pfandbriefumlauf	11.588	9.851	11.772	10.065
Überdeckung	2.563	3.416	3.073	3.937
Risikobarwert internes Modell	–	–	2.796	3.568
Öffentliche Darbriefe:				
Deckungsmasse	19.835	20.571	21.765	22.603
Pfandbriefumlauf	15.122	16.256	16.244	17.539
Überdeckung	4.713	4.315	5.521	5.064
Risikobarwert internes Modell	–	–	5.306	4.741

Zum Geschäftsjahresende befindet sich, wie im Vorjahr kein Derivat in Deckung.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

**Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungs-
fristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach
Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG**

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Hypothekendarlehen:				
Bis 0,5 Jahre	1.220	843	1.201	224
Mehr als 0,5 Jahre bis 1 Jahr	713	541	1.520	1.257
Mehr als 1 Jahr bis 1,5 Jahre	451	1.097	737	1.251
Mehr als 1,5 Jahre bis 2 Jahre	841	978	2.014	1.499
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.831	1.278	522	2.519
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	2.908	1.660	2.148	516
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.410	2.726	1.088	2.148
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	4.675	4.078	2.140	221
Über 10 Jahre	103	65	217	217
Öffentliche Pfandbriefe:				
Bis 0,5 Jahre	1.053	1.044	2.682	1.524
Mehr als 0,5 Jahre bis 1 Jahr	1.015	1.703	604	550
Mehr als 1 Jahr bis 1,5 Jahre	1.406	985	1.238	2.684
Mehr als 1,5 Jahre bis 2 Jahre	1.075	987	422	592
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.862	2.566	1.417	1.650
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.804	1.930	1.798	1.439
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	2.814	1.826	1.367	1.783
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.291	5.949	3.234	4.013
Über 10 Jahre	3.517	3.581	2.362	2.021

**Weitere Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4, 7, 8, 9, 10
und 11 sowie Abs. 2 Nr. 3 PfandBG**

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Hypothekendarlehen:		
Umlaufende Darlehen	11.588	9.851
Davon: Anteil festverzinslicher Darlehen (in %)	89,9	90,6
Deckungsmasse	14.151	13.267
Davon: weitere Deckung	533	345
Davon: Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 übersteigen	0	0
Davon: Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 19 Abs. 1 Nr. 2 übersteigen	0	0
Davon: Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 19 Abs. 1 Nr. 3 übersteigen	0	0
Davon: Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (in %)	58,8	51,2
Summe Nettobarwerte	2.932	3.694
Nettobarwert nach § 6 Darlehen-Barwertverordnung je Wahrung:		
Euro	1.458	2.509
US-Dollar	664	497
Britische Pfund	678	488
Schweizer Franken	58	62
Schwedische Kronen	75	137
Durchschnittlich verstrichene Laufzeit der Forderungen seit Kreditvergabe (in Jahren)	4,4	4,3
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf (in %)	58,7	58,7
Öffentliche Darlehen:		
Umlaufende Darlehen	15.122	16.256
Davon: Anteil festverzinslicher Darlehen (in %)	95,8	95,4
Deckungsmasse	19.835	20.571
Davon: weitere Deckung	44	71
Davon: Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des § 20 Abs. 2 übersteigen	–	–
Davon: Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (in %)	90,5	90,9
Summe Nettobarwerte	5.347	4.779
Nettobarwert nach § 6 Darlehen-Barwertverordnung je Wahrung:		
Euro	5.397	4.741
US-Dollar	–223	–165
Britische Pfund	0	0
Schweizer Franken	170	200
Japanische Yen	2	4

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart

Davon Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

in Mio. €

Land	Eigentumswohnungen		Ein- und Zweifamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Deutschland	94	60	185	94	2.062	2.059	–	–	1	0	2.342	2.213

Davon Aufgliederung gewerblich genutzt:

in Mio. €

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige gewerblich genutzte Gebäude		Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Deutschland	2.190	2.227	2.373	2.641	132	168	745	273	–	–	1	24	5.441	5.332
Belgien	87	43	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	87	43
Finnland	–	–	34	–	–	–	47	–	–	–	–	–	81	–
Frankreich	803	1.118	183	206	–	–	55	–	–	–	–	–	1.041	1.324
Luxemburg	70	70	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	70	70
Schweden	116	107	66	74	–	0	35	0	–	–	–	–	217	181
Niederlande	143	158	176	6	–	–	6	–	–	–	–	–	325	163
Österreich	–	24	107	68	–	–	–	–	–	–	–	–	107	92
Polen	443	389	398	499	–	–	–	–	–	–	–	–	840	888
Tschechien	8	35	–	184	–	–	82	–	–	–	4	5	94	223
Großbritannien	425	362	100	100	–	7	147	1	–	–	–	–	672	470
USA	1.387	1.280	105	114	–	–	–	–	–	–	–	–	1.492	1.394
Gesamt	5.673	5.812	3.541	3.891	132	175	1.117	274	–	–	6	29	10.468	10.180

Aufgliederung der Deckungsmasse nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Hypothekendarlehen		
Bis 0,3 Mio. €	327	182
Größer 0,3 Mio. € bis 1 Mio. €	128	109
Größer 1 Mio. € bis 10 Mio. €	1.085	1.116
Größer 10 Mio. €	12.079	11.515
Weitere Deckung	533	345
Öffentliche Darlehen		
Bis 10 Mio. €	4.110	3.859
Größer 10 Mio. € bis 100 Mio. €	8.432	8.271
Größer 100 Mio. €	7.249	8.370
Weitere Deckung	44	71

Zum Berichtsstichtag gab es, wie im Vorjahr, keine Leistungen, die mindestens 90 Tage rückständig waren. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangsversteigerungs- noch Zwangsverwaltungs-fälle auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Ver-lusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Gewerblich	0	0
Wohnwirtschaftlich	-	0
Gesamt	0	0

Aufgliederung der Deckungswerte für öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

in Mio. €

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		In der Summe enthaltene Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung		Gesamt	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Deutschland	678	601	3.801	3.575	10.453	11.188	3.912	4.026	676	598	18.844	19.389
Frankreich inklusive Monaco	–	–	452	492	–	–	33	35	–	–	485	527
Großbritannien/Nordirland	271	306	–	–	–	–	–	–	271	306	271	306
Luxemburg	4	5	–	–	–	–	–	–	4	5	4	5
Spanien	–	–	141	184	–	–	–	–	–	–	141	184
Österreich	–	–	2	5	–	–	–	–	–	–	2	5
Schweiz	–	–	44	43	–	–	–	43	–	–	44	85
Gesamt	952	911	4.440	4.298	10.453	11.188	3.945	4.103	950	909	19.791	20.500

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (31. Dezember 2017: 0 Tsd. €).

(35) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestands erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 19 und 20 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestands hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 % verringert.

Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2018
Zinsrisiken	153.767	153.486	3.739	2.559
Zins-Swaps	138.420	134.448	3.642	1.434
Forward Rate Agreements	–	–	–	–
Zinsoptionen	9.464	10.259	12	1.114
Käufe	443	1.027	12	–
Verkäufe	9.021	9.232	–	1.114
Caps, Floors	4.040	3.015	85	11
Börsenkontrakte	1.843	5.764	–	–
Sonstige Zinstermingeschäfte	–	–	–	–
Währungsrisiken	22.846	17.961	204	475
Devisentermingeschäfte	5.510	4.532	19	28
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	17.336	13.429	185	447
Devisenoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Aktien und sonstige Preisrisiken	–	–	–	–
Aktienoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
Kreditderivate	150	150	–	–
Käufe	150	150	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Rohwarenrisiken	–	–	–	–
Rohwaren-Swaps	–	–	–	–
Rohwarenoptionen	–	–	–	–
Gesamt	176.763	171.597	3.943	3.034

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise Verbindlichkeiten sowie unter den aktiven beziehungsweise passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen sind. Dabei beläuft sich der Betrag der insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva auf 618 Mio. € (31. Dezember 2017: 669 Mio. €), der im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva auf 682 Mio. € (31. Dezember 2017: 555 Mio. €).

Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Bis drei Monate	9.078	13.168	5.192	4.406	–	–
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	18.048	17.266	2.607	2.389	–	–
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	71.573	73.588	10.613	8.507	–	–
Mehr als fünf Jahre	55.068	49.464	4.434	2.659	–	–
Gesamt	153.767	153.486	22.846	17.961	–	–

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwarenderivate		Gesamt	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Bis drei Monate	–	–	–	–	14.270	17.574
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	150	150	–	–	20.805	19.805
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–	–	–	82.186	82.095
Mehr als fünf Jahre	–	–	–	–	59.502	52.123
Gesamt	150	150	–	–	176.763	171.597

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen im kurzfristigen Laufzeitbereich zurückgegangen. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 17,6 % (31. Dezember 2017: 19,8 %).

Transaktionen in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB werden überwiegend im mittelfristigen Laufzeitbereich von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren abgeschlossen. Zum Stichtag beträgt das Nominalvolumen in diesem Laufzeitband 10.133 Mio. € (31. Dezember 2017: 9.234 Mio. €).

Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2018
Banken in der OECD	64.493	60.232	2.298	2.530
Banken außerhalb der OECD	5	8	–	–
Öffentliche Stellen in der OECD	4.010	4.931	438	520
Sonstige Kontrahenten	108.255	106.426	1.207	982
Gesamt	176.763	171.597	3.943	4.032

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte vorwiegend mit OECD-Banken und zentralen Clearing-Stellen ab.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt ihr Anteil 99,1 % (31. Dezember 2017: 96,6 %).

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

(36) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4,8 % erhöht. Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf einem gestiegenen Volumen von Zins-swaps.

Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2018
Zinsrisiken	295.769	279.279	9.066	7.976
Zins-Swaps	244.759	230.192	8.276	6.654
Forward Rate Agreements	–	25	–	–
Zinsoptionen	24.222	25.518	726	1.273
Käufe	9.492	10.237	631	46
Verkäufe	14.730	15.281	95	1.227
Caps, Floors	16.873	16.675	61	43
Börsenkontrakte	9.415	6.716	3	4
Sonstige Zinstermingeschäfte	500	153	–	2
Währungsrisiken	39.809	42.858	909	839
Devisentermingeschäfte	32.632	34.513	389	471
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	6.704	7.803	515	362
Devisenoptionen	473	542	5	6
Käufe	234	268	5	–
Verkäufe	239	274	–	6
Aktien und sonstige Preisrisiken	5.349	4.497	429	418
Aktienoptionen	4.764	3.605	419	367
Käufe	2.562	2.039	419	–
Verkäufe	2.202	1.566	–	367
Börsenkontrakte	585	892	10	51
Kreditderivate	6.659	5.056	30	27
Käufe	3.462	2.628	5	24
Verkäufe	3.197	2.428	25	3
Rohwarenrisiken	58	121	–	1
Rohwaren-Swaps	2	48	–	–
Rohwarenoptionen	56	73	–	1
Gesamt	347.644	331.811	10.434	9.261

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateralvereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Bis drei Monate	11.350	13.384	16.250	18.853	257	295
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.972	26.544	13.498	12.743	736	770
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	136.728	125.570	8.432	8.903	4.015	3.193
Mehr als fünf Jahre	120.719	113.781	1.629	2.359	341	239
Gesamt	295.769	279.279	39.809	42.858	5.349	4.497

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwarenderivate		Gesamt	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Bis drei Monate	50	295	33	43	27.940	32.695
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	695	770	25	42	41.926	40.469
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.777	3.193	–	36	154.952	142.150
Mehr als fünf Jahre	137	239	–	–	122.826	116.497
Gesamt	6.659	4.497	58	121	347.644	331.811

Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 13,0% (31. Dezember 2017: 14,3%).

Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2018
Banken in der OECD	132.651	136.118	3.977	5.848
Banken außerhalb der OECD	–	23	–	–
Öffentliche Stellen in der OECD	22.881	24.283	3.076	784
Sonstige Kontrahenten	192.112	171.387	3.381	2.629
Gesamt	347.644	331.811	10.434	9.261

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt ihr Anteil 69,9 % (31. Dezember 2017: 68,5 %).

Der Anteil der Derivate des Handelsbestands am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 66,3 % nahezu unverändert (31. Dezember 2017: 65,9 %).

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 72,0 % (31. Dezember 2017: 64,5 %) des Gesamtbestands auf den Handelsbestand. Bei den Währungsrisiken betreffen 63,5 % (31. Dezember 2017: 70,5 %), bei den Kreditderivaten 97,8 % (31. Dezember 2017: 97,1 %) der Kontrakte den Handelsbestand.

(37) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestands	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Derivative Finanzinstrumente	5.181	5.189	2.319	2.441	68	177
Zinshandel	4.251	4.434	1.499	1.590	15	156
Aktienhandel	325	108	190	104	19	5
Devisenhandel	601	640	618	729	23	20
Kreditderivate	4	6	12	16	4	-10
Rohwaren	-	1	-	2	7	6
Forderungen/Verbindlichkeiten	1.093	1.213	5.245	4.368	28	-2
Schuldscheindarlehen	907	981	-	-	18	-8
Tages- und Termingelder	36	12	4.288	3.623	3	8
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	134	22	-	-	-	-
Begebene Geldmarktpapiere/ verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	822	613	-2	-2
Begebene Aktien-/Indezertifikate	-	-	52	61	9	-13
Sonstiges	16	198	83	71	-	13
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.234	5.792	52	21	-8	54
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	30	113	-	-	-25	11
Sonstiges					-18	-19
Provisionen					-18	-19
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB					-	-
Gesamt	13.538	12.307	7.616	6.830	45	221

Bei der Angabe der Aktiva und Passiva aus derivativen Finanzinstrumenten wurde die bilanzielle Saldierung sowohl im Berichtsjahr als auch bei den Vorjahreswerten berücksichtigt.

Bei den Handelsaktiva wurden insgesamt 5,3 Mrd. € (31. Dezember 2017: 5,4 Mrd. €), bei den Handelspassiva 6,9 Mrd. € (31. Dezember 2017: 7,0 Mrd. €) saldiert.

(38) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Per 31. Dezember 2018 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 12.917 Mio. € (31. Dezember 2017: 12.504 Mio. €).

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet. Für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wurde im Berichtsjahr eine Abschreibung vorgenommen.

	in Mio. €	
	31.12.2018	31.12.2017
Bonitätsinduzierte Zuschreibungen auf Wertpapiere	-17	-3
Veränderung Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	0	1

(39) Gliederung nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provisionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

	in Mio. €	
	31.12.2018	31.12.2017
Deutschland	3.253	2.457
Europäische Union ohne Deutschland	322	412
Übriges Ausland	403	283

(40) Zinsergebnis

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften beinhalten in der abgelaufenen Periode negative Zinsen in Höhe von 76,2 Mio. € (31. Dezember 2017: 56,1 Mio. €), die Zinsaufwendungen enthalten einen Ertrag von 79,7 Mio. € (31. Dezember 2017: 41,6 Mio. €).

(41) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien sowie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleistungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

(42) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 13 Mio. € (2017: 17 Mio. €), aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 22 Mio. € (2017: 21 Mio. €) und Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 16 Mio. € (2017: 18 Mio. €) ausgewiesen.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 99 Mio. € (2017: 94 Mio. €). Die Aufwendungen für nicht eigen genutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 10 Mio. € (2017: 10 Mio. €).

Der Posten enthält periodenfremde Erträge in Höhe von 7 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 10 Mio. €.

(43) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

(44) Außerordentliches Ergebnis

Die Bank weist, wie schon im Vorjahr, zum 31. Dezember 2018 kein außerordentliches Ergebnis aus.

(45) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in Deutschland und in den USA (Niederlassung New York) steuerpflichtigen Ergebnisse. Ein Aufwand von 95 Mio. € resultiert aus Steuern für Vorjahre. Sie sind im Wesentlichen der Tatsache geschuldet, dass die Bank Zinserträge, welche aus der rein steuerlichen Abzinsung unverzinslicher Verbindlichkeiten gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3 Satz 1 EStG resultieren, versteuern musste.

(46) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 20 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 113 Mio. €. Hiervon entfallen 33 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Die Bank ist als unbeschränkt haftende Gesellschafterin an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main beteiligt.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten galt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausging.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitätsverordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Bezüglich der Helaba Asset Services (vormals: Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International) sowie der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die jeweilige Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 8.557 Mio. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 1.489 Mio. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 2.459 Mio. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von 0,5 bis zu 12,5 Jahren genutzten Immobilien sind für 2019 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 40,6 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Die Emissionsgesellschaft OPUSALPHA Funding Limited wird im Konzernabschluss der Helaba vollkonsolidiert.

Die für das OPUSALPHA-Programm insgesamt bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 2.371 Mio. € (31. Dezember 2017: 2.109 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2018 1.542 Mio. € (31. Dezember 2017: 1.467 Mio. €) in Anspruch genommen.

Für die OPUSALPHA-Gesellschaften agiert die Helaba als Dienstleister und ist Zusagen zur Liquiditätsversorgung bis maximal zur Höhe bestehender Ankaufszusagen eingegangen und nachrangigen Haftungen ausgesetzt, wenn die seitens Dritter getragenen Risiken, zum Beispiel in Form von Ankaufabschlägen oder Garantien, nicht ausreichen sollten.

Zum 31. Dezember 2018 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 55,6 Mio. € (31. Dezember 2017: 65 Mio. €).

Die möglichen Verpflichtungen aus Prozessrisiken betragen zum 31. Dezember 2018 1 Mio. €. Die Bank hat sich gegenüber einzelnen Tochtergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, sie von Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

Bei einem ausländischen Pensionsfonds für Pensionszusagen einer ausländischen Niederlassung besteht nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung, für die entsprechende Vorsorge getroffen wurde. Die Unterdeckung ist ab 2015 durch Einzahlungen in das korrespondierende Planvermögen zu gleichen; dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter. Nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften beläuft sich der Verpflichtungsumfang der mittelbaren Pensionsverpflichtung (vor Berücksichtigung des bestehenden Planvermögens) auf 61 Mio. €. (31. Dezember 2017: 76 Mio. €).

Im Rahmen des Pfandbriefgeschäfts erwirbt die Helaba aus dem Sparkassenverbund rechtlich deckungsstockfähige Forderungen, die zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen geeignet sind, einschließlich etwaiger Sicherheiten („Deckungspooling“). Das wirtschaftliche Eigentum verbleibt gemäß den Bedingungen der Übertragungsvereinbarungen bei dem übertragenden Kreditinstitut, welches diese im Deckungsregister der Helaba eingetragenen Forderungen an den jeweiligen Kunden weiterhin bilanziert. Die Verpflichtungen der Helaba aus diesen Übertragungsvereinbarungen in Höhe des Gesamtnennwerts der auf die Helaba übertragenen Forderungen werden derzeit nicht bei der Helaba bilanziert. Zum 31. Dezember 2018 beträgt der Gesamtnennwert der übertragenen Forderungen im Deckungsstock der Helaba 856 Mio. € (471 Mio. € öffentliche Pfandbriefe und 385 Mio. € Hypothekenpfandbriefe).

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-Währungs-Swaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanz-Swaps und Optionen darauf, Zins-Futures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),
- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschiedenen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

(47) Honorare des Abschlussprüfers

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB sind im Konzernabschluss enthalten.

Die Honorare für Abschlussprüfungsleistungen enthalten neben denen für durch EU-Recht vorgeschriebene Abschlussprüfungen auch solche für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen und nicht durch EU-Recht vorgeschriebene Jahresabschlussprüfungen.

Honorare für andere Bestätigungsleistungen entfallen auf gesetzlich vorgeschriebene, vertraglich vereinbarte oder freiwillig beauftragte Prüfungs- und Bestätigungsleistungen, insbesondere auf Bestätigungen für Sicherheitseinrichtungen und gesetzliche Meldungen, projektbegleitende Prüfungen, Prüfungen des dienstleistungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Prüfungen des Depot- und Wertpapierdienstleistungsgeschäfts.

(48) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Über Geschäftsbeziehungen der Helaba zu nahestehenden Unternehmen und Personen ist nach § 285 Nr. 21 HGB zu berichten. Diese Geschäftsbeziehungen erfolgen zu marktüblichen Bedingungen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen zum Kreis der nahestehenden Personen nach Maßgabe internationaler Rechnungslegungsvorschriften (IAS 24). Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaates Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba einschließlich ihrer nahen Familienangehörigen sowie von diesen Personen beherrschten Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2018 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Ver- bundene Unternehmen	Beteiligun- gen an Gemein- schafts- und assoziierten Unternehmen	Gesell- schafter der Helaba	Sonstige nahe- stehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	4.724	196	8.441	-	13.361
Forderungen an Kreditinstitute	976	1	-	-	977
Forderungen an Kunden	769	173	8.107	-	9.049
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	110	-	110
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	953	-	-	-	953
Handelsaktiva	-	-	222	-	222
Beteiligungen	-	22	-	-	22
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.005	-	-	-	2.005
Sonstige Aktivposten	21	-	2	-	23
Passiva	6.463	53	1.710	-	8.226
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.235	-	171	-	5.406
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	692	53	1.529	-	2.274
Handelspassiva	-	-	2	-	2
Sonstige Passivposten	536	-	8	-	544
Eventualverbindlichkeiten	11	112	7	-	130

Für den 31. Dezember 2017 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	4.829	228	2.473	–	7.530
Forderungen an Kreditinstitute	1.019	3	–	–	1.022
Forderungen an Kunden	1.071	211	1.649	–	2.931
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	129	–	129
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	995	–	–	–	995
Handelsaktiva	1	–	695	–	696
Beteiligungen	–	14	–	–	14
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.720	–	–	–	1.720
Sonstige Aktivposten	23	–	–	–	23
Passiva	1.552	42	1.634	–	3.228
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	724	–	114	–	838
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	315	42	1.382	–	1.739
Handelspassiva	3	–	58	–	61
Sonstige Passivposten	510	–	80	–	590
Eventualverbindlichkeiten	30	76	40	–	146

Auf Forderungen an Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 35,4 Mio. € (31. Dezember 2017: 40 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0 Mio. € (31. Dezember 2017: 0 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 0,4 Mio. € (31. Dezember 2017: 0,4 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 6,5 Mio. € (2017: 6,6 Mio. €). Dem Verwaltungsrat wurden 0,9 Mio. € (2017: 0,9 Mio. €) und den Beiräten wie im

vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrats als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2,3 Mio. € (2017: 2,4 Mio. €) gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 3,5 Mio. € (2017: 3,4 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 58,1 Mio. € (2017: 52,9 Mio. €) zurückgestellt.

(49) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Bank	1.171	1.162	1.585	1.576	2.756	2.738
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	250	242	174	172	424	414
Landesbausparkasse	141	149	99	104	240	253
Gesamtbank	1.562	1.553	1.858	1.852	3.419	3.405

(50) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Alexander Wüerst

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
Deutscher Sparkassen-
und Giroverband e.V.
Berlin
– seit 5. April 2018 –
– Fünfter stellvertretender
Vorsitzender seit 22. Juni 2018 –

Andreas Bausewein

Oberbürgermeister
Stadt Erfurt
Erfurt

Dr. Annette Beller

Mitglied des Vorstands
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Christian Blechschmidt

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Unstrut-Hainich
Mühlhausen
– seit 28. März 2018 –

Stefan Hastrich

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Weilburg
Weilburg

Günter Högner

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Iserlohn
Iserlohn

Manfred Michel

Landrat
Landkreis Limburg-Weilburg
Limburg an der Lahn
– bis 31. Dezember 2018 –

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege
– bis 10. Dezember 2018 –

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Helmut Schmidt

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saale-Orla
Schleiz

Uwe Schmidt

Landrat
Kreis Kassel
Kassel

Dr. Hartmut Schubert

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Dr. Heiko Wingenfeld

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda
– seit 21. Juni 2018 –

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von den Bediensteten der Bank entsandt**Thorsten Derlitzki**

Bankprokurist
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck

Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main

Dr. Robert Becker

Senior Vice President
New York
– seit 1. Mai 2018 –

Gabriele Fuchs

Bankangestellte
Frankfurt am Main
– bis 30. April 2018 –

Anke Glombik-Batschkus

Bankprokuristin
Erfurt

Thorsten Kiwitz

Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum

Abteilungsdirektorin
Düsseldorf

Annette Langner

Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Noll

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Jürgen Pilgenröther

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach

Bankprokuristin
Düsseldorf

Thomas Sittner

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Mitglieder des Vorstands**Herbert Hans Grüntker**

– Vorsitzender –

Dezernent für Vorstandsstab und Konzernstrategie, Revision, Personal, Recht, Volkswirtschaft und Research, Prozessmanagement und Informationssicherheit, WIBank

Thomas Groß

– stellvertretender Vorsitzender –

Dezernent für Risikocontrolling, Credit Risk Management Corporates/Markets, Credit Risk Management Real Estate, Credit Risk Management Restructuring/Workout, Cash Management, Strategieprojekt Digitalisierung, Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft

Dr. Detlef Hosemann

Dezernent für Bilanzen und Steuern, Konzerncontrolling, Informationstechnologie, Compliance, Handelsabwicklung/Depotservice

Hans-Dieter Kemler

Dezernent für Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Zielkundenmanagement Institutionelle, Helaba Invest, Banken und Auslandsgeschäft, Sparkassenkreditgeschäft und Verbundservice, Sparkassenbetreuung Nord, Sparkassenbetreuung Süd, Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS)

Klaus-Jörg Mulfinger

– bis 31. Dezember 2018 –

Dezernent für Banken und Auslandsgeschäft, das Sparkassenkreditgeschäft und den Verbundservice, die Sparkassenbetreuung Nord und Süd sowie die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS)

Christian Schmid

– seit 20. Dezember 2018 –

Dezernent für Immobilienkreditgeschäft, Debt Capital Markets and Sales Management RE, Immobilienmanagement, Verwaltung, GWH, OFB

Dr. Norbert Schraad

Dezernent für Corporate Finance, Zielkundenmanagement Großunternehmen, Zielkundenmanagement Midcaps, Leitung Vertrieb NRW/NL Düsseldorf, Zielkundenmanagement Öffentliche Hand/KNU, Zielkundenmanagement International, Vertriebsservice

(51) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
1	„Dia“ Productions GmbH & Co. KG, Pullach	0,27				k.A.	
2	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0	€ ¹⁾
3	ABE CLEARING S.A.S à capital variable, Paris, Frankreich	1,85	1,85		24,7	4.321	€
4	Advent International GPE V-B Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	1,99	1,99	0,30	24,9	8.224	€
5	Advent International GPE VI Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	0,24	0,24		1.851,4	-104.944	€
6	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	-481	€
7	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,14	1,14		238,7	11.080	€
8	Almack Mezzanine I LP, London, Großbritannien	3,93	3,93		0,2	8.025	€
9	Almack Mezzanine II Unleveraged LP, London, Großbritannien	5,83	5,83		18,0	8.971	€
10	AlphaHaus GmbH & Co. KG i. L., Erzhausen	5,50			1,1	9	€
11	Antenne Thüringen GmbH & Co. KG, Weimar	3,50	3,50		2,0	1.265	€
12	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	100,00	100,00		-23,0	-1.918	€
13	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	100,00	100,00		0,0	0	€
14	AWV Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG, Bosau	11,76			0,2	17.408	€
15	Bauverein für Höchst a. M. und Umgebung eG, Frankfurt am Main	0,03			28,6	762	€
16	BC European Capital VIII-8, St. Peter Port, Guernsey	1,83	1,83	0,17	390,8	44.228	€
17	BCECX Luxembourg 1 SCSp, Luxemburg, Luxemburg	7,37	7,37		k.A.	k.A.	
18	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	€ ¹⁾
19	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			0,0	0	€ ¹⁾

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
20	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,4	782	€
21	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	1,6	140	€
22	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	2,3	187	€
23	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33		2,4	238	€
24	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG i. L., München	100,00			0,0	-26	€
25	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	100,00	100,00		1,5	617	€
26	BOF III CV Investors LP, Wilmington, USA	4,16	4,16		22,0	3.860	€
27	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,03	21,03		20,0	827	€
28	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		25,9	642	€
29	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,3	0	€
30	Campus Kronberg GmbH & Co. KG, Hamburg	6,00			63,6	5.293	€
31	Capnamic Ventures Fund II GmbH & Co. KG, Köln	4,27	4,27	4,35	11,3	-204	€
32	CapVest Equity Partners II, L.P., Hamilton, Bermuda	3,48	3,48		160,5	49.652	€
33	CapVest Equity Partners IV (Feeder) SCSp, Findel, Luxemburg	2,66	2,66		k.A.	k.A.	
34	Castra Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Mainz	2,85			-20,3	-786	€
35	Clareant Mezzanine Fund II (No. 1 Limited Partnership), St. Helier, Jersey	4,07	4,07		17,4	14.072	€
36	Clareant Mezzanine No. 1 Fund Limited Partnership, St. Helier, Jersey	3,40	3,40		19,4	758	€

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG			Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt			
37	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			1,1	-414	€
38	DBAG Fund IV GmbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	6,13	6,13		3,2	-329	€
39	DBAG Fund V GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	7,59	7,59	15,11	14,6	125.121	€
40	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe	1,71			637,0	45.286	€
41	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	3,74	3,74		193,7	22.115	€
42	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		174,5	17.791	€
43	DIV Grundbesitzanlage Nr. 30 Frankfurt- Deutschherrnufer GmbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	0,06	0,06		13,8	42.812	€
44	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,7	2.395	€
45	Doughty Hanson & Co. V LP No. 1, London, Großbritannien	1,60	1,60		311,1	8.219	€
46	Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-88	€
47	Dritte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-43	€
48	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	6,00			12,6	1.945	€
49	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			-0,6	78	€
50	EQT Expansion Capital II (No. 1) Limited Partnership, St. Peter Port, Guernsey	4,57	4,57		128,8	-49.103	€
51	EQT V (No. 1) Limited Partnership, St. Peter Port, Guernsey	0,28	0,28		695,2	180.568	€
52	Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-40	€
53	Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs- GmbH, Kassel	6,00			0,1	5	€
54	Erste ST Berlin Projekt GmbH & Co KG, Berlin	0,50			2,5	-413	€
55	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	94,90		70,4	0	€
56	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhausen	1,76			3.380,4	211.872	€
57	EUFISERV Payments s.c.r.l., Brüssel, Belgien	11,37	11,37		0,3	24	€

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
58	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, München	5,10			43,5	1.584	€
59	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	1	€
60	Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	100,00			3,6	-1.405	€
61	FHP Friedenauer Höhe Dritte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00			-0,1	-105	€
62	FHP Friedenauer Höhe Erste GmbH & Co. KG, Berlin	75,00			-0,1	-84	€
63	FHP Friedenauer Höhe Fünfte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00			-0,1	-117	€
64	FHP Friedenauer Höhe Projekt GmbH, Berlin	75,00			0,0	7	€
65	FHP Friedenauer Höhe Sechste GmbH & Co. KG, Berlin	75,00			-0,1	-171	€
66	FHP Friedenauer Höhe Vierte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00			-0,1	-126	€
67	FHP Friedenauer Höhe Zweite GmbH & Co. KG, Berlin	75,00			-0,1	-108	€
68	Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe	0,02			447,2	20.644	€
69	FIDUCIA Mailing Services eG, Karlsruhe	0,13	0,07		0,1	0	€
70	FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	25,00	25,00		0,0	-110	€
71	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	€
72	Fourth Cinven Fund (No. 1) Limited Partnership, St. Peter Port, Guernsey	1,42	1,42		69,7	1.145.743	€
73	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			11,4	1.036	€
74	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		112,3	3.139	CHF
75	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		864,7	45.000	€
76	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,7	3.206	€
77	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	433	€
78	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	6	€

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung	
		gesamt	davon un- mittelbar					
79	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,1	-9	€	
80	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,2	148	€	
81	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			1,1	723	€	
82	G & O MK 14.3 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			k.A.	k.A.		
83	G & O MK 17.7 Nord GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			k.A.	k.A.		
84	G & O MK 17.7 Süd GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			k.A.	k.A.		
85	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	1	€	
86	G&O MK 15 Bauherren GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,1	-75	€	
87	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			23,4	0	€	¹⁾
88	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	94,90			-6,9	-7.552	€	
89	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			-1,0	-75	€	
90	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	1	€	
91	GbR Datenkonsortium OpRisk, Bonn	0,00	0,00	10,00	k.A.	k.A.		
92	GbR Legicheck, Bonn	0,00	0,00	11,11	k.A.	k.A.		
93	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00	0,00		k.A.	k.A.		
94	GeckoGroup AG in Insolvenz, Wetzlar	5,02			k.A.	k.A.		
95	GELIMER Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	8,93	8,93		-1,9	167	€	
96	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	€	¹⁾
97	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	€	¹⁾
98	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungs- gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	4	€	
99	GIZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	33,33	33,33		14,9	-12.039	€	
100	GIZS Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		0,0	7	€	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
101	GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main	11,20	11,20		5,7	453	€
102	GLB-Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	11,20	11,20		0,1	2	€
103	GLD Verwaltungsgesellschaft GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1	€
104	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	50,00			-3,7	-247	€
105	GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	8,84			0,0	-46	€
106	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	3	€
107	Gründerfonds Ruhr GmbH & Co. KG, Essen	8,70	8,70	8,96	-0,2	-540	€
108	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			6,9	2.657	€
109	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			0,2	44	€
110	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,8	-1.553	€
111	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	10	€
112	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		82,2	5.743	€
113	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00			13,6	0	€ ¹⁾
114	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	€ ¹⁾
115	GWH WertInvest GmbH, Frankfurt am Main	100,00			k.A.	k.A.	€ ¹⁾
116	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			372,9	63.564	€
117	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4,8	-524	€
118	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		21,4	-307	€
119	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	5,10	5,10		-4,1	-11.636	€
120	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	48,27			13,8	875	€
121	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	63,10			14,1	653	€
122	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	54,51			10,6	3.237	€

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
123	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-100	€
124	Helaba Asset Services Unlimited Company, Dublin, Irland	100,00	100,00		53,6	-1.243	€
125	Helaba Digital GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		k.A.	k.A.	
126	Helaba Digital Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00		100,00	k.A.	k.A.	
127	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	€
128	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0	€ ¹⁾
129	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,9	1.440	€
130	Helaba Representação Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	99,00		0,1	-3	BRL
131	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,7	344	€
132	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,92			-128,2	5.762	€
133	Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	54	€
134	Herkules Grundbesitz GmbH & Co. Frankfurt KG, Berlin	5,10	5,10		0,2	k.A.	€
135	Hessen Kapital I GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		35,2	-1.197	€
136	Hessen Kapital II GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		7,0	169	€
137	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		77,1	6.991	€
138	Hessisch-Thüringische Sparkassen- Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	15,49			1,8	549	€
139	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,6	33	€
140	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00			-0,2	7	€
141	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	83	€
142	Hutton Collins Capital Partners III L.P., London, Großbritannien	1,45	1,45		139,0	-37.930	€
143	ICG Europe Fund VII Feeder SCSp, Luxemburg, Luxemburg	0,64	0,64		k.A.	k.A.	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
144	Icon Brickell LLC, Miami, USA	14,94	14,94		0,0	-135	USD
145	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	0	€
146	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH, Frankfurt am Main	16,90	4,21		24,6	8.937	€
147	Investcorp Private Equity 2007 Fund, L.P., George Town, Kaimaninseln	2,01	2,01		90,7	26.980	USD
148	Kalypto Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,3	-299	€
149	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kastrup, Dänemark	52,00	52,00		0,0	16	DKK
150	Komuno GmbH, Frankfurt am Main	51,00			k.A.	k.A.	
151	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			0,0	0	€
152	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,10			-0,2	-71	€
153	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,10			-3,5	-701	€
154	Kornmarkt Arkaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	2	€
155	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,10			-0,2	-61	€
156	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,10			-1,1	-286	€
157	LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co KG, Berlin	7,30	7,30		0,0	39	€
158	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			6,6	0	USD
159	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		34,6	687	USD
160	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			22,9	706	USD
161	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			6,2	159	USD
162	Logistica CPH K/S, Kastrup, Dänemark	53,33	53,33		0,0	-721	DKK
163	Magical Produktions GmbH & Co. KG, Pullach	2,05			-6,4	8.809	€
164	Magnolia GmbH & Co. KG, Nonnweiler	6,00			-0,1	20	€
165	Main Funding GmbH, Frankfurt am Main	0,00	0,00		0,3	5	€
166	Main Funding II GmbH, Frankfurt am Main	0,00	0,00		0,1	3	€
167	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,4	-19	€

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
168	Marienbader Platz Projektentwicklungs- gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	2	€
169	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	€
170	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99			9,3	1.160	€
171	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	32,52	32,52		10,9	444	€
172	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90			24,3	1.198	€
173	MESTO Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	1,00	1,00	0,78	-3,5	346	€
174	Mezzanine Management Fund IV ‚A‘ L.P., Hamilton, Bermuda	7,46	7,46		3,5	9.463	€
175	MezzVest II, L.P., St. Helier, Jersey	3,50	3,50		0,2	55	€
176	Mittelhessenfonds GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		-3,5	-946	€
177	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		24,9	1.214	€
178	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		15,3	223	€
179	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Langen (Hessen)	50,00			0,3	68	€
180	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Langen (Hessen)	50,00			0,0	-5	€
181	Multi Park Mönchhof Main GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00			0,4	1.759	€
182	Multi Park Verwaltungs GmbH, Langen (Hessen)	50,00			0,0	0	€
183	NAsP III/IV GmbH, Marburg	14,92			2,3	-463	€
184	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Ent- wicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	0,89			635,0	43.510	€
185	neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	3,20			2,2	-126	€
186	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-36	€
187	Objekt Limes Haus GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10			14,2	-8.938	€
188	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00			0,4	7	€
189	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,1	-7	€

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
190	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00			0,0	-1	€
191	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5,2	-696	€
192	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0	€ ¹⁾
193	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	€
194	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00			0,0	2	€
195	PALMYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG S.e.n.c., Luxemburg, Luxemburg	5,20			32,4	-1.315	€
196	Pan-European Infrastructure Fund LP, St. Helier, Jersey	0,73	0,73		2.767,6	69.212	€
197	PATRIZIA Hessen Zehn GmbH & Co. KG, Hamburg	5,20			17,2	870	€
198	PineBridge PEP IV Co-Investment L.P., Wilmington, USA	9,51			10,5	339	USD
199	PineBridge PEP IV Non-U.S. L.P., Wilmington, USA	17,00			7,8	1.517	USD
200	PineBridge PEP IV Secondary L.P., Wilmington, USA	16,10			8,8	50	USD
201	PineBridge PEP IV U.S. Buyout L.P., Wilmington, USA	17,21			16,0	1.813	USD
202	PineBridge PEP IV U.S. Venture L.P., Wilmington, USA	17,51			14,7	-894	USD
203	Private Equity Thüringen GmbH & Co. KG i.L., Erfurt	14,11	14,11		2,0	9.200	€
204	Procom & OFB Projektentwicklung GmbH, Hamburg	50,00			0,0	-1	€
205	Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,6	-380	€
206	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00			0,0	1	€
207	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-3,2	-2.225	€
208	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	30,00			0,8	-353	€
209	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	30,00			0,0	0	€
210	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00			0,3	1.214	€

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
211	Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-1	€
212	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamt KG, Wolfhagen	6,00			4,1	564	€
213	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Lauterbach	6,00			0,2	-39	€
214	Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,3	-287	€
215	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	5	€ ¹⁾
216	Rebstöcker Straße UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG, Hamburg	5,10			-18,7	-405	€
217	Rotunde Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Erfurt	60,00	60,00	33,33	4,1	37	€
218	Rotunde Verwaltungsgesellschaft mbH, Erfurt	60,00	60,00	33,33	0,0	-1	€
219	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München	9,60	9,60		14,0	909	€
220	S CountryDesk GmbH, Köln	5,13	2,57		0,4	44	€
221	S.W.I.F.T. Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication SCRL, La Hulpe, Belgien	0,00	0,00	0,20	325,2	20.722	€
222	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,2	-22	€
223	SCHUFA Holding AG, Wiesbaden	0,28			88,6	29.348	€
224	SIX Group AG, Zürich, Schweiz	0,00	0,00		2.675,9	207.200	€
225	SIZ GmbH, Bonn	5,32	5,32		5,4	356	€
226	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	0	€
227	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00			13,4	-98	€
228	Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,2	494	€
229	Sparkassen-Marktservice Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	40,00		8,0	1.714	€
230	Sparkassen-Marktservice Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	50,00	40,00		0,0	0	€
231	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,6	-397	€
232	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00			0,2	1.162	€

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
233	Systemo GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5,4	260	€
234	TCW/Crescent Mezzanine Partners IVB, L.P., Los Angeles, USA	2,08	2,08		7,4	397	USD
235	TdW südwest Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH, Frankfurt am Main	3,25			1,9	37	€
236	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	94	€
237	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	8	€
238	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	375	€
239	TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden	25,00	25,00		5,6	-87	€
240	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L., Wiesbaden	66,67	66,67		0,6	-2	€
241	THE TRITON FUND II L.P. i. L., St. Helier, Jersey	0,77	0,77		166,6	22.987	€
242	Triton Fund III L.P., St. Helier, Jersey	0,71	0,71		1.827,1	646.799	€
243	Triton Fund V SCSp, Luxemburg, Luxemburg	0,41	0,41		k.A.	k.A.	
244	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	8,33	8,33		4,9	119	€
245	unIQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			11,0	11.102	€
246	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	€
247	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG, München	6,48	6,48		5,0	936	€
248	VCM Golding Mezzanine SICAV II, Luxemburg, Luxemburg	4,20	4,20		43,9	-1.100	€
249	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	€ ¹⁾
250	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	47	€
251	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			1,7	-80	ETB
252	Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-24	€
253	Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-4	€

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte in % gesamt	Eigen- kapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	Ur- sprungs- währung
		gesamt	davon un- mittelbar				
254	Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG, Frankfurt am Main	0,01			10,6	3.557	€
255	wall park GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		k.A.	k.A.	
256	wall park Grundstücksgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		k.A.	k.A.	
257	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,1	104	€
258	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00	0,00		0,1	81	€
259	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72			2,8	-3	€
260	Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	57	€
261	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,3	85	€
262	Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00			0,1	3	€
263	Zweite ST Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	0,50			7,0	-88	€

¹⁾Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

(52) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Hans-Dieter Kemler	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	DSGF Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Christian Schmid	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied
Peter Marc Stober	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied

(53) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2018 nicht ergeben.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2019

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker Groß Dr. Hosemann

Kemler Schmid Dr. Schraad

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2019

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker Groß Dr. Hosemann

Kemler Schmid Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,
Frankfurt am Main/Erfurt

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft. Die in Abschnitt „Nichtfinanzielle Erklärung“ des Lageberichts enthaltene nichtfinanzielle Erklärung haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten nichtfinanziellen Erklärung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutendsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

Ermittlung der Pauschalwertberichtigung im Kreditgeschäft (Methodenänderung)

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Im Jahresabschluss der Bank werden Pauschalwertberichtigungen von den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute zur Abbildung latenter Kreditrisiken aktivisch abgesetzt sowie passivisch im Bilanzposten Rückstellungen ausgewiesen. Die Methode für die Berechnung der Pauschalwertberichtigung wurde im Geschäftsjahr verändert. Neben dem Ansatz eines erwarteten 1 Jahres-Verlustes wird nunmehr ein über die Restlaufzeit erwarteter Kreditverlust ermittelt, soweit seit dem Zugangszeitpunkt eine signifikante Verschlechterung des Ausfallrisikos des Kreditgeschäftes vorliegt.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Bestimmung der von den gesetzlichen Vertretern festgelegten Kriterien für die Ableitung einer signifikanten Verschlechterung des Ausfallrisikos mit Ermessensspielräumen behaftet.

Vor dem Hintergrund der vorgenommenen Methodenänderung durch die gesetzlichen Vertreter, den damit einhergehenden Ermessensspielräumen und des zugrundeliegenden Kreditvolumens, für die eine Pauschalwertberichtigung gebildet wird, erachten wir die Ermittlung einer Pauschalwertberichtigung als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Die von den gesetzlichen Vertretern festgelegten Kriterien und wesentlichen Annahmen für das Überschreiten der Signifikanzschwelle zur Verschlechterung des Ausfallrisikos für Kreditgeschäfte haben wir anhand einer Kreditstichprobe sowie einer Datenanalyse verifiziert.

Das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Signifikanz der Verschlechterung des Ausfallrisikos haben wir auf seine Angemessenheit und Wirksamkeit beurteilt. Im Fokus standen insbesondere die eingerichteten Verfahren und Kontrollen zur Kreditvergabe (Ableitung des ursprünglichen Ausfallrisikos) und zur Kreditüberwachung (Ableitung des aktuellen Ausfallrisikos).

Auf Basis eines Datenabzugs für risikoorientiert ausgewählte, wesentliche Teilportfolien im Anwendungsbereich der Pauschalwertberichtigung haben wir für Kredite mit einer signifikanten Verschlechterung des Ausfallrisikos aussagebezogene analytische Prüfungshandlungen vorgenommen. In diesem Zusammenhang wurde das ursprüngliche Ausfallrisiko im Hinblick auf wesentliche Auffälligkeiten betrachtet. Weiterhin wurde die Zuordnung der Kredite mit einer signifikanten Verschlechterung des Ausfallrisikos unter Berücksichtigung quantitativer und qualitativer Kriterien (z.B. Veränderung des Ratings, Berücksichtigung der Kreditbetreuungsstufe) nachvollzogen. In risikoorientierten Stichproben haben wir wesentliche Auffälligkeiten, insbesondere im Hinblick auf die signifikante Verschlechterung des Ausfallrisikos, beurteilt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung im Kreditgeschäft (Methodenänderung) ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zur Ermittlung der Pauschalwertberichtigung sind in Ziffer (1) des Anhangs zum Jahresabschluss enthalten.

Ermittlung der Risikovorsorge für gewerbliche Immobilienfinanzierungen bei Vorliegen objektiver Hinweise auf eine Wertminderung

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Bewertung der gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolien bei Vorliegen objektiver Hinweise auf eine Wertminderung und die Einschätzung zur Höhe gegebenenfalls notwendiger Risikovorsorge der Kredite ist ein wesentlicher Bereich, in dem die gesetzlichen Vertreter Ermessensentscheidungen treffen. Die Identifizierung von wertgeminderten Krediten sowie die Ermittlung eines angemessenen Wertberichtigungsbetrags sind mit Unsicherheiten verbunden und beinhalten verschiedene Annahmen und Einflussfaktoren, insbesondere die Finanzlage der Gegenpartei, Erwartungen zu künftigen Cashflows, beobachtbare Marktpreise und Erwartungen zu Nettoverkaufspreisen sowie aus der Verwertung von Sicherheiten. Geringe Veränderungen in den Annahmen können zu deutlich voneinander abweichenden Bewertungen führen, die zu einem erhöhten Wertberichtigungsbedarf führen können.

Im Rahmen der Prüfung war die Ermittlung der Risikovorsorge für gewerbliche Immobilienfinanzierungen bei Vorliegen objektiver Hinweise auf eine Wertminderung ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt, da dieses Portfolio einen bedeutenden Anteil am gesamten Kundenkreditvolumen ausmacht und gleichzeitig Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Marktentwicklungen im Hinblick auf lange Kreditlaufzeiten bestehen. Vor dem Hintergrund dieser Unsicherheiten können sich Ermessensentscheidungen bei der Festlegung von Cashflow-Schätzungen unter Berücksichtigung verschiedener Szenarien und Eintrittswahrscheinlichkeiten zur Bewertung der Portfolios wesentlich auf die Höhe der gebildeten Risikovorsorge auswirken.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns mit den Prozessen zur Überwachung des Ausfallrisikos und der Wertminderungsberechnung befasst und die Wirksamkeit der in den Prozessen implementierten Kontrollen in Stichproben getestet.

Darüber hinaus haben wir auf Stichprobenbasis aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen und hierbei die Notwendigkeit und Angemessenheit der Einzelrisikovorsorge im Rahmen der Einzelfallprüfung beurteilt. Die Stichprobenauswahl erfolgte risikoorientiert, insbesondere anhand von Kriterien wie dem Führen von Krediten auf Überwachungslisten für erhöhte Ausfallrisiken, der Ratingklassen oder bereits vorhandener Einzelwertberichtigungen.

Wesentliche Annahmen im Rahmen der Risikovorsorgebildung wurden durch uns anhand von risikoorientierten Stichproben nachvollzogen. Dies beinhaltete die Überprüfung der Schätzung zu den erwarteten künftigen Cashflows von Kreditnehmern, einschließlich der möglichen Cashflows aus der Realisierung gehaltener Sicherheiten, und Schätzungen zur Einbringlichkeit bei Zahlungsausfällen. Die verwendeten Verfahren wurden methodisch und arithmetisch von uns nachvollzogen. Aufgrund der im Rahmen der ausfallgefährdeten gewerblichen Immobilienfinanzierungen bei der Bank nahezu ausschließlich vorliegenden Objektfinanzierungen haben wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Werthaltigkeit der Sicherheiten gelegt. Für die Beurteilung der Sicherheiten haben wir uns insbesondere auf externe Wertgutachten gestützt und diese im Rahmen unserer Prüfung verwertet. Dies beinhaltete auch die Beurteilung der Unabhängigkeit und der methodischen Vorgehensweise der externen Experten, die von den gesetzlichen Vertretern eingesetzt wurden, um die Sicherheiten zu bewerten oder die Schätzungen zukünftiger Cashflows zu beurteilen.

Bei unserer Prüfung haben wir Spezialisten aus unserem Bereich Immobilienbewertung eingebunden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Ermittlung der Risikovorsorge für gewerbliche Immobilienfinanzierungen bei Vorliegen objektiver Hinweise auf eine Wertminderung ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die gewerblichen Immobilienfinanzierungen sind im Bilanzposten Forderungen an Kunden enthalten. Angaben zur Kreditrisikovorsorge sind in Ziffer (1) des Anhangs zum Jahresabschluss sowie in Abschnitt Adressenausfallrisiken im Kapitel Risikobericht des Lageberichts enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die in Abschnitt ABC des Lageberichts enthaltene nichtfinanzielle Erklärung nach § 289b Abs. 1 HGB. Des Weiteren umfassen die sonstigen Informationen die übrigen Bestandteile des Jahresfinanzberichts, die uns nach Erteilung des Bestätigungsvermerks voraussichtlich zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientier-

ten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Trägerversammlung am 1. Dezember 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 23. Januar 2018 vom Vorstand beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2018 als Abschlussprüfer der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Christoph Hultsch.

Eschborn/Frankfurt am Main, 26. Februar 2019

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Müller-Tronnier	Hultsch
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Vermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers über eine Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit

An die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,
Frankfurt am Main/Erfurt

Wir haben die nichtfinanzielle Erklärung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, nach §§ 340a i. V. m. 289b HGB sowie den durch Verweisung als Bestandteil qualifizierten Abschnitt „Grundlagen der Bank“ des Lageberichts für den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 (nachfolgend: nichtfinanzielle Erklärung) einer Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit unterzogen. Angaben für Vorjahre waren nicht Gegenstand unseres Auftrags.

A. Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung der nichtfinanziellen Erklärung in Übereinstimmung §§ 340a i. V. m. 289b HGB.

Diese Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft umfasst die Auswahl und Anwendung angemessener Methoden zur Aufstellung der nichtfinanziellen Erklärung sowie das Treffen von Annahmen und die Vornahme von Schätzungen zu einzelnen Angaben, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung der nichtfinanziellen Erklärung zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Angaben ist.

B. Erklärungen des Wirtschaftsprüfers in Bezug auf die Unabhängigkeit und Qualitätssicherung

Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Unsere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wendet die nationalen gesetzlichen Regelungen und berufsständischen Verlautbarungen zur Qualitätssicherung an, insbesondere die Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer sowie den IDW Qualitätssicherungsstandard: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1).

C. Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Prüfungsurteil mit begrenzter Sicherheit über die nichtfinanzielle Erklärung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised): „Assurance Engagements other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“, herausgegeben vom IAASB, durchgeführt. Danach haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir mit einer begrenzten Sicherheit beurteilen können, ob die nichtfinanzielle Erklärung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit den §§ 340a i. V. m. 289b HGB aufgestellt worden ist. Bei einer Prüfung zur Erlangung einer begrenzten Sicherheit sind die durchgeführten Prüfungshandlungen im Vergleich zu einer Prüfung zur Erlangung einer hinreichenden Sicherheit weniger umfangreich, sodass dementsprechend eine erheblich geringere Prüfungssicherheit erlangt wird. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers.

Im Rahmen unserer Prüfung, die wir im Wesentlichen in den Monaten Dezember 2018 bis Februar 2019 durchgeführt haben, haben wir u. a. folgende Prüfungshandlungen und sonstige Tätigkeiten durchgeführt:

- Befragung von Mitarbeitern hinsichtlich der Auswahl der Themen für die nichtfinanzielle Erklärung, der Risikoeinschätzung und der Konzepte für die als wesentlich identifizierten Themen,
- Befragung von Mitarbeitern, die mit der Datenerfassung und -konsolidierung sowie der Erstellung der nichtfinanziellen Erklärung betraut sind, zur Beurteilung des Berichterstattungssystems, der Methoden der Datengewinnung und -aufbereitung sowie der internen Kontrollen, soweit sie für die Prüfung der Angaben in der nichtfinanziellen Erklärung relevant sind,
- Identifikation wahrscheinlicher Risiken wesentlicher falscher Angaben in der nichtfinanziellen Erklärung,

- Einsichtnahme in die relevante Dokumentation der Systeme und Prozesse zur Erhebung, Analyse und Aggregation der Daten aus den relevanten Bereichen wie z. B. Compliance und Personal im Berichtszeitraum sowie deren stichprobenartige Überprüfung,
- analytische Beurteilung von Angaben der nichtfinanziellen Erklärung,
- Befragungen und Dokumenteneinsicht in Stichproben hinsichtlich der Erhebung und Berichterstattung von ausgewählten Daten,
- Beurteilung der Darstellung der Angaben der nichtfinanziellen Erklärung.

D. Prüfungsurteil

Auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungshandlungen und der erlangten Prüfungsnachweise sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Auffassung gelangen lassen, dass die nichtfinanzielle Erklärung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale für den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 nicht in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit den §§ 340a i. V. m. 289b HGB aufgestellt worden ist.

E. Verwendungszweck des Vermerks

Wir erteilen diesen Vermerk auf Grundlage des mit der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale geschlossenen Auftrags. Die Prüfung wurde für Zwecke der Gesellschaft durchgeführt und der Vermerk ist nur zur Information der Gesellschaft über das Ergebnis der Prüfung bestimmt und nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden. Dieser Vermerk ist nicht dazu bestimmt, dass Dritte hierauf gestützt (Vermögens-) Entscheidungen treffen.

F. Auftragsbedingungen und Haftung

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, unsere Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 (www.de.ey.com/IDW-Auftragsbedingungen). Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten. Dritten gegenüber übernehmen wir keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Vermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht. Wer auch immer das in vorstehendem Vermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

München, den 26. Februar 2019

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Nicole Richter
Wirtschaftsprüferin

ppa. Dr. Patrick Albrecht

Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen 2018

Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

I. Grundlagen

Rechtliche und organisatorische Struktur

Die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist eine rechtlich unselbstständige, aber selbstständig bilanzierende Einrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba). Sie ist Bestandteil des Verbundgeschäfts der Helaba, in dem die Verbundaktivitäten der Helaba gebündelt sind.

Gemäß den „Grundsätzen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen“ besteht ein Bausparkassen-Fachbeirat, dem Vertreter der hessischen und thüringischen Sparkassen angehören und der die Zusammenarbeit der Bausparkasse mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen sowie den Sparkassen im Geschäftsgebiet fördern soll.

Geschäftsmodell

Die LBS ist im Rahmen ihres Geschäftsmodells ein regional tätiges, in der Helaba und der S-Finanzgruppe eingebundenes Finanzdienstleistungsunternehmen „rund um die Immobilie“, zu dessen Aufgabe die bedarfsorientierte Betreuung der Kunden in den Bereichen Bausparen, Finanzierung, Immobilien und Altersvorsorge gehört.

Ziele und Strategien

Der Baufinanzierungsmarkt ist von intensivem Wettbewerb mit spürbar zunehmender Marktpräsenz von Direktbanken, Internetanbietern und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie dem damit verbundenen Druck auf die Konditionen geprägt. Die LBS setzt in ihrer Vertriebsstrategie auf die tiefe regionale Verwurzelung der Sparkassen. Das Gemeinschaftsgeschäft als strategisches Geschäftsfeld der LBS trägt wesentlich dazu bei, die vorhandenen Kundenpotenziale der Sparkassen intensiv zu nutzen.

Die Strategie der LBS fokussiert eine einheitliche Ausrichtung aller Aktivitäten auf die nachhaltige Stabilisierung der Ertragskraft bei konservativem Risikoprofil als Voraussetzung für eine laufende Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, um mittelfristig auf dispositive Ertragsmaßnahmen zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele verzichten zu können. Die Übernahme von Risiken erfolgt grundsätzlich unter Beachtung der Risikotragfähigkeit mit dem Ziel des Erwirtschaftens eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags.

Vor dem Hintergrund des allgemeinen Niedrigzinsumfelds hat die LBS in 2017 ein Reorganisationsprogramm (Projekt: „LBS-EVOLution“) aufgelegt. Zentrale Zielstellung des Projekts ist eine nachhaltige Ergebnisverbesserung bis 2021. Perspektivisch ist eine Konzentration von drei auf zwei LBS-Standorte mit einem Produktionsstandort in Erfurt und einem Stabsstandort in Offenbach vorgesehen. Zur Erreichung der nachhaltigen Ergebnisverbesserung wurden planmäßig wesentliche Teile des „Bauspargeschäfts Passiv“ schrittweise an die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Münster, ausgelagert. Insgesamt soll durch Prozessoptimierung, Leistungsverzicht und Outsourcing bis zum Jahr 2021 schrittweise eine Mitarbeiterkapazität von 180 erreicht werden. Mit den bislang umgesetzten Personalmaßnahmen befindet sich die LBS vor dem Plan.

Steuerungssystem

Die konsequente Ausrichtung der LBS auf das Erwirtschaften eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags unter Beachtung ihres konservativen Risikoprofils spiegelt sich auch im internen Steuerungssystem wider. Steuerungsgrößen für die operative Geschäftsentwicklung sind das Bruttoneugeschäft und die das Betriebsergebnis vor Steuern maßgeblich mitbestimmenden Komponenten Zins- und Provisionsüberschuss sowie der Verwaltungsaufwand. Darüber hinaus setzt die LBS zur Planung, Steuerung und Kontrolle der Geschäftstätigkeit wertorientierte Kennzahlen wie die Cost-Income-Ratio (Verwaltungsaufwand im Verhältnis zu der Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss und Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge/Aufwendungen), die Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß Capital Requirements Regulation (CRR) sowie den Zinsrisikokoeffizienten für das Zinsänderungsrisiko ein.

II. Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland im Jahr 2018 war weiterhin durch ein Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Mit dem Anstieg der realen Wirtschaftsleistung um 1,5 % im Berichtsjahr setzte sich das Wachstum aus den beiden vorherigen Jahren fort, hat aber an Schwung verloren (Anstieg in den beiden vorangegangenen Jahren jeweils 2,2 %). Trotz Geburtendefizit und rückläufiger Zuwanderung hat die Bevölkerungszahl um etwa 200.000 auf 83 Mio. zugenommen.

Das Wirtschaftswachstum wurde ausschließlich von der Binnennachfrage getragen. Der Außenhandel bremste hingegen leicht. Obwohl die Sparquote 2018 deutlich anstieg, trugen die privaten Ausgaben zur positiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft bei. Impulse gingen zudem vom öffentlichen Konsum und den Investitionen aus.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort Deutschland nahm deutlich zu und erreichte nach 2017 auch 2018 einen erneuten Höchststand. Den ersten Berechnungen zufolge waren in 2018 1,3 % mehr erwerbstätig als im Vorjahr.

Die lockere Geldpolitik sowie die historisch niedrigen Zinsen prägten nach wie vor das deutsche Finanzsystem. Zur Jahresmitte hatte der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) mitgeteilt, dass er von einem Verbleib der Leitzinsen auf ihrem aktuellen Niveau mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich ausgeht.

Der Wohnimmobilienmarkt in Deutschland war weiterhin durch eine starke Wohnraumnachfrage und kräftig steigende Immobilienpreise gekennzeichnet. Die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, die insgesamt positive Wirtschaftslage mit entsprechenden Beschäftigungs- und Arbeitsmarktaussichten und die seit einigen Jahren zunehmende Bevölkerungskonzentration in den Ballungsräumen führen zu einer starken Nachfrage nach Wohneigentum in Deutschland. Die Anlage in Wohnimmobilien genießt unverändert eine hohe Akzeptanz am Markt. Auch für Kapitalanleger sind die Immobilien – insbesondere im Rhein-Main-Gebiet – eine attraktive Anlageform.

Die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude lagen um 4,8 % höher als im Vorjahr. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ist das der stärkste Anstieg der Baupreise gegenüber dem Vorjahr seit über zehn Jahren. Die Anzahl der

Baugenehmigungen ist wie erwartet nur geringfügig (0,5 %) gestiegen. Die Zahl der genehmigten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden lag von Januar bis November 2018 bei 274.600 und lag damit um 1,3 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Dieser Anstieg ist ausschließlich auf die Zunahme der Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zurückzuführen (+4,5 %). Dagegen ging die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser um 0,5 % und für Zweifamilienhäuser um 5,2 % zurück.

Die Perspektiven für die Bauwirtschaft sind weiterhin günstig. So stieg der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe nach Angaben des Statistischen Bundesamts in den ersten elf Monaten 2018 um 4,3 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die wichtigen ökonomischen Rahmenbedingungen wie Wirtschaftslage, Arbeitsmarkt und hohe Wohnungsimmobiliennachfrage in Hessen und Thüringen bilden ein positives Umfeld für Bausparen und Baufinanzieren. Deren Einbezug in die staatlich geförderte Altersvorsorge, die eine Nutzung von Bausparverträgen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum vorsieht, wirkte sich im Geschäftsjahr positiv aus. Darüber hinaus werden positive Impulse auch aus dem staatlichen „Baukindergeld“ für den Wohnungsmarkt und somit mittelbar für das Bauspargeschäft erwartet.

Vertragsentwicklung

Mit insgesamt 61.446 (2017: 60.629) neu abgeschlossenen Verträgen über eine Bausparsumme von 2.786 Mio. € (2017: 2.562 Mio. €) konnte die LBS ihr Vorjahresergebnis volumenbezogen um 8,8 % verbessern. Die Entwicklung des Bruttoneugeschäfts lag leicht über der Prognose für 2018. Die durchschnittliche Bausparsumme pro abgeschlossenem Bausparvertrag stieg um 7,3 %, da die LBS das Finanzierungsgeschäft weiter forcierte.

In Hessen wurden 46.213 Bausparverträge (2017: 44.988) mit einem Bausparvolumen von 2.249 Mio. € (2017: 2.052 €) vermittelt. In Thüringen wurden 15.233 Bausparverträge (2017: 15.641) über ein Bausparvolumen von 537 Mio. € (2017: 510 Mio. €) akquiriert.

Das eingelöste Neugeschäft lag mit 57.082 Bausparverträgen (2017: 57.543) stückzahlbezogen leicht unter Vorjahresniveau, volumenbezogen mit einer Bausparsumme von 2.450 Mio. € (2017: 2.361 Mio. €) leicht über Vorjahresniveau. In Hessen wurden 42.526 Neuverträge (2017: 42.651) über 1.952 Mio. € (2017:

1.894 Mio. €) eingelöst, in Thüringen 14.556 Neuverträge (2017: 14.892) über 498 Mio. € (2017: 467 Mio. €). Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Zuwachs nach Bausparsumme von 3,1 % in Hessen und 6,5 % in Thüringen. Im Geschäftsjahr wurden 40,9 % der Erstverträge mit Bausparern unter 25 Jahren abgeschlossen.

Erfolgreicher S-Verbund

Für Neuabschlüsse haben sich traditionell die hessischen und thüringischen Sparkassen als wichtigste Vertriebspartner erwiesen. Mit 2,5 Mrd. € Bausparsumme beziehungsweise 88,1 % (2017: 87,5 %) ist der Vermittlungsanteil der Sparkassen (inklusive Gemeinschaftsgeschäft) unverändert hoch.

Vertragsbestand

Das durch die LBS betreute Bausparvolumen ist mit 21.079 Mio. € (2017: 20.519 Mio. €) und 772.582 Bausparverträgen (2017: 781.910) im Vergleich zum Vorjahr volumenbezogen um 2,7 % gestiegen.

Zuteilungsentwicklung

Seit über zwanzig Jahren liegt die für eine Zuteilung notwendige Zielbewertungszahl der LBS konstant bei 224 und ist damit gleich der in den ABB verankerten Mindestbewertungszahl. Im Berichtsjahr wurden 45.718 Verträge über eine Bausparsumme von 1.024,6 Mio. € zugeteilt.

Von den Zuflüssen zur Zuteilungsmasse entfielen auf den Spargeldeingang einschließlich vermögenswirksamer Leistungen, Wohnungsbauprämie und Zinsgutschriften 785,3 Mio. € (-1,1 %) und auf Tilgungen 64,5 Mio. € (-15,2 %). Insgesamt wurden der Zuteilungsmasse 849,8 Mio. € (-2,3 %) zugeführt. Diesen Zuführungen standen Entnahmen in Höhe von 591,4 Mio. € (-6,9 %) gegenüber. Damit erhöhte sich die Zuteilungsmasse zum Jahresende um 258,3 Mio. €.

Kreditgeschäft

Die Auszahlungen der außerkollektiven Kredite gingen gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. € (-1,4 %) auf 120,3 Mio. € zurück. Die Auszahlungen von Bauspardarlehen stiegen vor dem Hintergrund des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus nach im Vorjahr -11,0 % nun um 0,5 Mio. € (+0,3 %) auf 17,3 Mio. €.

Ertragslage

Nach dem vom Restrukturierungsaufwand geprägten negativen Vorjahresergebnis erreicht die LBS im Berichtsjahr trotz anhaltender Ertragsbelastungen in der weiter bestehenden Niedrigzinsphase unter Einsatz dispositiver Ertragsmaßnahmen das anvisierte positive Ergebnisziel.

Zinserträge

Auf die Zinserträge mindernd wirkte der im Jahresdurchschnitt rückläufige Bestand an Bauspardarlehen. Der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspardarlehen ist um 26,5 Mio. € (-14,3 %) gefallen. Auch die durchschnittliche Verzinsung der Bauspardarlehen für das Jahr 2018 ist um 14 Basispunkte auf 3,51 % (2017: 3,65 %) gesunken. Die rückläufigen Mengen- und Zinseffekte führten zu einem Rückgang der Zinserträge aus Bauspardarlehen. Die Zinserträge im außerkollektiven Kreditgeschäft reduzierten sich ebenfalls geringfügig um 0,2 Mio. € auf 17,8 Mio. €. Während der zinswirksame durchschnittliche Bestand um 44,5 Mio. € (+6,3 %) im Vergleich zum Vorjahr stieg, sank die Durchschnittsverzinsung der außerkollektiven Darlehen auf 2,39 % (2017: 2,56 %).

Der erhöhte Anlagenbedarf am Kapitalmarkt infolge der um 219,7 Mio. € (+4,8 %) gestiegenen Bauspareinlagen und des rückläufigen Darlehensgeschäfts wirkte sich positiv auf den Zinsertrag aus. Belastend wirkte jedoch das weiterhin historisch niedrige Marktzinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt. In Erwartung eines weiter anhaltenden Zinstiefs hat die LBS im Geschäftsjahr Zinserträge aus Vorfälligkeitsentgelten (Ausgleichszahlungen) infolge der vorzeitigen Termingeldrückgabe in Höhe von 17,6 Mio. € (2017: -6,4 Mio. €) realisiert. Die Zinserträge aus Geldanlagen inklusive dispositiver Maßnahmen stiegen um insgesamt 23,7 Mio. € (+23,9 %). Die gesamten Zinserträge erhöhen sich um 22,3 Mio. € auf 146,2 Mio. €.

Zinsaufwand

Positiv wirkte die Einführung neuer Bauspartarife in den letzten Jahren auf den Zinsaufwand. Aufgrund des Zuflusses an Bauspareinlagen stieg der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspareinlagen in 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 219,7 Mio. € auf 4,8 Mrd. €. Dieser Mengeneffekt wurde jedoch durch die geringere Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen kompensiert. Die durchschnittliche Verzinsung für das Jahr 2018 reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 13 Basispunkte auf 1,56 %. Die gegenläufigen Mengen- und Zinseffekte führten zu einem Rückgang des Zinsaufwands für Bauspareinlagen um 2,5 Mio. € auf 74,5 Mio. €.

Die kollektive Zinsspanne, berechnet als Differenz aus durchschnittlichen Verzinsungen der Bauspardarlehen und der Bauspareinlagen, lag in 2018 bei 1,95 %.

Provisionsergebnis

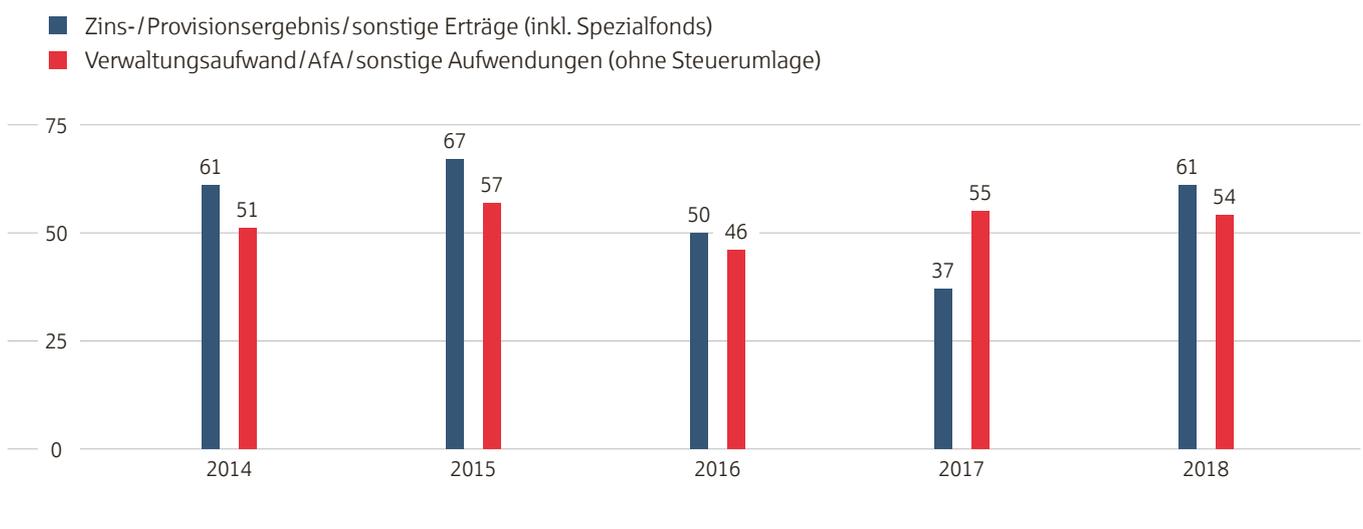
Das Provisionsergebnis hat sich um –1,6 Mio. € auf –7,5 Mio. € reduziert. Die Provisionsaufwendungen stiegen, bedingt durch das gestiegene Bruttoneugeschäft, um 3,0 Mio. € (+9,5 %). Die Provisionserträge verzeichneten ebenfalls einen Zuwachs um 1,4 Mio. € (+5,2 %) auf 27,7 Mio. €.

Verwaltungsaufwendungen

Dem Ergebnis aus Zinsüberschuss, Provisionsergebnis und sonstigen Erträgen in Höhe von 61,1 Mio. € (+63,1 %) standen 54,5 Mio. € (–0,8 %) aus Verwaltungsaufwand inklusive Abschreibung auf Sachanlagen und sonstigem Aufwand gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 1,0 Mio. € (81,4 %). Der Personalaufwand verminderte sich um 0,8 Mio. € auf 20,0 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 2,9 Mio. € auf 13,3 Mio. €. Die Abschreibungen auf Anlagevermögen blieben konstant bei 1,0 Mio. €. Die Verwaltungsaufwendungen nahmen damit die im letzten Jahr prognostizierte Entwicklung.

Wesentliche GuV-Komponenten

in Mio. €



Das Vorsteuerergebnis lag mit + 4,8 Mio. € um 23,4 Mio. € über dem Vorjahresergebnis und somit knapp unter dem erwarteten Wert aus dem Prognosebericht des Vorjahres.

Die Cost-Income-Ratio sank um 96,3 Prozentpunkte auf 86,2 % (2017: 182,5 %).

Finanzlage

Als Nichthandelsbuchinstitut ordnet die LBS ihre gesamten Geschäftspositionen dem Anlagebuch zu. Als Bausparkasse unterliegt die LBS im Rahmen des Spezialbankenprinzips neben den allgemeinen Bestimmungen des Kreditwesengesetzes (KWG) den Regelungen des Bausparkassengesetzes (BSpKG). Insbesondere wird durch § 4 Abs. 3 BSpKG die Anlage verfügbarer Gelder geregelt. Die Bausparkasse ist verpflichtet, zur Gewährleistung ihrer Liquidität flüssige Mittel in ausreichender Höhe zu halten. Zum Zeitpunkt der Anlage verfügbarer Gelder erfolgen diese Geldanlagen daher ausschließlich im Sinne des BSpKG als Liquiditätsreserve im Rahmen einer „Buy and hold“-Strategie. Verkäufe vor Fälligkeit erfolgen ausschließlich zur Optimierung der Depotstruktur, zur aktiven Steuerung des Zinsänderungsrisikos, zur Einhaltung vorgegebener Limite der Geschäftsleitung zur Begrenzung von Marktpreisrisiken oder unter Liquiditäts Gesichtspunkten.

Die Eigenkapitalstruktur ist durch die Gewinnrücklagen als größten Posten geprägt. Im Eigenkapital der LBS sind keine stillen Einlagen oder nachrangiges Haftkapital enthalten. Die Ausstattung mit Eigenmitteln ist für weiteres Wachstum im Aktivgeschäft ausreichend.

Die LBS berechnet die Eigenmittelanforderungen mittels eines auf internen Ratings basierenden Ansatzes (IRBA). Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR sank in 2018 – auf anhaltend hohem Niveau – auf 53,7 % (2017: 54,5 %). Die Kernkapitalquote reduzierte sich ebenfalls um 0,8 Prozentpunkte auf 53,3 %.

Die Liquiditätskennziffer nach LiqV wurde zum 1. Januar 2018 außer Kraft gesetzt. Die 2015 eingeführte Liquiditätskennziffer LCR lag per 31. Dezember 2018 deutlich über dem aufsichts-

rechtlich geforderten Wert von 100 % sowie der Prognose des Vorjahres. Sie konnte aufgrund der Befreiung von der Kapungsgrenze technisch nicht berechnet werden, da es keine anrechenbaren Cashflows gab. Die LBS konnte ihre Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen.

Die Finanzlage der LBS ist geordnet. Die Bausparkasse kann jederzeit ihrer Verpflichtung zur planmäßigen Zuteilung der Bausparsummen gerecht werden.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt mit 6,03 Mrd. € um 0,35 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Die Bauspareinlagen erhöhten sich auf 4.932 Mio. €. Bei Baudarlehen war ein Anstieg um 23,7 Mio. € auf 892,7 Mio. € und bei Geldanlagen ein Anstieg um 319 Mio. € auf 5.112 Mio. € zu verzeichnen. Der Anteil der Baudarlehen an der Bilanzsumme sank auf 14,8 %. Die Vor- und Zwischenfinanzierungskredite stiegen im Geschäftsjahr um 6,0 % auf 744 Mio. € und sind weitgehend fristenkongruent refinanziert. Die Vermögenslage der LBS ist geordnet. Insgesamt haben sich in der Vermögensstruktur bei nahezu unverändertem Geschäftsvolumen keine nennenswerten Strukturverschiebungen ergeben.

III. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

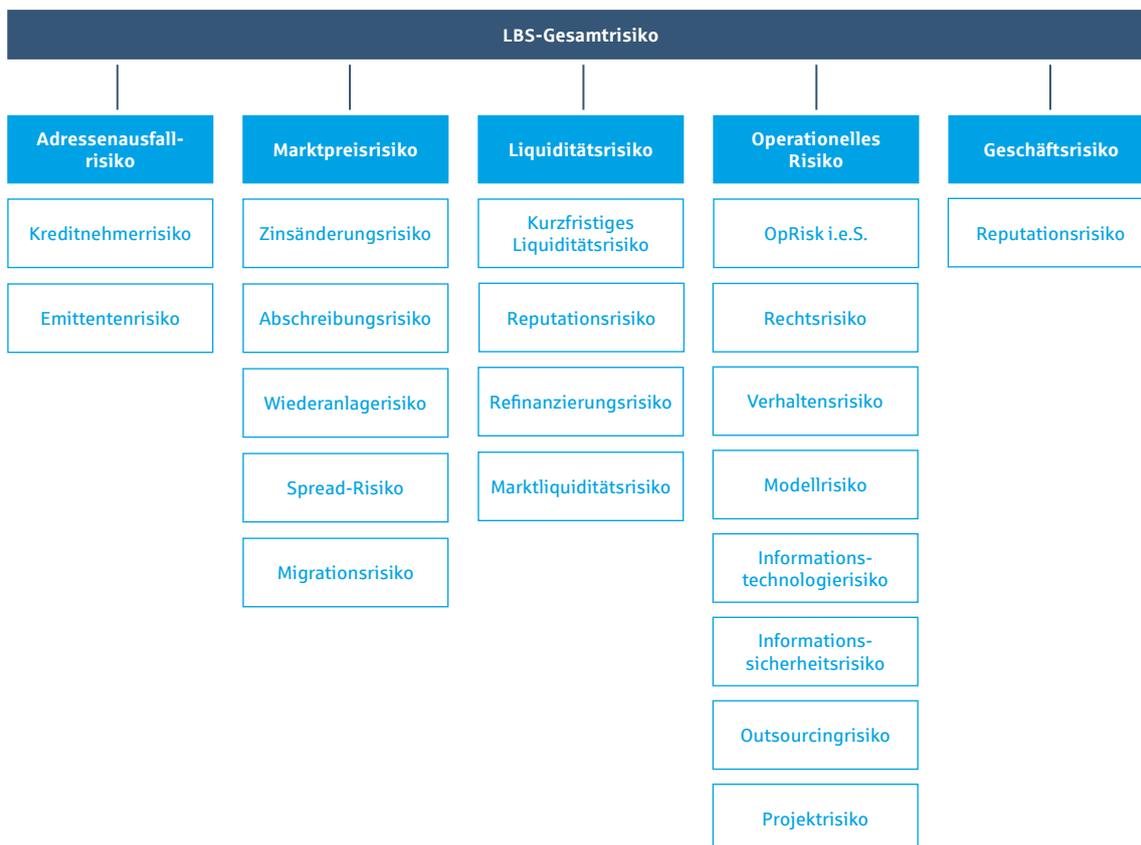
Risikomanagement

Das strategische Risikomanagement der LBS ist darauf ausgerichtet, ihr konservatives Risikoprofil zu sichern und im gegebenen Rahmen weiter zu optimieren.

Das Risikomanagement der LBS umfasst mit der Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung sowie dem Risikocontrolling/-reporting vier aufeinander aufbauende prozessuale Elemente. Im Rahmen der Risikoidentifikation werden die für die LBS wesentlichen Risiken identifiziert und davon ausgehend klassifiziert. Die Risikoquantifizierung umfasst die quantitative und qualitative Messung und Bewertung von Risiken mittels geeigneter Modelle und Methoden. Die Risikosteuerung stellt die Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der von der Geschäftsleitung vorgegebenen Limite einzugehen, zu

verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Anpassungen von Limiten stehen positive Wirkungen (Chancen) zum Beispiel auf Prozesse, Geschäfts-, Ertrags- und Kostenentwicklungen gegenüber. Im Rahmen des Risikocontrollings findet ein ausführliches Reporting zu den bestehenden Risiken/Chancen an die zuständigen Kompetenzträger statt. Der hierzu implementierte Risikoausschuss wird vierteljährlich mittels eines umfassenden Risikoberichts über die Gesamtrisikolage und -tragfähigkeit, Ergebnisse aus Stress-Szenarien der wesentlichen Risiken, eventuelle Maßnahmen im Risikomanagement, Besonderheiten im Berichtszeitraum, Entwicklungen zum Vorquartal, Limitauslastungen und Änderungen wesentlicher Parameter, die den Verfahren zur Risikobeurteilung zugrunde liegen, informiert. Für definierte bedeutende Vorkommnisse und Schadensfälle sind Ad-hoc-Meldevorgänge eingerichtet, um Geschäftsleitung, Vorstand und interne Revision unverzüglich zu informieren.

Die LBS unterscheidet mit Blick auf die unterschiedlichen Steuerungserfordernisse zwischen den Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, operationelles, Geschäfts- und Reputationsrisiko. Diese Risikoarten sind durch folgende Detailrisiken konkretisiert:



Risikostrategie

Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßig und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den generellen Umgang mit Risiken in der LBS fest. Sie ist konsistent zur Helaba-Risikostrategie.

Die Risikostrategie ist Teil der Geschäftsstrategie und gestaltet diese bezüglich des Umgangs mit Risiken aus.

Die Risikostrategie konkretisiert die als wesentlich eingestuften Risiken in den Teilrisikostrategien der Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko. Des Weiteren bestehen Regelungen für die als nicht wesentlich eingestuften Geschäfts- und Reputationsrisiken.

In einem ergänzenden Risikohandbuch sind Definitionen, Organisation, Instrumente zur Risikoerfassung, -bewertung und -steuerung, Reporting sowie die zugrunde liegenden schriftlich fixierten Regelungen für die einzelnen Risikoarten dokumentiert. Außerdem sind hier der Risikomanagementprozess und die Risikomanagementstruktur beschrieben.

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der aktuell gültigen Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der LBS – eingegangen werden.

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Geschäftsbetriebs und damit auch als Grundlage für die Umsetzung der Risikostrategie hat die LBS den Mitarbeitenden Arbeitsanweisungen, Handbücher und Prozessbeschreibungen vorgegeben.

Adressenausfallrisiko

Grundlage für die Übernahme von Risiken aus dem Kreditgeschäft als einem wesentlichen Geschäftsfeld der LBS ist die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken.

Die Übernahme von Kreditrisiken erfolgt mit dem Ziel, unter Beachtung der Risikotragfähigkeit einen angemessenen Ertrag zu erwirtschaften. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich beziehungsweise ad hoc bei gravierenden Änderungen der Rahmenbedingungen überprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft

Die LBS betreibt als Geschäftsschwerpunkt die private Baufinanzierung als standardisiertes Kundengeschäft. Der Gesamtkreditbestand einschließlich Handelsgeschäften und unwiderruflicher Kreditzusagen beträgt 6.076,0 Mio. €. Davon entfallen mit 150,8 Mio. € Bauspardarlehen und 768,0 Mio. € außerkollektiven Krediten insgesamt 918,8 Mio. € mit einem Anteil von 15,2 % an der Bilanzsumme (6.026,7 Mio. €) auf das traditionelle Kreditgeschäft. 92,0 % der Baudarlehen wurden an unselbstständige Privatpersonen vergeben. 64,4 % der Baudarlehen sind durch Grundpfandrechte gesichert.

Im risikorelevanten Kreditgeschäft erfolgt eine Kreditentscheidung durch die Spezialkreditbearbeitung (Marktfolge). In diesen Fällen nimmt die LBS die prozessabhängige Erleichterungsregel nach BTO 1.1 TZ 4 der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) bei Drittinitiierung in Anspruch und verzichtet auf das Marktvolument. Die Risikoklassifizierung der Kredite des Mengengeschäfts erfolgt mittels LBS-Kunden-Scoring auf Kundenebene. Im Rahmen der Risikosteuerung werden Analysen des Adressenausfallrisikos anhand fester und/oder dynamischer Auswertungen des Datenbestands der LBS vorgenommen. Die Bewilligung und Verwaltung von Krediten der LBS durch die hessischen und thüringischen Sparkassen sowie durch die Sparkasse Worms-Alzey-Ried im Rahmen der „Finanzierung aus einer Hand“ erfolgt im Treuhandweg auf der Basis der geschlossenen Verträge und ergänzenden Richtlinien unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen für Baudarlehen verringerte sich um 1,4 Mio. € auf 2,7 Mio. €. Die Ausfallquote ist die Summe aus Direktabschreibungen und Verbrauch von Risikovorsorgen im Verhältnis zum Kreditvolumen und belief sich auf 0,15 %. Die größte 2018 neu vorgenommene Einzelwertberichtigung für ein Engagement betrug 83,0 Tsd. €. Ausfälle im Rahmen von Handelsgeschäften waren nicht zu verzeichnen.

Emittentenrisiko

Der Anteil der Handelsgeschäfte im Sinne der MaRisk an der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2018 beträgt nominal 4.989,5 Mio. € (82,8 %). Davon sind 98,3 % in Tages- und Termingeldern mit Ursprungslaufzeiten von bis zu 15 Jahren bei der Helaba angelegt.

Die Geldanlagepolitik der LBS ist streng konservativ. Zur Vermeidung von Risiken aus dem Adressenausfall von Emittenten beschränkt sich deren Auswahl bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren derzeit ausschließlich auf Landesbanken, Förderinstitute und deutsche Bundesländer.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken beschränken sich für die LBS speziell auf Risiken aus der Veränderung von Lage und Struktur der Zinskurve (Zinsänderungsrisiko). Weitere Ausprägungen hiervon sind Spread- und Migrationsrisiken – sofern entsprechende Positionen vorhanden sind – sowie das Wiederanlage- und Abschreibungsrisiko. Aktienkursrisiken werden nicht eingegangen. Währungskursrisiken dürfen nach dem BSpKG nicht eingegangen werden.

Das Zinsänderungsrisiko bezieht sich auf das handelsrechtliche (GuV-bezogene) und betriebswirtschaftliche (barwertige) Risiko, das aufgrund von Zinsveränderungen auftreten kann.

Zinsänderungsrisiko/Spread-Risiko

Veränderungen der Marktzinsen wirken sich durch verändertes Verhalten des Bausparkollektivs, im Wiederanlagerisiko aus fälligen Geldanlagen und auf den Wert von Aktiv-/Passivvorläufen aus. Das Zinsänderungsrisiko aus dem Verhalten des Bausparkollektivs beschreibt die Gefahr, dass sich das Bausparkollektiv aufgrund von Marktzinsänderungen anders als prognostiziert verhält. Damit wird der geplante Zinsüberschuss beeinflusst. Im Anschluss an die Bewertungsstichtage der LBS (Quartalsenden) wird regelmäßig eine Kollektivprognose erstellt. Hierbei beträgt der Prognosezeitraum bis zu fünf Jahre. Um veränderte Tendenzen im Verhalten der Bausparer frühzeitig zu erkennen, werden jeweils die Vorquartalsprognosen mit den Ist-Daten verglichen und Abweichungen analysiert.

Das Zinsänderungsrisiko/Spread-Risiko aus Aktiv-/Passivvorläufen bezieht sich auf das handelsrechtliche und betriebswirtschaftliche Risiko, das aufgrund von Zinsveränderungen bei einem bewusst eingegangenen Aktiv- oder Passivvorlauf auftreten kann. Für diese strategischen Positionsnahmen werden für die einzelnen Positionen auf Basis der aktuellen Kapitalmarktzinsen wie auch auf Basis verschiedener Zinsszenarien betriebswirtschaftliche Mark-to-Market-Bewertungen (Aktiv- und Passivvorlauf) vorgenommen sowie die Cost of Carrys (Passivvorlauf) und die nicht erzielten Erträge aus Fristentransformation (Aktivvorlauf), die beide direkt den Zinsüberschuss

beeinflussen, ausgewiesen. Die strategische Positionsnahme aus Vorläufen wird nicht nach Volumen oder Risiko limitiert, weil die Ergebnisse bereits im Zinsüberschuss impliziert sind.

Das Wiederanlagerisiko resultiert aus der Fälligkeit von Geldanlagen. Werden die Anlagen fällig, kann die frei werdende Liquidität in Abhängigkeit von der Entwicklung des Zinsniveaus am Kapitalmarkt unter Umständen nur zu einem geringeren Zinssatz wiederangelegt werden.

Die Steuerung des Risikos, dass bei einem niedrigen Zinsniveau viel Liquidität und bei einem hohen Zinsniveau wenig freie Gelder zur Anlage zur Verfügung stehen, erfolgt über die jährliche Festlegung der Anlagestrategie.

Abschreibungsrisiko

Das Abschreibungsrisiko umfasst das Risiko, aufgrund eines Zinsanstiegs und der daraus resultierenden Kursverluste handelsrechtliche Niederstwertabschreibung auf den eigenen festverzinslichen Wertpapierbestand zum Jahresende vornehmen zu müssen. Modellgestützt werden Simulationen des voraussichtlichen Abschreibungsbedarfs unter Berücksichtigung des aktuellen Zinsniveaus und verschiedener Zinsszenarien vorgenommen. Zum 31. Dezember 2018 sind keine festverzinslichen Wertpapiere im Bestand. Somit entfallen auch Migrationsrisiken.

Zinsänderungsrisiko (betriebswirtschaftlich)

Das betriebswirtschaftliche Zinsänderungsrisiko beschreibt das Risiko einer negativen Wertentwicklung, das bei sich verändernden Kapitalmarktzinsen aufgrund von Fristeninkongruenzen zwischen der Aktiv- und Passivseite eintritt.

Zur Erfassung, Bewertung und Steuerung des Risikos werden sämtliche Zinsbuch-Cashflows ermittelt und diskontiert. Die Barwertermittlung bei Ad-hoc-Parallelverschiebungen des Zinsniveaus erfolgt mit den seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgegebenen Parametern. Das zinsensensitive Kundenverhalten findet durch entsprechende Cashflow-Darstellung der kollektiven Geldabflüsse (Guthabenauszahlung nach Kündigung, Guthabenauszahlung nach Zuteilung, Auszahlung Bauspardarlehen) und kollektiven Geldzuflüsse (Eingang Spargeld, Eingang Tilgung) Berücksichtigung im Zinsbuch.

Das Zinsänderungsrisiko ist zum 31. Dezember 2018 aktivisch, wobei der Zinsrisikoeffizient (Verhältnis von Ad-hoc-Zinsänderungsrisiko zu Eigenmitteln) 8,02 beträgt.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken resultieren insbesondere aus bankalltäglichen betrieblichen Aktivitäten und sind somit inhärenter Bestandteil des geschäftlichen Handelns. Im Sinne regulatorischer Vorgaben definiert die LBS das operationelle Risiko als „das Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden“. Diese Definition beinhaltet auch IT- und Rechtsrisiken, nicht aber eventuelle strategische Risiken.

Grundlage für die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken ist das Helaba-Risikomodell, das zwischen den vier Risikoklassen interne Verfahren, Menschen, Systeme sowie externe Ereignisse differenziert.

Basierend auf den Anforderungen der Bankenaufsicht verfolgt die LBS einen integrierten Gesamtansatz für das Management von operationellen Risiken mit dem Ziel, diese auf Basis von Risikoszenarien und Schadensfällen zu messen und zu steuern.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die kurz- und langfristige Liquiditätsplanung bildet die Grundlage zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie zur Vermeidung unerwarteter Verluste aus dem Fehlen und notwendigen Beschaffen von Geldmitteln zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen.

Als kurzfristiges Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass die LBS aufgrund fehlender liquider Mittel den Zahlungsverpflichtungen (Kreditauszahlungsverpflichtung, Zinszahlungen, Tilgung von Refinanzierungsmitteln) gar nicht oder nicht vollständig nachkommen kann oder die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer nicht erfüllt wird.

Risikoerkennung, -bewertung und -steuerung erfolgen modellgestützt im Rahmen einer kurzfristigen Liquiditätsprognose, die auf die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung mindestens der nächsten neun bis zwölf Monate abstellt. Dabei werden sämtliche definitiv bekannten Liquiditätszuflüsse und -abflüsse (unter anderem Fälligkeiten, Zinszahlungen, Geldanlagen/-auf-

nahmen) sowie auf Erfahrungswerten basierende Liquiditätsgrößen (unter anderem Spargeldzugang/-abgang, Kreditauszahlungen) betrachtet.

Die langfristige Liquiditätsvorausschau (Refinanzierungsrisiko) erfasst ergänzend alle Geldeingänge und -ausgänge über einen Zeithorizont bis zehn Jahre. Sie berücksichtigt die Liquiditätszuflüsse und -abflüsse aus dem Bausparkollektiv, aus Tages- und Termingeldanlagen, Refinanzierungsaufnahmen und -rückzahlungen einschließlich der zuzuordnenden Zinserträge und -aufwendungen sowie betriebsbedingte Zahlungen. Das Refinanzierungsrisiko wird in Szenarien ermittelt, für die aus Liquiditätssicht Mindestüberlebensperioden ermittelt werden.

Das Refinanzierungsrisiko beinhaltet die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen im Sinne einer ausreichenden und kostengünstigen Refinanzierungsbasis.

Als Bausparkasse refinanziert sich die LBS insbesondere über die kollektiven Bauspareinlagen und über die Helaba.

Das Liquiditätsrisiko reduziert sich in diesem Sinne letztendlich auf ein Bonitätsrisiko. Werden Risiken (Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle und sonstige Risiken) schlagend, wirkt sich dies nachteilig auf die Bonität und damit auf den Zugang zum Kapitalmarkt aus. Das Management der anderen Risiken beeinflusst damit gleichzeitig das Liquiditätsrisiko.

Das Marktliquiditätsrisiko birgt die Gefahr einer unzureichenden Marktliquidität, das heißt, dass Positionen aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder wegen Marktstörungen nicht zu fairen oder nahezu fairen Preisen liquidiert werden können. Die LBS wählt bei einer Anlage in festverzinslichen Wertpapieren, Schuld-scheindarlehen und Namensschuldverschreibungen den Emittenten sowie das Produkt unter anderem mit Blick auf die Fungibilität des Assets aus, wobei eine Investition generell mit der Absicht erfolgt, sie nicht vorzeitig zu liquidieren. Das Marktliquiditätsrisiko fließt in die Liquiditätsprognosen ein und wird bei der Messung des strukturellen Liquiditätsrisikos berücksichtigt.

Geschäftsrisiko

Die LBS stuft das Geschäftsrisiko als nicht wesentlich ein, da sie die beiden darunter subsumierten wesentlichen Einzelrisiken – Kollektiv- und Marktabsatzrisiko – im als wesentlich eingestuftes Marktpreisrisiko abbildet.

Das Kollektivrisiko ist das Risiko, dass sich das Bausparkollektiv in Abhängigkeit von den Veränderungen des Risikoparameters Marktzins anders als prognostiziert verhält. Das Marktabsatzrisiko beinhaltet die Attraktivität des Bausparprodukts, die in Abhängigkeit von der Veränderung des Risikoparameters Marktzins zu einem Neugeschäftseinbruch führen kann.

Reputationsrisiko

Die LBS stuft auch das Reputationsrisiko als nicht wesentlich ein, da sich die materiellen Auswirkungen (Kündigungen bestehender Verträge und insbesondere Neugeschäftseinbruch) im Wesentlichen als Geschäftsrisiko ebenfalls direkt im Kollektiv- und Marktabsatzrisiko in der als wesentlich definierten Risikoart Marktpreisrisiken und in den Liquiditätsrisiken niederschlagen. Daher ist das Reputationsrisiko in der Risikoartensystematik diesen Risikoarten zugeordnet. Reputationsrisiken umfassen originäre Reputationsverluste wie auch solche, die als Konsequenz eines operationellen Verlustereignisses entstehen. Das Reputationsrisikoprofil wird gesamthaft unter dem operationellen Risiko dargestellt.

Risikotragfähigkeit

Ziel der Risikotragfähigkeitsrechnung ist, dass die Risikodeckungspotenziale der LBS ihre wesentlichen Risiken laufend abdecken und damit die nachhaltige und dauerhafte Unternehmensfortführung gesichert ist. Zum Nachweis werden mögliche Risikopotenziale und verfügbare Risikodeckungspotenziale quantifiziert und gegenübergestellt.

Zur Beurteilung ihrer Risikotragfähigkeit unterscheidet die LBS zwischen einer periodischen (bilanziellen) Stichtags- und einer rollierenden 12-Monats-Sicht.

Das Risikodeckungspotenzial bestimmt sich auf Basis erwarteter Ergebnis- und bilanzieller Eigenkapitalgrößen. Die Komponenten des Risikodeckungspotenzials werden entsprechend ihrer Verfügbarkeit, ihrem Vorsorgecharakter und regulatorischen Mindestanforderungen priorisiert.

Um die Risikotragfähigkeitsrechnung auf Stabilität zu prüfen, führt die LBS gezielte Berechnungen in einem Fortführungs- und einem Liquidationsansatz durch und betrachtet hierbei jeweils ein Basis- und zwei Stress-Szenarien. Die Stresstests werden auf historischer Sicht des einzelnen Risikos und auf hypothetischer Sicht risikoartenübergreifend auf Institutsebene durchgeführt. Die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

werden dargestellt und analysiert. Die Ergebnisse werden in der Risikoberichterstattung mit ihren potenziellen Auswirkungen auf die Risikosituation und das Risikodeckungspotenzial aufgezeigt.

Die Risikoberechnung in den Szenarien erfolgt für alle Risikoarten separat. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn das Risikopotenzial durch das Risikodeckungspotenzial jederzeit unter Berücksichtigung der regulatorisch benötigten Eigenmittel abgedeckt ist.

Für die operative Steuerung der Risikotragfähigkeit und die damit verbundene dauerhafte Sicherung der Unternehmensfortführung wird ausgehend vom ermittelten Risikodeckungspotenzial der Anteil festgelegt, der zur Absorption von Risiken eingesetzt werden soll. Dieser festgelegte Anteil am Risikodeckungspotenzial, die Risikodeckungsmasse, entspricht dem Gesamtrisikolimit der LBS, das auf die einzelnen Risikoarten alloziert wird.

Die Entscheidung zur Festlegung des Anteils am Risikodeckungspotenzial kann dabei direkt auf die Kennzahlen des Risikomonitorings im Rahmen des Haftungsverbunds der LBS-Gruppe und damit auf die dort definierten einzelnen Ampelstufen wirken. Im Umkehrschluss sind die im Rahmen des Risikomonitorings festgelegten Ziele auch im Entscheidungsprozess zur Festlegung des Anteils am Risikodeckungspotenzial von Bedeutung.

Die Risikoquantifizierung zu den Quartalsstichtagen ergab, dass auch im Maximal-Belastungsfall (hypothetisches Stress-Szenario) das Risikopotenzial das zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial zu weniger als 50 % auslastet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Zur Sicherstellung der langfristigen Erfüllbarkeit der abgeschlossenen Bausparverträge erstellt die LBS vierteljährlich eine Kollektivprognose (Quartalsprognose) sowie jährlich eine laufende Kollektivüberwachung (LKÜ). Die LKÜ und der zugehörige kollektive Lagebericht werden der BaFin übermittelt und enthalten eine Beschreibung der Ausgangslage, Szenarien mit Ergebnisdarstellung und deren Analyse sowie eine Gesamtbeurteilung. Gemäß dem kollektiven Lagebericht 2017 ist die Verfügbarkeit ausreichender Mittel für die Zuteilung der Bausparverträge dauerhaft sichergestellt.

Das Gesamtinstitutslimit in der Risikotragfähigkeitsrechnung war im abgelaufenen Jahr (Quartalsbasis) eingehalten.

Auslastung Gesamtinstitutslimit

Stichtag	Fortführungsansatz Stichtagssicht 31.12.2018	Fortführungsansatz Rollierende 12-Monats-Sicht
31.3.2018	36 %	43 %
30.6.2018	31 %	40 %
30.9.2018	28 %	44 %
31.12.2018	44 %	44 %

Die LCR fordert das Halten eines Liquiditätspuffers, der die innerhalb von 30 Tagen unter marktweiten und institutsspezifischen Stressbedingungen anfallenden Nettozahlungsabflüsse mindestens abdeckt. Aufgrund der Befreiung von der Kapungsgrenze liegt die Kennzahl weiterhin weit über den Frühwarnindikatoren. Das zur Risikoabdeckung vorhandene Eigenkapital war jederzeit ausreichend.

Ausblick für das Jahr 2019

Ähnlich wie im Vorjahr geht die LBS davon aus, dass die anhaltend gute Lage auf dem Arbeitsmarkt mit positiven Perspektiven für Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit sowie moderate Einkommenszuwächse günstige Rahmenbedingungen für eine Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen bilden.

Aufgrund des geldpolitischen Kurses der EZB und deren Ankündigung über die Beibehaltung des niedrigen Zinsniveaus hat die LBS die Markterwartungen über eine künftige Zinserhöhung weiter in die Zukunft verschoben. Das damit verbundene anhaltende Niedrigzinsniveau bei gleichzeitiger Wohnungsknappheit in Wirtschaftszentren und deren Umland wird dazu führen, dass die Nachfrage nach Wohnraum unverändert hoch bleibt. Angesichts des gleichzeitig andauernden Trends steigender Immobilienpreise sind bezahlbare Lösungen mit entsprechenden Finanzierungsangeboten gefragt. Die Bausparverträge bieten hierbei eine zinssichere und kalkulierbare Grundlage für die Durchführung eines Bauvorhabens beziehungsweise für die Anschlussfinanzierung und werden abgeschlossen, um das niedrige Zinsniveau langfristig zu sichern. Deshalb ist Bausparen für einen großen Teil der Bevölkerung, der die beste Altersvorsorge in der entschuldeten Immobilie sieht, weiterhin attraktiv.

Die demografisch und wanderungsbedingt abnehmenden Beschäftigungszuwächse, insbesondere in einigen Regionen Thüringens, können andererseits den bereits jetzt in einigen Branchen spürbaren Fachkräftemangel verstärken, mit negativen Auswirkungen auf den Wohnungsbestand.

Der altersgerechte Umbau aufgrund der demografischen Entwicklung lässt in den nächsten Jahren zusätzliches Wachstumspotenzial erwarten. Die vergleichsweise niedrige Eigentumsquote in Deutschland, die staatliche Sparförderung (Arbeitnehmersparzulage und Wohnungsbauprämie) und die Einbeziehung des selbst genutzten Wohneigentums in die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge („Wohn-Riester“) eröffnen aufgrund des vorhandenen Interesses zusätzlich ein hohes Potenzial für das Bausparen. Die Nachfrage nach Finanzierungen wird auch durch die Klimaschutzinteressen sowie die zu erwartenden energetisch erforderlichen Modernisierungsinvestitionen aufgrund des alternden Wohnbestands belebt.

Andererseits besteht unverändert das Risiko, dass die Verbraucher das Eigentum statt mit Bausparverträgen auf anderem Wege günstig finanzieren und die Darlehen der Altтарifgenerationen nicht abgerufen werden. Zusätzlich zum niedrigen Kapitalmarktzinsniveau können sich die steigenden regulatorischen Neuerungen und Auflagen und der damit verbundene Aufwand für die Digitalisierung von Prozessen belastend auswirken.

Den bevorstehenden Herausforderungen wird die LBS auch weiterhin mit einem stringenten Kostenmanagement, ergebnisstabilisierenden Kollektivmaßnahmen sowie einer hohen Effizienz begegnen. Das Reorganisationsprojekt LBS-EVOLution, die getätigte Investition in eine gemeinsame IT (Bausparkassensystem „OSPlus-LBS“) sowie Investitionen in die Internetfiliale

der Sparkassen lassen mittelfristig eine Ergebnisverbesserung sowie eine höhere Produktivität erwarten. Mit bedarfsgerechten Bausparprodukten und vertriebsstrategischen Maßnahmen wird die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter intensiviert sowie der LBS-Außendienst in potenzialstarken Regionen stärker positioniert.

Für das Geschäftsjahr 2019 erwartet die LBS ein Bruttoneugeschäft über Vorjahresniveau (+2,0%). Verbunden mit der weiteren Absenkung der durchschnittlichen Bauspareinlagenverzinsung, den nach wie vor günstigen Refinanzierungskosten und in Abhängigkeit von den fortgeführten dispositiven Ertragsmaßnahmen geht die LBS in einem Umfeld einer weitergeführten Nullzinspolitik durch die EZB von einem Zinsüberschuss zwischen 60 € und 70 Mio. € aus. Die Prognose der Zahlen basiert auf der Kollektivsimulation, die in der Regel einen Zeitraum von 20 Jahren umfasst. Die Ausgangsbasis für die Kollektivsimulation bildet der vollständige Vertragsbestand; die Änderungen des Verhaltens der Bausparer werden dabei im Zeitablauf berücksichtigt. Zur Prognose der zukünftigen Zinsentwicklung werden die Helaba-Szenariovorgaben sowie die Forward-Zinssätze verwendet, die sich aus der zum Stichtag der Prognoseerstellung gültigen Zinsstruktur ableiten. Die LBS erwartet für das Geschäftsjahr 2019 durch die geplanten Neuanlagen weiterhin ein aktivisches Zinsänderungsrisiko. Für die LCR wird von einem Wert über 120 % (Mindestanforderung 100 %) ausgegangen.

Die LBS geht von einem Provisionsergebnis auf Vorjahresniveau aus. Im Verwaltungsaufwand rechnet die LBS mit leicht steigenden Kosten aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen inklusive Zinsaufwand. Die Cost-Income-Ratio wird damit weiter auf einem Niveau zwischen 85 und 90 % bleiben.

Zusammengefasst erwartet die LBS für 2019 ein Vorsteuerergebnis auf Vorjahresniveau (ca. 5 Mio. €).

Frankfurt am Main/Erfurt, den 26. Februar 2019

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker Groß Dr. Hosemann

Kemler Schmid Dr. Schraad

Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

zum 31. Dezember 2018
– in der Bilanz der Gesamtbank enthalten –

Aktivseite

in Tsd. €

			2018	2017
Barreserve				
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		5		6
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	5			(6)
			5	6
Forderungen an Kreditinstitute				
a) Bauspardarlehen		0		0
b) andere Forderungen		5.101.383		4.782.029
darunter: täglich fällig	199.266			(324.348)
			5.101.383	4.782.029
Forderungen an Kunden				
a) Baudarlehen				
aa) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		144.738		162.911
ab) zur Vor- und Zwischenfinanzierung		744.054		701.849
ac) Sonstige		3.900		4.246
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	589.333			(552.301)
		892.692		869.006
b) andere Forderungen		22.079		21.678
			914.771	890.684
Immaterielle Anlagewerte				
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		7.716		8.671
			7.716	8.671
Sachanlagen			213	252
Sonstige Vermögensgegenstände			2.618	1.890
Rechnungsabgrenzungsposten			17	118
Summe der Aktiva			6.026.723	5.683.650

Passivseite

in Tsd. €

			2018	2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) Bauspareinlagen		41.521		36.465
darunter: auf zugeteilte Verträge	–			(37)
b) andere Verbindlichkeiten		718.870		624.942
darunter: täglich fällig	11.108			(9.812)
			760.391	661.407
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft				
aa) Bauspareinlagen		4.890.753		4.655.685
darunter:				
auf gekündigte Verträge	40.735			(35.154)
auf zugeteilte Verträge	89.390			(83.615)
		4.890.753		4.655.685
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		5.587		5.014
		5.587		5.014
			4.896.340	4.660.699
Sonstige Verbindlichkeiten				
			8.426	7.208
Rechnungsabgrenzungsposten				
			1.538	1.658
Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		110.687		106.500
c) andere Rückstellungen		18.703		16.729
			129.390	123.229
Fonds zur bauspartechnischen Absicherung				
			11.200	11.200
Fonds für allgemeine Bankrisiken				
			25.000	25.000
Eigenkapital				
c) Gewinnrücklagen		193.249		193.249
d) Bilanzgewinn		1.189		0
			194.438	193.249
Summe der Passiva				
			6.026.723	5.683.650
Eventualverbindlichkeiten				
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			43	13
Andere Verpflichtungen				
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			30.738	26.665

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018
– in der GuV der Gesamtbank enthalten –

in Tsd. €

			2018	2017
Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				
aa) Bauspardarlehen	5.595			6.789
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	17.710			17.874
ac) sonstigen Baudarlehen	69			77
ad) sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften	122.866			99.164
		146.240		123.904
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		0		21
			146.240	123.925
Zinsaufwendungen				
a) für Bauspareinlagen		74.536		76.985
b) andere Zinsaufwendungen		5.237		4.815
			79.773	81.800
			66.467	42.125
Provisionserträge				
a) aus Vertragsabschluß und -vermittlung		21.282		19.756
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		22		56
c) aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		4		8
d) andere Provisionserträge		6.397		6.515
			27.705	26.335
Provisionsaufwendungen				
a) Provisionen für Vertragsabschluß und -vermittlung		30.511		27.889
b) andere Provisionsaufwendungen		4.732		4.309
			35.243	32.198
			-7.538	-5.862
Sonstige betriebliche Erträge			2.135	5.142
Übertrag:			61.064	41.405

in Tsd. €

				2018	2017
Übertrag:				61.064	41.405
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		16.879			17.256
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		3.170			3.610
			20.049		20.866
darunter: für Altersversorgung	428				803
b) andere Verwaltungsaufwendungen			20.113		16.871
				40.162	37.737
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.038	1.030
Sonstige betriebliche Aufwendungen				16.915	16.157
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				1.760	1.132
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				1.189	-14.651
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				1.189	-14.651
Entnahmen aus Gewinnrücklagen				0	14.651
Bilanzgewinn				1.189	0

Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

zum 31. Dezember 2018

Allgemeine Angaben, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist eine rechtlich unselbstständige Einrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt (Helaba), eingetragen in den Handelsregistern Frankfurt am Main, HRA 29821, und Jena, HRA 102181, und ist verpflichtet, nach § 18 Abs. 3 BSpKG einen gesonderten Jahresabschluss zu erstellen, der im Jahresabschluss der Helaba enthalten ist. Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach dem Handelsgesetzbuch sowie den ergänzenden Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt unter Beachtung aller zulässigen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden um die für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt.

Im gesetzlichen Formblatt vorgesehene, aber nicht belegte Posten sind nicht aufgeführt.

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die von Ausfallrisiken betroffenen Forderungen an Kunden und die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen an den Außendienst sind durch Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe berücksichtigt. Die LBS wendet dabei das Bilanzierungsvorgehen und die Berechnungsmethode der Portfoliowertberichtigung nach IFRS an. Für die besonderen Risiken von Kreditinstituten bestehen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Alle Wertberichtigungen und Vorsorgereserven sind aktivisch abgesetzt.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, ausgewiesen. Erbrachte Eigenleistungen für die Erstellung eines immateriellen Vermögensgegenstands wurden aktiviert. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen.

Die LBS macht von dem Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a Satz 1 EStG Gebrauch und aktiviert die Wirtschaftsgüter über 250 € und unter 1.000 €. Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

Für Einnahmen beziehungsweise Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Erträge beziehungsweise Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, hat die LBS Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Ein als hochliquides Aktivum dienendes, darlehensweise überlassenes Wertpapier im Nennwert von 15 Mio. € (Wertpapierleihe in unbesicherter Form) wird nicht bilanziert.

Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt worden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit den ihrer Restlaufzeit entsprechenden von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst worden.

Die Pensionsverpflichtungen werden zum Bilanzstichtag durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

31.12.2018	
Zinssatz	3,21 %
Gehaltstrend	2,00 %
Rententrend	1,60 % – 2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Rücknahmepreis) bewertet und mit den korrespondierenden Pensionsverpflichtungen verrechnet. Sofern der beizulegende Zeitwert dieser Vermögensgegenstände den Wertansatz der Rückstellungen übersteigt, ist dieser Betrag auf der Aktivseite als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung auszuweisen.

Aufgrund der Anwendung des § 253 Abs. 6 HGB beträgt der Unterschiedsbetrag der bilanzierten Pensionsverpflichtungen, der sich aus der Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz für zehn statt sieben Geschäftsjahre ergibt, zum 31. Dezember 2018 15,0 Mio. €.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunkts und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Aufwendungen und Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Negative Zinsen auf finanzielle Vermögensgegenstände im sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäft werden im Zinsertrag ausgewiesen, da negative Zinsen den Ertrag aus den Geldanlagen reduzieren. Die LBS hat einen Betrag in Höhe von 64 Tsd. € (2017: 158 Tsd. €) gezahlt. Des Weiteren erhöhen an die LBS gezahlte Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 17,6 Mio. € (2017: –6,4 Mio. €) für vorzeitig beendete Positionen aus diesen Geschäften die Zinserträge. Negative Zinsen auf andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden im Zinsaufwand ausgewiesen. Die LBS hat 37 Tsd. € (2017: 123 Tsd. €) erhalten.

Die noch nicht fälligen Forderungen aus Abschlussgebühren der LBS-Wohn-Riester-Verträge (Tarif Classic Riester, Varianten FR und SR) wurden laufzeitgerecht abgezinst. Der Barwert der Gebühren wird vollständig im Jahr des Vertragsabschlusses vereinnahmt. Zum 31. Dezember 2018 wurden noch nicht fällige Forderungen aus Riester-Abschlussgebühren in Höhe von 4,5 Mio. € (2017: 5,2 Mio. €) aktiviert.

Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs erfolgt mittels einer Berechnung auf Basis eines barwertigen Ansatzes eine Prüfung, ob eine Drohverlustrückstellung nach BFA 3 gebildet werden muss. Diese Berechnung ergab, dass eine Rückstellungsbildung nicht erforderlich ist.

Im Bewertungsergebnis sind Aufwände für Versicherungen gegen Kreditausfälle in Höhe von 0,6 Mio. € (2017: 0,5 Mio. €) enthalten.

Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und GuV

Gegenüber der Helaba bestehen Forderungen in Höhe von 5.014,5 Mio. € (2017: 4.674,5 Mio. €) und Verbindlichkeiten in Höhe von 707,8 Mio. € (2017: 615,1 Mio. €).

Gliederung nach Restlaufzeiten

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Andere Forderungen an Kreditinstitute		
Täglich fällig	199,3	324,3
Bis drei Monate	182,6	99,7
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	156,0	231,0
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.301,0	1.209,0
Mehr als fünf Jahre	3.262,5	2.918,0
Forderungen an Kunden		
Bis drei Monate	32,0	36,2
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	69,7	68,5
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	351,0	342,3
Mehr als fünf Jahre	462,1	443,6

In den Forderungen an Kunden sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Restlaufzeiten aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten wurden bis Zuteilung ermittelt.

Die Zins- und Tilgungsrückstände einschließlich Tilgungersatzleistungen mit mehr als drei Monatsraten betragen bei Baudarlehen einschließlich der gekündigten Engagements 0,2 Mio. € (2017: 2,6 Mio. €).

Die Deka-Fonds-Anteile aus der Entgeltumwandlung und zur Absicherung der Rückstellung für Altersteilzeit werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB als Deckungsvermögen mit den entsprechenden Rückstellungen verrechnet.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten (AK/HK) der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen haben sich im Geschäftsjahr 2018 (GJ) in Tsd. € wie folgt entwickelt:

	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	
AK/HK zu Beginn des GJ (gesamt)	9.974	3.335
Zugänge gesamter AK/HK (GJ)	29	23
Abgänge gesamter AK/HK (GJ)	0	63
Umbuchungen gesamter AK/HK (GJ)	0	0
AK/HK zum Ende des GJ (gesamt)	10.003	3.295
Abschreibungen zu Beginn des GJ (gesamt)	1.303	3.083
Abschreibungen (GJ)	985	53
Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Abgängen (gesamt)	0	55
Abschreibungen am Ende des GJ (gesamt)	2.287	3.081
Stand 31.12.2018 (Buchwert)	7.716	214
Stand 31.12.2017 (Buchwert)	8.671	252

In dem Posten Sonstige Vermögensgegenstände werden im Wesentlichen gezahlte Provisionsvorschüsse an und Provisionsrückforderungen gegen den Außendienst sowie an die Sicherungseinrichtung verpfändete Guthaben zur Einlagensicherung ausgewiesen.

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ohne Bauspareinlagen

in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Täglich fällig	11,1	9,8
Bis drei Monate	6,8	10,6
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	63,0	71,4
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	315,4	288,3
Mehr als fünf Jahre	322,6	244,8

Die aufgenommenen Fremdgelder in Höhe von 707,8 Mio. € (2017: 615,1 Mio. €) dienen ausschließlich der Refinanzierung des außerkollektiven Geschäfts.

In dem Posten Sonstige Verbindlichkeiten (8,4 Mio. €) sind im Wesentlichen Provisionsverbindlichkeiten gegenüber dem Außendienst in Höhe von 8,3 Mio. € enthalten.

Im Posten Passive Rechnungsabgrenzungsposten (1,5 Mio. €) sind 1,5 Mio. € (2017: 1,6 Mio. €) Disagio aus Forderungen enthalten.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 1,8 Mio. € (2017: 1,7 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 2,1 Mio. € (2017: 2,2 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 2,2 Mio. € (2017: 2,3 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Aufwendungen in Höhe von 195,6 Tsd. € (2017: 173,4 Tsd. €) mit Erträgen in Höhe von 39,1 Tsd. € (2017: 122,0 Tsd. €) aus diesen Vermögensgegenständen bzw. Schulden aus der Entgeltumwandlung verrechnet. Den größten Anteil an den anderen Rückstellungen (18,7 Mio. €) weist die Rückstellung für die Organisationsänderung im Rahmen des Umstrukturierungsprojekts LBS-EVOLution mit 6,2 Mio. € auf. Als wesentliche Posten sind auch die Rückstellungen für die Bonifikation des Vertriebs und für die Abschlussvergütung mit 3,6 Mio. € in den anderen Rückstellungen enthalten.

Der versteuerte Fonds zur baupartetechnischen Absicherung dient der langfristigen Sicherung des Kollektivs. Der Fonds ist unverändert mit 11,2 Mio. € dotiert.

Die rechtsverbindlichen Auszahlungsverpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen in Mio. €

	31.12.2018	31.12.2017
Aus Zuteilungen	0,7	0,8
Zur Vor- und Zwischenfinanzierung	29,9	25,8
Aus sonstigen Baudarlehen	0,1	0,1
Summe	30,7	26,7

Aus diesen wird die LBS mit hoher Wahrscheinlichkeit nahezu vollständig in Anspruch genommen.

Die LBS ist verpflichtet, drei Bausparern aus einem Altersvorsorge-Bausparvertrag eine lebenslange monatliche Rente zu zahlen. Zur Sicherstellung dieses Anspruchs in Höhe von 43 Tsd. € hat die LBS bei der Provinzial NordWest Lebensversicherung AG drei Rentenversicherungsverträge mit entsprechenden Versicherungssummen abgeschlossen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten vor allem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 0,6 Mio. € (2017: 0,6 Mio. €) und die Erträge aus der Zeitschrift „Das Haus“ in Höhe von 0,3 Mio. € (2017: 0,4 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus dem Aufwand aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 10,5 Mio. € (2017: 8,7 Mio. €) und zur Bildung einer Rückstellung zur Reorganisation in Höhe von 1,2 Mio. € (2017: 7,2 Mio. €) sowie aus Ausgleichszahlungen an den Außendienst in Höhe von 0,6 Mio. € (2017: 0,1 Mio. €). Die im Wege der Umlage mit der Helaba verrechneten Steuer aufwendungen in Höhe von 3,6 Mio. € (2017: Steuerertrag in Höhe von 4,0 Mio. €) belasten in voller Höhe das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Gemäß § 18 Abs. 2 und 3 Einlagensicherungsgesetz und auf Grundlage des Beschlusses der Sicherungseinrichtung der Landesbausparkassen hat die LBS 2018 erneut von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, 30% der zu leistenden Finanzmittel in Form von Zahlungsverpflichtungen bereitzustellen. Hierdurch wurde der Sachaufwand um 0,7 Mio. € (2017: 0,6 Mio. €) entlastet.

Sonstige Angaben

Über die Gewinnverwendung wird in der Sitzung des Verwaltungsrats am 25. März 2019 beschlossen.

Für das Geschäftsjahr 2018 wurden für die Abschlussprüfung 178 Tsd. € (2017: 233 Tsd. €), für andere Bestätigungsleistungen 5 Tsd. € (2017: 30 Tsd. €) und für sonstige Leistungen 0 Tsd. € (2017: 0 Tsd. €), die sämtlich von Konzernunternehmen der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden, berechnet. Steuerberatungsleistungen wurden wie im Vorjahr nicht erbracht.

Die Bezüge der Mitglieder der Organe der Helaba, welche auch für die LBS zuständig sind, wurden von der Bank gezahlt. Die Mitglieder der Organe sowie deren Bezüge sind im Anhang der Helaba aufgeführt. Baudarlehen an Mitglieder des Verwaltungsrats (Personen im Sinne des § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 RechKredV) bestehen in Höhe von 42 Tsd. € (2017: 47 Tsd. €).

Die Bezüge für die Mitglieder des LBS-Fachbeirats beliefen sich auf insgesamt 24 Tsd. € (2017: 26 Tsd. €).

Die LBS beschäftigte 2018 im Jahresdurchschnitt 240 Mitarbeitende, davon 99 weibliche und 141 männliche.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 26. Februar 2019

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker Groß Dr. Hosemann

Kemler Schmid Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen,
Frankfurt am Main/Erfurt

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger

Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu mo-

Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

im Geschäftsjahr 2018

Vorsitzender

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Mitglieder

Wolfgang Asche

Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Nordhausen

Michael Baumann

Mitglied des Vorstands der
Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden

Stephan Bruhn

Stv. Vorsitzender des Vorstands der
Frankfurter Sparkasse

Erhard Bückemeier

Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Jena-Saale-Holzland, Jena
– bis 30. Juni 2018 –

Thomas Fügmann

Landrat des Saale-Orla-Kreises

Manfred Görig

Landrat des Vogelsbergkreises

Stv. Vorsitzender

Bernd Woide

Landrat des Kreises Fulda

Sven Hauschild

Mitglied des Vorstands der
Sparkasse Arnstadt-Ilmenau, Ilmenau

Gerhard Heß

Mitglied des Vorstands der
Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg, Bad Hersfeld

Stephan Hofmann

Mitglied des Vorstands der
Sparkasse Wetzlar

Jochen Johannink

Stv. Vorsitzender des Vorstands der
Kasseler Sparkasse

Marc Semmel

Mitglied des Vorstands der
Sparkasse Werra-Meißner, Eschwege

Manfred Vögtlin

Stv. Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Bensheim

Statistische Angaben zum Bauspargeschäft

Bewegung der Zuteilungsmasse im Jahr 2018

Zuführungen

in Tsd. €

I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss): noch nicht ausgezahlte Beträge	4.535.717
II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
1. Sparbeträge (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	708.854
2. Tilgungsbeträge ¹⁾ (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	64.503
3. Zinsen auf Bauspareinlagen	76.397
4. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	0
5. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	0
Insgesamt	5.385.471

Entnahmen

in Tsd. €

I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
a) Bauspareinlagen	258.839
b) Baudarlehen	46.289
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	286.290
3. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	0
4. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	0
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres ²⁾	4.794.053
Insgesamt	5.385.471

Anmerkungen:

¹⁾ Tilgungsbeträge sind auf die reine Tilgung entfallende Anteile der Tilgungsbeiträge.

²⁾ In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

- a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf zugeteilte Verträge 89.390 Tsd. €
- b) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen 727 Tsd. €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe I (Tarife A, B, C, D)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	1.672	48.578	180	5.329	1.852	53.907
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	2	60	–	–	2	60
2. Übertragung	10	388	0	0	10	388
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	31	1.090	–	–	31	1.090
4. Teilung	0	–	0	–	0	–
5. Zuteilung	–	–	35	1.217	35	1.217
6. Sonstiges	1	15	0	1	1	16
Insgesamt	44	1.553	35	1.218	79	2.771
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	35	1.217	–	–	35	1.217
2. Herabsetzung	–	0	–	0	–	0
3. Auflösung	176	3.448	10	175	186	3.623
4. Übertragung	10	388	0	0	10	388
5. Zusammenlegung	0	–	0	–	0	–
6. Vertragsablauf	–	–	64	1.919	64	1.919
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	31	1.090	31	1.090
8. Sonstiges	1	17	0	0	1	17
Insgesamt	222	5.071	105	3.184	327	8.254
D. Reiner Zugang/Abgang	–178	–3.518	–70	–1.966	–248	–5.483
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.494	45.060	110	3.363	1.604	48.424
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	28	558	2	41	30	599
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			–			–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			294			1.640
Über 10.000 bis 25.000 €			521			7.577
Über 25.000 bis 50.000 €			375			12.244
Über 50.000 bis 150.000 €			286			20.239
Über 150.000 bis 250.000 €			16			2.650
Über 250.000 bis 500.000 €			2			712
über 500.000 €			–			–
Insgesamt			1.494			45.060

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 30.189 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe II (Tarife Classic, Classic V, Vario 1, 2, 3)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	12.024	285.096	2.010	65.052	14.034	350.148
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	1	12	–	–	1	12
2. Übertragung	29	998	1	5	30	1.003
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	226	5.366	–	–	226	5.366
4. Teilung	9	–	–	–	9	–
5. Zuteilung	–	–	345	8.238	345	8.238
6. Sonstiges	24	455	6	94	30	549
Insgesamt	289	6.831	352	8.337	641	15.168
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	345	8.238	–	–	345	8.238
2. Herabsetzung	–	252	–	0	–	252
3. Auflösung	1.128	21.370	148	3.255	1.276	24.625
4. Übertragung	29	998	1	5	30	1.003
5. Zusammenlegung	2	–	0	–	2	–
6. Vertragsablauf	–	–	787	23.546	787	23.546
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	226	5.366	226	5.366
8. Sonstiges	24	456	6	93	30	549
Insgesamt	1.528	31.314	1.168	32.265	2.696	63.579
D. Reiner Zugang/Abgang	–1.239	–24.483	–816	–23.928	–2.055	–48.411
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	10.785	260.613	1.194	41.124	11.979	301.737
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	106	2.481	4	164	110	2.645
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			–			–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			1.571			10.152
Über 10.000 bis 25.000 €			5.455			81.764
Über 25.000 bis 50.000 €			2.504			80.901
Über 50.000 bis 150.000 €			1.229			82.252
Über 150.000 bis 250.000 €			22			3.872
Über 250.000 bis 500.000 €			3			1.160
über 500.000 €			1			511
Insgesamt			10.785			260.613

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 25.189 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe III (Tarife Classic S, L, Vario E, U, R)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	36.730	656.177	5.788	140.085	42.518	796.262
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	1	32	–	–	1	32
2. Übertragung	105	2.055	3	205	108	2.260
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	806	14.540	–	–	806	14.540
4. Teilung	4	–	–	–	4	–
5. Zuteilung	–	–	1.224	23.207	1.224	23.207
6. Sonstiges	38	641	3	46	41	687
Insgesamt	954	17.268	1.230	23.458	2.184	40.726
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1.224	23.207	–	–	1.224	23.207
2. Herabsetzung	–	451	–	0	–	451
3. Auflösung	3.261	53.963	469	8.398	3.730	62.361
4. Übertragung	105	2.055	3	205	108	2.260
5. Zusammenlegung	0	–	0	–	0	–
6. Vertragsablauf	–	–	1.712	44.088	1.712	44.088
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	806	14.540	806	14.540
8. Sonstiges	38	642	3	45	41	687
Insgesamt	4.628	80.318	2.993	67.276	7.621	147.594
D. Reiner Zugang/Abgang	–3.674	–63.050	–1.763	–43.818	–5.437	–106.868
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	33.056	593.128	4.025	96.267	37.081	689.394
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	147	2.731	8	213	155	2.944
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			–			–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			10.685			87.838
Über 10.000 bis 25.000 €			17.365			278.393
Über 25.000 bis 50.000 €			3.645			124.158
Über 50.000 bis 150.000 €			1.328			94.244
Über 150.000 bis 250.000 €			26			4.864
Über 250.000 bis 500.000 €			6			2.098
über 500.000 €			1			1.534
Insgesamt			33.056			593.128

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 18.592 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe IV (Tarife Classic S1, L1, N1, F1, Vario E1, U1, R1)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	83.877	1.638.378	10.388	232.094	94.265	1.870.472
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	14	575	–	–	14	575
2. Übertragung	200	4.376	13	242	213	4.618
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	2.963	51.894	–	–	2.963	51.894
4. Teilung	22	–	2	–	24	–
5. Zuteilung	–	–	4.568	87.457	4.568	87.457
6. Sonstiges	106	4.080	18	376	124	4.456
Insgesamt	3.305	60.925	4.601	88.075	7.906	149.000
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	4.568	87.457	–	–	4.568	87.457
2. Herabsetzung	–	7.310	–	69	–	7.379
3. Auflösung	5.651	105.870	1.800	38.499	7.451	144.369
4. Übertragung	200	4.376	13	242	213	4.618
5. Zusammenlegung	2	–	0	–	2	–
6. Vertragsablauf	–	–	2.096	49.598	2.096	49.598
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	2.963	51.894	2.963	51.894
8. Sonstiges	125	4.896	15	307	140	5.203
Insgesamt	10.546	209.909	6.887	140.609	17.433	350.518
D. Reiner Zugang/Abgang	–7.241	–148.984	–2.286	–52.534	–9.527	–201.518
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	76.636	1.489.394	8.102	179.560	84.738	1.668.954
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	302	7.649	20	665	322	8.314
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			7			605
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			33.071			284.240
Über 10.000 bis 25.000 €			31.907			565.636
Über 25.000 bis 50.000 €			8.546			347.808
Über 50.000 bis 150.000 €			2.895			242.303
Über 150.000 bis 250.000 €			173			32.856
Über 250.000 bis 500.000 €			41			13.642
über 500.000 €			3			2.910
Insgesamt			76.636			1.489.394

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 19.695 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe V (Tarife Classic2007 S, B, F, N, Classic Young)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	260.388	5.761.275	13.937	325.003	274.325	6.086.278
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	857	55.204	–	–	857	55.204
2. Übertragung	540	14.152	32	545	572	14.697
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	15.931	285.460	–	–	15.931	285.460
4. Teilung	76	–	2	–	78	–
5. Zuteilung	–	–	27.368	589.647	27.368	589.647
6. Sonstiges	577	39.352	56	1.439	633	40.791
Insgesamt	17.981	394.168	27.458	591.631	45.439	985.799
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	27.368	589.647	–	–	27.368	589.647
2. Herabsetzung	–	100.283	–	54	–	100.337
3. Auflösung	14.792	379.434	9.827	259.702	24.619	639.136
4. Übertragung	540	14.152	32	545	572	14.697
5. Zusammenlegung	1	–	0	–	1	–
6. Vertragsablauf	–	–	1.901	49.656	1.901	49.656
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	15.931	285.460	15.931	285.460
8. Sonstiges	788	50.952	23	583	811	51.535
Insgesamt	43.489	1.134.470	27.714	596.000	71.203	1.730.470
D. Reiner Zugang/Abgang	–25.508	–740.302	–256	–4.369	–25.764	–744.672
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	234.880	5.020.971	13.681	320.633	248.561	5.341.606
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	543	14.260	19	719	562	14.979
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			50			3.754
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			126.596			1.264.716
Über 10.000 bis 25.000 €			68.831			1.270.768
Über 25.000 bis 50.000 €			26.080			1.050.548
Über 50.000 bis 150.000 €			11.761			1.024.671
Über 150.000 bis 250.000 €			1.254			239.604
Über 250.000 bis 500.000 €			305			100.340
über 500.000 €			53			70.323
Insgesamt			234.880			5.020.971

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 21.490 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe VI (Tarife Classic2012 S, B, F, FL, N, ClassicYoung)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	81.461	2.059.146	1.483	36.350	82.944	2.095.496
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	37	2.191	–	–	37	2.191
2. Übertragung	155	4.312	12	248	167	4.560
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	6.317	158.165	–	–	6.317	158.165
4. Teilung	24	–	1	–	25	–
5. Zuteilung	–	–	8.896	223.816	8.896	223.816
6. Sonstiges	148	7.266	11	264	159	7.530
Insgesamt	6.681	171.934	8.920	224.328	15.601	396.262
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	8.896	223.816	–	–	8.896	223.816
2. Herabsetzung	–	17.310	–	29	–	17.339
3. Auflösung	4.015	101.152	1.460	37.427	5.475	138.579
4. Übertragung	155	4.312	12	248	167	4.560
5. Zusammenlegung	3	–	0	–	3	–
6. Vertragsablauf	–	–	236	6.674	236	6.674
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	6.317	158.165	6.317	158.165
8. Sonstiges	238	12.317	4	93	242	12.410
Insgesamt	13.307	358.907	8.029	202.636	21.336	561.543
D. Reiner Zugang/Abgang	–6.626	–186.973	891	21.692	–5.735	–165.281
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	74.835	1.872.173	2.374	58.042	77.209	1.930.215
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	170	6.292	4	146	174	6.438
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			47			2.704
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			38.845			388.227
Über 10.000 bis 25.000 €			19.487			364.421
Über 25.000 bis 50.000 €			9.771			387.909
Über 50.000 bis 150.000 €			5.951			512.501
Über 150.000 bis 250.000 €			576			109.814
Über 250.000 bis 500.000 €			159			54.522
über 500.000 €			46			54.779
Insgesamt			74.835			1.872.173

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 25.000 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe VII (Tarife Classic2014 S, B, F, FL, N, Classic Young)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	125.317	3.577.692	968	20.863	126.285	3.598.555
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	197	10.652	–	–	197	10.652
2. Übertragung	195	7.674	2	60	197	7.734
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	281	8.112	–	–	281	8.112
4. Teilung	25	–	0	–	25	–
5. Zuteilung	–	–	1.534	43.316	1.534	43.316
6. Sonstiges	108	5.083	2	64	110	5.147
Insgesamt	806	31.521	1.538	43.440	2.344	74.961
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1.534	43.316	–	–	1.534	43.316
2. Herabsetzung	–	32.495	–	31	–	32.526
3. Auflösung	6.169	156.291	534	17.241	6.703	173.532
4. Übertragung	195	7.674	2	60	197	7.734
5. Zusammenlegung	1	–	0	–	1	–
6. Vertragsablauf	–	–	161	3.600	161	3.600
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	281	8.112	281	8.112
8. Sonstiges	253	12.742	–	–	253	12.742
Insgesamt	8.152	252.518	978	29.044	9.130	281.562
D. Reiner Zugang/Abgang	–7.346	–220.997	560	14.396	–6.786	–206.601
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	117.971	3.356.695	1.528	35.259	119.499	3.391.954
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	213	8.104	1	87	214	8.191
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			219			12.663
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			58.171			581.518
Über 10.000 bis 25.000 €			28.760			537.856
Über 25.000 bis 50.000 €			17.583			706.667
Über 50.000 bis 150.000 €			11.735			1.029.858
Über 150.000 bis 250.000 €			1.208			233.081
Über 250.000 bis 500.000 €			406			136.256
über 500.000 €			108			131.459
Insgesamt			117.971			3.356.695

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 28.385 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe VIII (Tarife Classic2015 F, L, N, S, Classic Young)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	97.533	3.813.965	52	1.090	97.585	3.815.055
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	43.714	1.882.571	–	–	43.714	1.882.571
2. Übertragung	152	7.986	0	0	152	7.986
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	43	1.582	–	–	43	1.582
4. Teilung	23	–	0	–	23	–
5. Zuteilung	–	–	283	6.580	283	6.580
6. Sonstiges	476	28.876	1	20	477	28.896
Insgesamt	44.408	1.921.015	284	6.600	44.692	1.927.615
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	283	6.580	–	–	283	6.580
2. Herabsetzung	–	41.908	–	0	–	41.908
3. Auflösung	6.204	191.653	71	1.714	6.275	193.367
4. Übertragung	152	7.986	0	0	152	7.986
5. Zusammenlegung	507	–	0	–	507	–
6. Vertragsablauf	–	–	29	255	29	255
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	43	1.582	43	1.582
8. Sonstiges	200	27.576	0	–2	200	27.574
Insgesamt	7.346	275.701	143	3.549	7.489	279.250
D. Reiner Zugang/Abgang	37.062	1.645.314	141	3.051	37.203	1.648.366
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	134.595	5.459.281	193	4.142	134.788	5.463.421
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	166	12.211	–	–	166	12.211
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			2.297			154.032
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			6.042			361.567
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			44.763			447.339
Über 10.000 bis 25.000 €			34.725			670.964
Über 25.000 bis 50.000 €			29.555			1.214.267
Über 50.000 bis 150.000 €			21.671			1.934.207
Über 150.000 bis 250.000 €			2.585			503.343
Über 250.000 bis 500.000 €			1.038			351.342
über 500.000 €			258			337.819
Insgesamt			134.595			5.459.281

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 40.533 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe IX (Tarife Xtra Young, Home M, L, XL, Comfort S, N, Flex)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	0	0	0	0	0	0
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	7.623	287.521	–	–	7.623	287.521
2. Übertragung	0	0	0	0	0	0
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	0	0	–	–	0	0
4. Teilung	2	–	0	–	2	–
5. Zuteilung	–	–	1	50	1	50
6. Sonstiges	197	24.045	0	0	197	24.045
Insgesamt	7.822	311.566	1	50	7.823	311.616
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1	50	–	–	1	50
2. Herabsetzung	–	1.400	–	0	–	1.400
3. Auflösung	71	2.961	0	0	71	2.961
4. Übertragung	0	0	0	0	0	0
5. Zusammenlegung	95	–	0	–	95	–
6. Vertragsablauf	–	–	0	0	0	0
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	0	0	0	0
8. Sonstiges	8	699	0	0	8	699
Insgesamt	175	5.111	0	0	175	5.111
D. Reiner Zugang/Abgang	7.647	306.455	1	50	7.648	306.505
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	7.647	306.455	1	50	7.648	306.505
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	2	160	–	–	2	160
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			1			65
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			7.217			392.919
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			3.344			33.395
Über 10.000 bis 25.000 €			1.749			32.878
Über 25.000 bis 50.000 €			1.492			62.037
Über 50.000 bis 150.000 €			825			77.692
Über 150.000 bis 250.000 €			142			27.706
Über 250.000 bis 500.000 €			76			26.812
über 500.000 €			19			45.936
Insgesamt			7.647			306.455

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 40.077 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Tarifgruppe Riester (Tarife FR, SR, R)

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	47.761	1.843.400	341	9.746	48.102	1.853.146
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	4.636	211.088	–	–	4.636	211.088
2. Übertragung	2	102	1	37	3	139
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	892	22.903	–	–	892	22.903
4. Teilung	0	–	0	–	0	–
5. Zuteilung	–	–	1.464	41.085	1.464	41.085
6. Sonstiges	163	7.658	9	271	172	7.929
Insgesamt	5.693	241.751	1.474	41.393	7.167	283.144
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1.464	41.085	–	–	1.464	41.085
2. Herabsetzung	–	6.887	–	0	–	6.887
3. Auflösung	2.909	111.356	262	7.417	3.171	118.773
4. Übertragung	2	102	1	37	3	139
5. Zusammenlegung	53	–	0	–	53	–
6. Vertragsablauf	–	–	46	1.843	46	1.843
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	892	22.903	892	22.903
8. Sonstiges	163	7.756	2	85	165	7.841
Insgesamt	4.591	167.186	1.203	32.285	5.794	199.471
D. Reiner Zugang/Abgang	1.102	74.565	271	9.108	1.373	83.673
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	48.863	1.917.965	612	18.854	49.475	1.936.819
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	47	2.080	1	30	48	2.110
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			2.754			118.185
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			2.341			110.122
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			4.334			43.020
Über 10.000 bis 25.000 €			12.213			244.081
Über 25.000 bis 50.000 €			21.252			849.121
Über 50.000 bis 150.000 €			10.980			766.504
Über 150.000 bis 250.000 €			82			14.689
Über 250.000 bis 500.000 €			2			550
über 500.000 €			–			–
Insgesamt			48.863			1.917.965

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 39.147 €

Bestandsbewegung im Jahr 2018

Alle Tarife

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen						
A. Bestand am Ende des Vorjahres	746.763	19.683.707	35.147	835.612	781.910	20.519.319
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	57.082	2.449.906	–	–	57.082	2.449.906
2. Übertragung	1.388	42.043	64	1.342	1.452	43.385
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	27.490	549.112	–	–	27.490	549.112
4. Teilung	185	–	5	–	190	–
5. Zuteilung	–	–	45.718	1.024.613	45.718	1.024.613
6. Sonstiges	1.838	117.471	106	2.575	1.944	120.046
Insgesamt	87.983	3.158.532	45.893	1.028.530	133.876	4.187.062
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	45.718	1.024.613	–	–	45.718	1.024.613
2. Herabsetzung	–	208.296	–	183	–	208.479
3. Auflösung	44.376	1.127.498	14.581	373.828	58.957	1.501.326
4. Übertragung	1.388	42.043	64	1.342	1.452	43.385
5. Zusammenlegung	664	–	0	–	664	–
6. Vertragsablauf	–	–	7.032	181.179	7.032	181.179
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	27.490	549.113	27.490	549.113
8. Sonstiges	1.838	118.053	53	1.204	1.891	119.257
Insgesamt	93.984	2.520.504	49.220	1.106.848	143.204	3.627.352
D. Reiner Zugang/Abgang	–6.001	638.028	–3.327	–78.318	–9.328	559.710
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	740.762	20.321.735	31.820	757.294	772.582	21.079.029
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	1.724	56.526	59	2.065	1.783	58.590
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2018 (Geschäftsjahr)			5.375			292.008
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2018			15.600			864.608
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			321.674			3.142.084
Über 10.000 bis 25.000 €			221.013			4.054.337
Über 25.000 bis 50.000 €			120.803			4.835.658
Über 50.000 bis 150.000 €			68.661			5.784.471
Über 150.000 bis 250.000 €			6.084			1.172.478
Über 250.000 bis 500.000 €			2.038			687.434
über 500.000 €			489			645.271
Insgesamt			740.762			20.321.735

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 27.284 €

Adressen der Helaba

Adressen der Helaba

Hauptsitze

Frankfurt am Main

MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
T +49 69/91 32-01

Erfurt

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
T +49 3 61/2 17-71 00

Bausparkasse

Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Offenbach

Strahlenbergerstraße 13
63067 Offenbach
T +49 69/91 32-02

Erfurt

Bonifaciusstraße 19
99084 Erfurt
T +49 3 61/2 17-70 07

Förderbank

Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen

Strahlenbergerstraße 11
63067 Offenbach
T +49 69/91 32-03

Niederlassungen

Düsseldorf

Uerdinger Straße 88
40474 Düsseldorf
T +49 2 11/3 01 74-0

Kassel

Ständeplatz 17
34117 Kassel
T +49 5 61/7 06-60

London

3rd Floor
95 Queen Victoria Street
London EC4V 4HN
Großbritannien
T +44 20/73 34-45 00

New York

420, Fifth Avenue
New York, N. Y. 10018
USA
T +1 2 12/7 03-52 00

Paris

4-8 rue Daru
75008 Paris
Frankreich
T +33 1/40 67-77 22

Stockholm

Kungsgatan 3, 2nd Floor
111 43 Stockholm
Schweden
T +46/86 11 01 16

Repräsentanzen

Madrid

(für Spanien und Portugal)
General Castaños, 4
Bajo Dcha.
28004 Madrid
Spanien
T +34 91/39 11-0 04

Moskau

Novinsky Boulevard 8
Business Centre Lotte,
20th Floor
121099 Moskau
Russland
T +7 4 95/2 87-03-17

São Paulo

Av. das Nações Unidas, 12399
Cjs. 105/106 B
Brooklin Novo São Paulo – SP
CEP: 04578-000
T +55 11/2924-9756

Shanghai

Unit 012, 18th Floor
Hang Seng Bank Tower
1000 Lujiazui Ring Road
Shanghai, 200120
China
T +86 21/68 77 77 08

Singapur

One Temasek Avenue
#05–04 Millenia Tower
Singapore 039192
T +65/62 38 04 00

Vertriebsbüros

Berlin

Joachimsthaler Straße 12
10719 Berlin
T +49 30/2 06 18 79-13 52

München

Lenbachplatz 2a
80333 München
T +49 89/5 99 88 49-10 16

Münster

Regina-Protmann-Straße 16
48159 Münster
T +49 2 51/92 77 63-01

Stuttgart

Kronprinzstraße 11
70173 Stuttgart
T +49 7 11/28 04 04-0

Immobilienbüros

Berlin

Joachimsthaler Straße 12
10719 Berlin
T +49 30/2 06 18 79-13 14

München

Lenbachplatz 2a
80333 München
T +49 89/5 99 88 49-0

Auswahl der Tochtergesellschaften

Frankfurter Sparkasse

Neue Mainzer Straße 47–53
60311 Frankfurt am Main
T +49 69/26 41-0

1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH

Borsigallee 19
60388 Frankfurt am Main
info@1822direkt.com
T +49 69/9 41 70-0

Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG

JUNGHOF
Junghofstraße 26
60311 Frankfurt am Main
T +49 69/1 56 86-0

Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG

Börsenstrasse 16
8001 Zürich
Schweiz
T +41 44/2 65 44 44

Helaba Invest

Kapitalanlagegesellschaft mbH
JUNGHOF
Junghofstraße 24
60311 Frankfurt am Main
T +49 69/2 99 70-0

GWH

Wohnungsgesellschaft mbH
Hessen
Westerbachstraße 33
60489 Frankfurt am Main
T +49 69/9 75 51-0

OFB

Projektentwicklung GmbH
Speicherstraße 55
60327 Frankfurt am Main
T +49 69/9 17 32-01

GGM

Gesellschaft für Gebäude-
Management mbH
Speicherstraße 55
60327 Frankfurt am Main
T +49 69/9 17 32-9 00

Impressum

Herausgeber

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
T +49 69/91 32-01

www.helaba.de

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
T +49 3 61/2 17-71 00

Konzeption und Gestaltung

3st kommunikation, Mainz

Druck

Druckerei Braun & Sohn, Maintal



Copyright

© Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, 2019
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht zur Vervielfältigung
(auch auszugsweise).

Der Jahresfinanzbericht 2018 darf nicht ohne schriftliche Genehmigung
der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale reproduziert oder unter
Verwendung elektronischer Systeme vervielfältigt werden.

